



EUROPÄISCHE KOMMISSION

BRASILIEN

LÄNDERSTRATEGIEPAPIER

2007-2013

14.05.2007 (E/2007/889)

INHALT

1.	ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER EU/EG	5
1.1.	Allgemeine Ziele	5
1.2.	Spezifische Ziele für Lateinamerika und hier vor allem für Brasilien	6
2.	ÜBERBLICK ÜBER DIE POLITISCHE AGENDA BRASILIENS	7
3.	ANALYSE DER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN LAGE SOWIE DER UMWELTVERHÄLTNISSE	7
3.1.	Politische Lage	8
3.2.	Wirtschaftliche Lage einschließlich Handel	10
3.3.	Soziale Lage	11
3.4.	Umwelt	13
4.	ÜBERBLICK ÜBER DIE BISHERIGE UND LAUFENDE EG-ZUSAMMENARBEIT, KOORDINATION UND KOHÄRENZ	15
4.1.	Überblick über die EG-Zusammenarbeit in Vergangenheit und Gegenwart ..	15
4.2.	Programme von EU-Mitgliedstaaten, der EIB und anderer Geber	19
4.3.	Analyse des „ <i>Policy-mix</i> “ (Kohärenz)	20
5.	REAKTIONSSTRATEGIE DER EU (INTERVENTIONSSEKTOREN).....	23
5.1.	Gründe für die Auswahl der Schwerpunkte	23
5.2.	Nationales Richtprogramm.....	29
6.	ANNEXES	36
6.1.	Annex 1: details on the 2004-2007 PPA - “Plano Brasil de Todos”	36
6.2.	Annex 2 : Brazil at a glance	38
6.3.	Annex 3 : more information on the environment	39
6.3.1.	Proportion of land area covered by forest	39
6.3.2.	Extracts of the Country environmental profile	39
6.4.	Annex 4 : OECD (DAC) data for Brazil	45
6.5.	Annex 5 - insight into the cooperation priorities of major non-EU donors	47
6.6.	Annex 6 - Millenium development goals	48
6.7.	Annex 7 - insight into the cooperation priorities of EU Member States	56

ZUSAMMENFASSUNG

Dieses Länderstrategiepapier (LSP), das zweite seiner Art für Brasilien, enthält den strategischen Rahmen für die Zusammenarbeit der EG mit Brasilien im Zeitraum 2007-2013. Das LSP ist das Ergebnis eines Konsultationsprozesses, in den Vertreter des Staates sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, vor allem in Brasilien, eingebunden waren.

Grundlagen der Beziehungen zwischen der EG und Brasilien sind ein 1992 unterzeichnetes Rahmenkooperationsabkommen, ein 2004 unterzeichnetes Kooperationsabkommen für Wissenschaft und Technologie sowie das 1995 zwischen der EU und dem Mercosur unterzeichnete Rahmenkooperationsabkommen, das der Vorbereitung einer interregionalen Assoziierung zwischen EU und dem Mercosur dient. Die Mittel für die Zusammenarbeit sollen die Verwirklichung dieses letzten Ziels fördern; nähere Einzelheiten finden sich im Regionalstrategiepapier Mercosur 2007-2013, das als Ergänzung zu diesem LSP zu sehen ist.

Aus der anschließenden Analyse geht hervor, dass Brasilien heute eine stabile Demokratie mit Raum für Verbesserungen sowie eine sowohl auf der regionalen als auch auf der internationalen Bühne an Bedeutung gewinnende politische Macht ist, über eine stabile und wachsende Wirtschaftsmacht verfügt, eine unter Ungleichheiten leidende Gesellschaft hat, auch wenn sich die sozialen Indikatoren in den letzten Jahren verbessert haben, und ein Land mit einer reichen, aber gefährdeten Umwelt ist.

Im Rahmen der früheren Zusammenarbeit hat die EG vielfältige Projekte in vielen unterschiedlichen Sektoren unterstützt. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit haben jedoch die Grenzen des traditionellen Kooperationsmodells aufgezeigt. Aufgrund der Probleme eines so riesigen und von so zahlreichen Gegensätzen gekennzeichneten Landes wie Brasilien hatten einige Projekte fragwürdige Auswirkungen, weshalb es erforderlich ist, die bilaterale Zusammenarbeit etwas anders zu konzipieren. Anstatt die relativ bescheidenen Kooperationsmittel der EG nur in Einzelprojekte fließen zu lassen, wird im vorliegenden LSP als Alternative die Unterstützung so genannter „weicher“ Maßnahmen vorgeschlagen, von denen man sich positive Multiplikatoreffekte bei der Armutsbekämpfung und Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten sowie der Umweltverhältnisse in Brasilien erhofft.

Im Rahmen dieses neuen Konzepts liegt die erste Priorität dieses LSP auf der Förderung des Austauschs und von Kontakten sowie des Transfers von Know-how zwischen der EG und Brasilien. Zu den Hauptzielen dieser Austauschmaßnahmen gehört es, einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der sozialen Integration und zur Herstellung größerer Gleichberechtigung in Brasilien zu leisten sowie das Wissen übereinander in einer Reihe von Bereichen von besonderem Interesse zu steigern und die bilateralen Beziehungen zwischen der EG und Brasilien zu intensivieren. Als weitere positive Auswirkung dieser Priorität erwartet man ein geschärftes Profil der EG in Brasilien und umgekehrt.

Des Weiteren hat die bisherige Zusammenarbeit positive Erfahrungen im Umweltbereich erbracht. Der Schutz, die Bewahrung und die Verbesserung der Umwelt für die gegenwärtigen und zukünftigen Generationen sowie die Förderung der nachhaltigen Entwicklung gehören zu den grundlegenden strategischen Zielen der EG. In Anbetracht seines natürlichen Reichtums und seines Umweltengagements kommt Brasilien in diesem Bereich eine Schlüsselrolle zu. Als zweiten Schwerpunkt hat sich die EG daher die Unterstützung von Projekten zur Förderung der Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung in Brasilien vorgenommen, vorzugsweise in Absprache mit anderen Gebern, um den Projekten größtmögliche Wirkung zu verschaffen.

Für die Zwecke dieses LSP wurde für den Zeitraum 2007-2013 für Brasilien ein vorläufiger Betrag von 61 Mio. EUR aus dem Finanzierungsinstrument für die

Entwicklungszusammenarbeit (DCI) vorgemerkt. Dem Vorschlag entsprechend sollen 70 % der Mittel für die erste Priorität (Intensivierung der bilateralen Beziehungen) bereitgestellt werden, die verbleibenden 30 % für die zweite Priorität (Förderung der Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung). Ergänzt werden können diese Ressourcen mit Projekten und Programmen, die aus thematischen Haushaltslinien bzw. aus den Regionalprogrammen für Mercosur und Lateinamerika bezuschusst werden. Querschnittsthemen wie soziale Integration und verantwortungsvolle Staatsführung werden nach Möglichkeit in die genannten Programme einbezogen.

1. ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER EU/EG

1.1. Allgemeine Ziele

Gemäß **Artikel 177 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft** fördert die Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit

- die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer;
- die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft;
- die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern.

Die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft soll zu dem **allgemeinen Ziel** einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie dem Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten beitragen. Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein mehrdimensionaler Prozess, in dem es um gerechtes Wachstum auf breiter Grundlage, den Aufbau von Kapazitäten und Institutionen, die Entwicklung des privaten Sektors, soziale Dienstleistungen, die Umwelt, verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte geht.

Auf der Grundlage von Artikel 179 EG-Vertrag wurde im Dezember 2006 die Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 zur Schaffung eines neuen Instruments für Entwicklungszusammenarbeit (Development Cooperation Instrument - DCI) verabschiedet, der zufolge die Gemeinschaft Maßnahmen der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit Drittländern durchführt, die die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzen und im Einklang mit der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft stehen. Die Gemeinschaftspolitik in diesem Bereich soll zu dem allgemeinen Ziel einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie dem Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten beitragen.

In ihrer Erklärung zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft vom 10. November 2000 beschlossen der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission, sich auf eine begrenzte Zahl von Bereichen zu konzentrieren, die aufgrund ihres Beitrags zur Armutsbekämpfung ausgewählt werden und in denen die Intervention der Gemeinschaft einen Mehrwert erbringt. Dazu gehören folgende Bereiche: Verknüpfung von Handel und Entwicklung; Unterstützung für regionale Integration und Kooperation; Unterstützung für gesamtwirtschaftliche Maßnahmen; Verkehr; Ernährungssicherheit und nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums sowie Kapazitätsaufbau bei Institutionen insbesondere in den Bereichen verantwortungsvolle Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit. In allen Phasen der Zusammenarbeit hat die Gemeinschaft *Querschnittsthemen* wie insbesondere die Förderung von Menschenrechten, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die Rechte von Kindern und die Umweltdimension zu berücksichtigen.

Diese Erklärung wurde durch eine neue Gemeinsame Erklärung, nämlich den vom Rat im November 2005 verabschiedeten „**Europäischen Konsens zur Entwicklungspolitik**“ abgelöst, der einen gemeinsamen Rahmen von Zielen, Werten und Grundsätzen, die die Union - also alle 25 Mitgliedstaaten und die Kommission - als weltweiter Akteur und weltweiter Partner unterstützen und fördern. Er ist Ausdruck einer allgemeinen Tendenz, die sich durch einen größeren Konsens bezüglich der Millennium-Entwicklungsziele, der internationalen Sicherheitslage und der zunehmenden Auswirkungen der Globalisierung auszeichnet. Er betrachtet die Entwicklungspolitik wie auch die Gemeinsame Außen- und

Sicherheitspolitik und die Handelspolitik als elementare Bestandteile der externen Politikbereiche der EU und unterstreicht die Notwendigkeit einer Verknüpfung mit diesen und anderen Politikbereichen wie Migration, Umwelt und Beschäftigung. Im Mittelpunkt der neuen Entwicklungspolitik der EU steht die Beseitigung der Armut, und daher legt sie großes Gewicht auf verantwortungsvolle Staatsführung, Menschenrechte, Demokratie, Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung von Ressourcen, Wirtschaftswachstum und Ausbau des Handels, Ernährungssicherheit, sozialen Zusammenhalt und Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit. Sie anerkennt, dass **die Beziehungen der EU zu jedem ihrer externen Partner einzigartig sind und einen speziellen „policy mix“** aus entwicklungs- und handelspolitischen sowie anderen Maßnahmen **erfordern**, die genau auf die Bedürfnisse jeder einzelnen Partnerschaft zugeschnitten sind.

1.2. Spezifische Ziele für Lateinamerika und hier vor allem für Brasilien

Im Hinblick auf die Länder Lateinamerikas wurden die allgemeinen Ziele des Artikel 177 in mehreren allgemeinen und spezifischen Dokumenten bestätigt und bekräftigt¹, in denen die EG vor allem die menschliche Dimension der Entwicklung hervorgehoben und zum Ausdruck gebracht hat, welche große Bedeutung sie Menschenrechten, Demokratisierung, verantwortungsvoller Staatsführung, Umweltschutz, Liberalisierung des Handels und stärkerer Betonung der kulturellen Dimension, gerade als Bestandteil des übergeordneten Ziels der Förderung der kulturellen Vielfalt, beimisst.

Darüber hinaus konnten bei den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs Lateinamerikas und der Karibik sowie der Europäischen Union wichtige Leitlinien für die Länder Lateinamerikas erarbeitet werden. Bei den bisherigen Gipfeltreffen (Rio de Janeiro - Juni 1999, Madrid - Mai 2002, Guadalajara - Mai 2004 und Wien - Mai 2006) konnte Übereinstimmung zwischen der EU und Lateinamerika bei verschiedenen politischen Werten festgestellt werden. Der Gipfel in Wien bekräftigte die zwei im Mittelpunkt der Debatte stehenden Themen, nämlich regionale Integration und sozialer Zusammenhalt in Lateinamerika.

Auf bilateraler Ebene sind die Hauptziele der EG-Kooperation in dem 1992 unterzeichneten Rahmenkooperationsabkommen zwischen der EU und Brasilien² sowie in dem Rahmenkooperationsabkommen zwischen der EU und Mercosur von 1995 festgehalten, mit dem eine interregionale Assoziierung von EU und Mercosur vorbereitet werden sollte. Brasilien und die EG vereinbarten ferner eine engere Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung und unterzeichneten im Januar 2004 ein Kooperationsabkommen für Wissenschaft und Technologie, das Brasilien die Möglichkeit zur Teilnahme an den Forschungsrahmenprogrammen der Europäischen Union eröffnet.

In der Mitteilung „Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika“ vom Dezember 2005 wurde auf den wachsenden Einfluss Brasiliens hingewiesen und festgestellt, dass erstens Brasilien eine Sonderbehandlung aufgrund seiner wichtigen Rolle in regionalen Angelegenheiten zusteht und dass zweitens die Tatsache, dass zwischen der EU und Brasilien nur ein rudimentärer bilateraler Dialog ohne politische

¹ Mitteilungen der Kommission über die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika bzw. den Ländern der Karibik (KOM(99) 105 endg. vom 9.3.1999, KOM(2000) 670 endg. vom 31.10.2000, KOM(2004) 220 endg. vom 7.4.2004); ferner gilt die Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992 über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern.

² KOM(92) 209 vom 30.6.1992.

Dimension besteht, in Anbetracht der raschen Entwicklung Brasiliens zu einem globalen wirtschaftlichen und politischen Akteur nicht länger angemessen ist.

Es sei noch erwähnt, dass Brasilien nach der Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom Dezember 2006 über ein Finanzinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit förderfähig ist.

2. ÜBERBLICK ÜBER DIE POLITISCHE AGENDA BRASILIENS

Nachdem er die erforderlichen mindestens 50 % der Stimmen im ersten Wahlgang knapp verfehlt hatte, wurde der amtierende Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva im Oktober 2006 im zweiten Wahlgang mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Der Präsident vertritt die Brasilianische Arbeiterpartei und wurde 2003 zum ersten Mal nach Ablauf der achtjährigen Amtszeit von Präsident Fernando Henrique Cardoso in sein Amt gewählt.

Nach der Verfassung von 1988 hat jeder neu gewählte Präsident dem Kongress zu Beginn seiner Amtszeit einen *Plano Plurianual (PPA)* vorzulegen. In diesem Dokument werden in großen Zügen die Politik der Regierung und die Zuteilung öffentlicher Mittel für einen Zeitraum von vier Jahren dargestellt.

Der PPA für 2004-2007, der so genannte „*Plano Brasil de Todos*“, der vom brasilianischen Kongress im August 2003 angenommen wurde, enthält folgende übergeordnete Entwicklungsziele:

1. Soziale Integration und Abbau sozialer Ungerechtigkeiten;
2. umweltfreundliches, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das Arbeitsplätze schafft und Einkommen erzeugt und regionale Ungleichgewichte beseitigt, und
3. Förderung und Steigerung des *Empowerment* der Bürger und Stärkung der Demokratie.

Für jedes dieser übergreifenden Ziele legte die Regierung eine Reihe von Herausforderungen (*challenges*) oder Ergebnissen (siehe Anhang 1) fest, die in verschiedenen Bereichen zu erreichen sind. Diesen Herausforderungen soll mit 374 Programmen und deren 4 300 Maßnahmen begegnet werden. Im PPA waren 60 % der Mittel für das erste Ziel (soziale Dimension der Strategie) vorgesehen, woran deutlich wird, welch hohen Rang das Thema soziale Integration genießt. Rund 36 % der Mittel waren für das zweite Ziel (wirtschaftliche, regionale und Umweltdimension), die verbleibenden 4 % für das dritte Ziel eingeplant.

Die Umsetzung der Kernbotschaften des PPA hängt jedoch in hohem Maße von der Unterstützung durch den brasilianischen Kongress ab, in dem die Koalitionen ständig wechseln und so die Regierung an einer vollständigen Umsetzung des PPA hindern könnten.

3. ANALYSE DER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN LAGE SOWIE DER UMWELTVERHÄLTNISSE

Sowohl von der Fläche (8,5 Mio. km²) als auch von der Bevölkerung (2004 schätzungsweise 182 Mio. Einwohner) ist Brasilien das **fünftgrößte Lande der Welt**. Seine Bevölkerung ist

überwiegend jung³ und lebt zum größten Teil an oder nahe der Atlantikküste in den südöstlichen und nordöstlichen Bundesstaaten. Seit etwa 1970 hat es eine intensive Wanderungsbewegung vom Nordosten in den Südosten sowie vom Land in städtische Gebiete gegeben⁴.

Mit einem BIP von 604 Mrd. US\$ und einem Pro-Kopf-BIP von 3 326,21 US\$ im Jahr 2004 gehört Brasilien zu den Ländern mit einem höheren Durchschnittseinkommen. Brasilien ist eine sich noch bedeutende aufsteigende Weltwirtschaftsmacht, die den jüngsten Schätzungen zufolge bis 2050 eine der weltweit größten Volkswirtschaften werden könnte.

3.1. Politische Lage

Interner Kontext

Brasilien ist eine Bundesrepublik mit 26 Bundesstaaten, einem Bundesdistrikt (Brasilia) und 5 560 Gemeinden. Brasilien ist eine repräsentative Demokratie mit einem Präsidenten, der gleichzeitig Staats- und Regierungschef ist. Alle Körperschaften der Legislative und der Exekutive auf Ebene des Bundes, der Bundesstaaten und der Gemeinden werden jeweils für vier Jahre gewählt. Die legislative Körperschaft auf Bundesebene ist der Nationalkongress, der aus Senat und Abgeordnetenhaus besteht. Jeder Bundesstaat hat sein eigenes Parlament und einen direkt gewählten Gouverneur, der an der Spitze der Exekutive des Bundesstaats steht und ihre Mitglieder ernennt. Die Verfassung sieht eine unabhängige Justiz vor.

Heute ist Brasilien eine stabile Demokratie mit einem gut entwickelten politischen und institutionellen System. Es bestehen allerdings nach wie vor einige Einschränkungen, die sich nachteilig auf *Governance*, Menschenrechte und Sicherheit der Bürger auswirken könnten. So bestehen u. a. folgende Probleme:

(a) Die Schwierigkeiten bei der Herstellung stabiler parlamentarischer Mehrheiten im jetzigen politischen System, die zu vielfältigen Problemen bei der umfassenden Wahrnehmung legislativer und exekutiver Befugnisse führen;

(b) die relative schwachen Verknüpfungen zwischen der drei Regierungsebenen (Bund, Bundesstaat und Gemeinde), aufgrund derer es schwierig ist, landesweite Reformen auszuarbeiten und durchzuführen, die nationale Integration zu fördern und für eine ausgewogene Entwicklung der verschiedenen Regionen zu sorgen;

(c) die häufigen Fälle von Korruption⁵ und von unrechtmäßiger Verwendung öffentlicher Ressourcen;

(d) das komplexe Rechts- und Vorschriftensystem und die Notwendigkeit, für ein besser funktionierendes Justizwesen zu sorgen, die Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu steigern sowie Bürger und Wirtschaftsteilnehmer in die Lage zu versetzen, ihre Rechte in vollem Umfang wahrzunehmen;

(e) die Notwendigkeit, für eine bessere Umsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften im Bereich Menschenrechte zu sorgen. Weitere Hauptprobleme sind die Anwendung übermäßiger Gewalt durch Vollzugsbeamte, der eingeschränkte Zugang der ärmsten und am

³ 62 % der Brasilianer sind jünger als 29 Jahre.

⁴ 1940 lebten 31 % der brasilianischen Bevölkerung in Städten. Heute leben 81 % der Bevölkerung in städtischen Ballungsräumen.

⁵ 2004 stufte Transparency International Brasilien als 59. von 146 Ländern in seinem Korruptionswahrnehmungsindex ein.

stärksten benachteiligten Gruppen der Bevölkerung zur Justiz sowie die Ausnutzung der indigenen Bevölkerung⁶;

(f) die Gewalt⁷, die vor allem in den Großstädten ein ernstzunehmendes Problem darstellt, häufig mit (illegalem) Drogenhandel und sozialer Ausgrenzung einhergeht und bei den Bürgern ein starkes Unsicherheitsgefühl hervorruft.

Regionaler und internationaler Kontext

In den letzten Jahren ist Brasilien mit seiner Außenpolitik zunehmend hervorgetreten, hat eine aktive Rolle in multilateralen Gremien übernommen und positioniert sich als Vertreter der Schwellenländer sowie als zuverlässiger Verfechter der Anliegen ärmerer Länder vor allem in Afrika.

Vor dem Hintergrund der Reform der Vereinten Nationen hat Brasilien innerhalb der G4-Gruppe zusammen mit Deutschland, Indien und Japan intensive Lobbyarbeit zu Gunsten eines ständigen Sitzes im UN-Weltsicherheitsrat betrieben. Des Weiteren setzt sich Brasilien innerhalb der G20-Gruppe bei der WTO aktiv für den Abbau von Agrarsubventionen ein. Außerdem führt Brasilien die Friedenssicherungstruppe der Vereinten Nationen in Haiti an.

Bei vielen weltpolitisch wichtigen Fragen stimmen die Ansichten Brasiliens mit denen der EU überein. Sowohl Brasilien als auch die EU sind der Auffassung, dass sich eine nachhaltige Entwicklung eher in einer multipolaren Welt erreichen lässt. Ferner teilen sie die Meinung, dass die regionale Integration der beste Weg zu Wohlstand und Frieden ist. Auch bei anderen Themen von multilateralem Interesse wie Armutsbekämpfung, Klimawandel, Frieden und Sicherheit sind sie einer Meinung.

Auf regionaler Ebene hat sich die Regierung um einen Ausbau der Rolle eines Protagonisten Brasiliens in Südamerika bemüht, der zur Förderung der Stabilität in der Region in Krisen oder bei Streitigkeiten in oder zwischen Nachbarländern eingreift, und sie hat die verschiedenen Integrationsprozesse auf dem Subkontinent unterstützt. Brasilien hat im Mercosur - und in den Assoziierungsverhandlungen zwischen EU und Mercosur - eine politische Schlüsselrolle gespielt und die Verhandlungen über Freihandelsabkommen und die Erweiterung des Mercosur vorangetrieben. Darüber hinaus hat sich Brasilien aktiv für die Gemeinschaft Südamerikanischer Nationen⁸ eingesetzt. Dessen ungeachtet geriet Brasiliens Ansehen als führende Macht in der Region in letzter Zeit durch Ereignisse wie die Enteignung von Petrobras-Vermögen im Umfang von schätzungsweise 1,5 Mrd. US\$ durch Bolivien, die Unfähigkeit Brasiliens, in dem Papierfabrik-Streit zwischen den Mercosur-Partnern Argentinien und Uruguay zu vermitteln, und den aufsteigenden Stern von Venezuelas Staatspräsident Hugo Chávez in Gefahr.

Nach wie vor unterhält Brasilien privilegierte bilaterale Beziehungen mit Nachbarländern und hat Handelsabkommen mit der Andengemeinschaft und Mexiko unterzeichnet. Brasilien hat seine bilateralen Beziehungen jedoch auch diversifiziert und engere Verbindungen zu

⁶ Vgl. die Überlegungen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zum zweiten regelmäßigen Bericht Brasiliens (CCPR/C/BRA/CO/2).

⁷ In Brasilien wird etwa alle 12 Minuten ein Mensch getötet.

⁸ Die Gemeinschaft Südamerikanischer Nationen wurde während des 3. Gipfels der Südamerikanischen Nationen in Cuzco im Dezember 2004 gegründet. Diesem neuen regionalen Integrationssystem gehören alle Länder des südamerikanischen Kontinents an, also alle Mitglieder des Mercosur und alle CAN(Andengemeinschaft)-Länder, sowie Chile, Surinam und Guyana.

anderen Regionalmächten wie Indien, China, Russland oder Südafrika, aber auch mit arabischen oder afrikanischen Ländern geknüpft. Zu den USA und zur Europäischen Union unterhält Brasilien auch weiterhin ausgewogene Beziehungen.

3.2. Wirtschaftliche Lage einschließlich Handel

Während der gesamten 1990er Jahre war das Wachstum sehr sprunghaft; diese Zeit war von Instabilität, Inflation und gesamtwirtschaftlicher Unbeständigkeit gekennzeichnet. 1994 verabschiedete Brasilien den *Plano Real* und konnte damit und durch die Anbindung des Real an den US\$ die Inflation unter Kontrolle bringen. Dies führte jedoch zu einer starken Aufwertung des Real und wirkte sich nachteilig auf die brasilianische Handelsbilanz aus. Der Finanzbedarf Brasiliens stieg, desgleichen seine Außenverschuldung.

1999 handelte die Regierung mit dem IWF ein Finanzanpassungsprogramm aus und leitete eine Reihe von Strukturreformen zur Wiederherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ein. Dazu gehörten die Einführung eines Systems variabler Wechselkurse für den Real, Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung und eine rigorose Haushaltspolitik.

Die neue Regierung, die 2003 an die Macht kam, ist bei der vorsichtigen makroökonomischen Strategie geblieben, die Brasilien seit 1999 umsetzte, und räumt auch weiterhin der gesamtwirtschaftlichen Stabilität den Vorrang ein. Die neue Regierung sagte daher zu, die Inflation in den Griff zu bekommen und konnte hohe Primärüberschüsse erzielen (mehr als 4 % des BIP). Diese vorsichtige Wirtschaftspolitik führte sehr schnell zu einem starken Rückgang des Verhältnisses Staatsverschuldung/BIP (auf 51,8 %) - und versetzte Brasilien in die Lage, keine Verlängerung seines Abkommens mit dem IWF aushandeln zu müssen; das Land konnte sogar 2005 alle seine Verbindlichkeiten beim IWF (15,5 Mrd. US\$) zwei Jahre vor Fälligkeit zurückzahlen und so die niedrigste Risikoeinstufung seiner Geschichte verzeichnen. Auch die Struktur der Verschuldung Brasiliens hat sich insofern verbessert, als nun ein kleinerer Teil der Gesamtverschuldung in Devisen ausgedrückt wird. Trotz dieser erfreulichen Anzeichen bleibt die öffentliche Verschuldung eine Schwachstelle der brasilianischen Wirtschaft.

Die Regierung konnte ihren Rekord bei den Haushaltszielen im Wesentlichen durch eine Einnahmensteigerung, also Steuererhöhungen⁹, und eine Kürzung der öffentlichen Investitionen erreichen. Private Investitionen wurden auch durch hohe Zinsen behindert. Dies alles hatte zur Folge, dass die Wirtschaft nach einem hohen Wachstum (5,2 %) im Jahr 2004, das auf außergewöhnlich günstige weltwirtschaftliche Gegebenheiten zurückzuführen war, 2005 einen Abschwung erlebte.

2004 nahm die brasilianische Wirtschaft weltweit den 14. Platz ein, obwohl ihr Anteil am Welthandel noch immer gering war (0,9 %). Der Dienstleistungssektor trug zum BIP Brasiliens rund 75 %, die Industrie 19 % und die Landwirtschaft 6 % bei. In den letzten Jahren hat Brasilien erhebliche Handelsüberschüsse erwirtschaftet, und die Ausfuhren haben sich vorteilhaft auf das Wachstum des brasilianischen BIP ausgewirkt; die wichtigsten Exportbranchen waren Verkehrsausrüstung (einschließlich Automobil- und Flugzeugbau¹⁰), Fleisch sowie Eisen und Stahl. Im Landwirtschaftssektor konnten erhebliche Produktivitätssteigerungen erzielt werden, so dass Brasilien zu einer wichtigen Agrarmacht

⁹ Die Steuereinnahmen Brasiliens belaufen sich auf fast 35% des BIP.

¹⁰ EMBRAER gehört zu den weltweit führenden Unternehmen für den Entwurf, die Herstellung und den Verkauf von Flugzeugen für die Zivilluftfahrt und militärische Zwecke.

wurde¹¹. Die Haupthandelspartner Brasiliens waren 2004 die EU (26,8 %), in die rund 50 % der brasilianischen Agrarausfuhren gingen, ferner die USA (21,9 %), Argentinien (6,9 %), China (6,9 %) und Japan (3,7 %). In den letzten Jahren verzeichnete die EU bedeutende Handelsbilanzdefizite gegenüber Brasilien.

Brasilien gehört zu den Ländern, in denen europäische Investoren bevorzugt tätig werden; die Investitionen in diesem Land belaufen sich auf fast 80 Mrd. EUR (ein Drittel aller Investitionen). 2002 stammten 52 % der Investitionsströme nach Brasilien aus der EU. Zwischen 1996 und 2002 konzentrierten sich die Investitionen hauptsächlich auf den tertiären Sektor¹².

Brasilien führt zwar Öl ein, könnte sich aber in Anbetracht der jüngst in dieser Branche erfolgten Investitionen ab Ende 2005 selbst versorgen. Brasilien fördert genauso viel Erdöl wie Kuwait (1,8 Mio. Barrel pro Tag).

An der Außenhandelsfront war Brasilien in den letzten zehn Jahren sehr aktiv. In der WTO hat sich Brasilien um einen besseren Marktzugang für seine Agrarerzeugnisse bemüht. In letzter Zeit hat Brasilien versucht, über den Mercosur seinen Handel durch den Abschluss beschränkter Präferenzhandelsabkommen mit Ländern wie Indien und Südafrika zu diversifizieren, die neben die bereits bestehenden oder neuen Präferenzhandelsabkommen mit vielen lateinamerikanischen Ländern treten. Weitere Abkommen dieser Art sind mit Ländern wie Marokko und Ägypten geplant. Der Mercosur selbst wurde durch Handelsstreitigkeiten zwischen Brasilien und Argentinien wegen der Überflutung Argentinien mit brasilianischen Exporten geschwächt.

3.3. Soziale Lage

Im Verlauf des letzten Jahrzehnts haben sich die wichtigsten Sozialindikatoren verbessert. Die derzeitige Regierung hat den Programmen für soziale Entwicklung hohe Priorität eingeräumt. „*Fome Zero*“ heißt die Strategie der Bundesregierung zur Beseitigung extremer Armut, vor allem durch die Förderung von Ernährungs- und Nahrungsmittelsicherheit sowie Zugang der schwächsten Bevölkerungsgruppen zu Bürgerrechten. In diesem Zusammenhang hat die Regierung die bestehenden Transferprogramme für Sozialleistungen in einem einzigen Programm für die Auszahlung sozialer Transferleistungen an die ärmsten Familien mit dem Namen „*Bolsa Familia*“ zusammengefasst, aus dem finanzielle Unterstützung gewährt, aber auch die Inanspruchnahme sozialer Grundrechte (z. B. Gesundheit, Nahrung, Bildung und Sozialhilfe) gefördert wird. Durch einen gezielteren Einsatz des Programms soll seine Effizienz gesteigert werden. Es bleibt jedoch noch viel zur Beseitigung von Ungleichgewichten zwischen Stadt und Land, Männern und Frauen und verschiedenen Rassen und dafür zu tun, dass alle sozialen Gruppen Zugang zu Waren und Dienstleistungen haben.

2004 nahm Brasilien den 72. von 177 Plätzen im UN-Index für menschliche Entwicklung ein – ein eher bescheidener Rang, bedenkt man den wirtschaftlichen Entwicklungsstand und das im Land vorhandene spitzentechnologische Know-how. Nach dem brasilianischen Monitoringbericht (September 2004) über die Millennium-Entwicklungsziele gab es 2002

¹¹ Brasilien ist weltweit die Nr. 1 als Erzeuger und Exporteur von Zucker, Kaffee und Orangensaft, ist führender Exporteur von Tabak, Rindfleisch und Geflügel und die Nr. 2 beim Soja-Export.

¹² 2002 flossen 56 % der Investitionen in den tertiären Sektor (im Wesentlichen Post und Telekommunikation, Strom, Gas, Wasser, Handel und Finanzen), 40 % in den sekundären Sektor (hauptsächlich Lebensmittel und Getränke, Kraftfahrzeuge, Chemikalien, elektrische und elektronische Geräte) sowie 4 % in den primären Sektor (meist Förderung von Rohöl und Erdgas).

52,3 Mio. Arme im Land (das entsprach 30,6 % der Bevölkerung), während 11,6 % der Bevölkerung, nämlich 20 Mio. Menschen, unter extremer Armut litten. Noch immer gehört Brasilien zu den Ländern mit den größten sozialen Ungleichgewichten: Auf die ärmsten 20 % entfallen 4,2 % des brasilianischen Nationaleinkommens oder Verbrauchs. Seit 1990 steht der Gini-Index unverändert bei 0,57 (1 ist hier das Höchstmaß an Ungleichheit) und gehört damit zu den höchsten auf der Welt. Mit anderen Worten: Wohlstand und Einkommen sind nach wie vor sehr ungleich verteilt.

Die Ärmsten der Armen haben in Brasilien schon immer im Nordosten des Landes gelebt¹³. 2002 lebten 25,2 % der Einwohner in extremer Armut oder Bedürftigkeit. Dennoch haben auch andere Teile des Landes, vor allem Regionen in der Nähe oder in Großstädten, ein Ansteigen der Anzahl von Armen und Bedürftigen gemeldet. So lebten 2002 5,2 % der Menschen im Südosten ebenfalls in extremer Armut oder Bedürftigkeit. Es steht fest, dass es Armut heutzutage fast überall im Land gibt, auch wenn sie hauptsächlich in Ballungsräumen und heruntergekommenen landwirtschaftlichen Regionen auftritt. Ungleichheit hat in Brasilien auch mit der Rasse zu tun; 65 % der Allerärmsten sind Schwarze oder Mulatten, während 86 % der reichsten 1 % Weiße sind.

Der Zugang zum Bildungswesen hat sich in den letzten Jahren zwar verbessert¹⁴, doch bestehen insbesondere im Hochschulbereich noch große regionale Ungleichgewichte zwischen den Regionen im Nordosten und denen im Süden und Südosten. Nach amtlichen Angaben kann ein großer Teil der jungen Menschen in Brasilien lesen und schreiben (96,3 % der 15-24-Jährigen im Jahr 2002), doch ist das Analphabetentum bei der Bevölkerung von 15 Jahren und darüber nach wie vor sehr groß (12 % im Jahr 2002).

Auch die Gesundheitsindikatoren haben sich verbessert. Mit staatlichen Maßnahmen konnte die Kindersterblichkeit gesenkt werden (36 pro 1000 im Jahr 2003), doch bleibt vor allem im Norden und Nordosten noch viel zur Verringerung der Post-Natalsterblichkeit zu tun. 2002 wandte Brasilien 7,9 % seines BIP für das Gesundheitswesen auf; dieser Prozentsatz entspricht in etwa dem OECD-Durchschnitt (8,72 %). Nach Angaben von UNAIDS sind schätzungsweise 650 000 Brasilianer mit HIV infiziert. Die Reaktion Brasiliens auf HIV konnte auf starke politische Unterstützung setzen: Die medizinische Betreuung einschließlich der Gabe anti-retroviraler Mittel ist ein allgemeines, durch ein nationales Gesetz garantiertes Recht. Die Bekämpfung von HIV/AIDS wurde als Querschnittsthema in den Programmplanungsprozess einbezogen. Dabei wurden die politische Agenda der Regierung zu HIV/AIDS und insbesondere zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit sowie die Bedeutung des Themas in Brasilien untersucht.

Die brasilianische Regierung hat Initiativen zur Beseitigung der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen bzw. verschiedener Rassen unternommen und 2003 ein Sondersekretariat für die Förderung der Rassengleichheit (Seppir) eingerichtet und integrierte Maßnahmen zu Gunsten der Volksgruppe der *Quilombos*, der schwarzen und der indigenen Bevölkerung ergriffen. Ferner wurde ein Nationaler Plan zur Herstellung der Gleichberechtigung der Geschlechter aufgestellt, mit dem gleichberechtigter Zugang zu Arbeit und Bürgerrechten, Bildung und Gesundheitsversorgung gefördert und Gewalt gegen Frauen bekämpft werden sollen.

¹³ In den nördlichen Bundesstaaten *Maranhão* und *Piauí* bewegt sich das Pro-Kopf-BIP auf dem Niveau von Ländern wie Mozambique oder Senegal, während die südlichen Bundesstaaten *São Paulo* und *Rio de Janeiro* durchaus zu den 30 reichsten Ländern der Welt gerechnet werden könnten.

¹⁴ 2002 besuchten 93,8 % der Kinder zwischen 7 und 14 Jahren eine Grundschule; 40 % der Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren besuchten eine weiterführende Schule, und 9,8 % der jungen Leute gingen an eine Universität.

Von 2004 bis zum ersten Halbjahr 2005 fiel die Arbeitslosenrate von 12,3 % auf 10,3 %. 2005 war die Arbeitslosigkeit bei Frauen jedoch 1,6mal so hoch wie bei Männern; das ist bezüglich der Arbeitslosigkeit der größte Unterschied zwischen Männern und Frauen¹⁵ in allen lateinamerikanischen Ländern. Die Arbeitslosenrate bei Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren ging ebenfalls von 23,7 % auf 21,6 % zurück, ist jedoch nach wie vor sehr hoch. Zwar ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit durchaus ermutigend, doch steht Brasilien bei der Schaffung von Arbeitsplätzen noch immer vor einer großen Herausforderung. Erhebliche Probleme sind auch Zwangsarbeit, insbesondere von Kindern¹⁶, und in der Landwirtschaft sowie sexuelle Ausbeutung. Den Kampf gegen den Menschenhandel hat die Regierung zu einer nationalen Priorität erklärt.

Brasilien baut weder Kokablätter noch Mohn an. Kokain wird überwiegend in Nachbarländern hergestellt¹⁷. Nach Angaben des UNODC-Regionalbüros in Brasilien wird das Kokain dann nach Brasilien eingeschleust. Brasilien wird als Transitland verwendet, vor allem für Kokain, das hauptsächlich nach Europa und in die USA geht. Daraus hat sich ein wachsender einheimischer Markt für Kokain entwickelt.

Zugang zu Grund und Boden ist in Brasilien ein sehr heikles Thema. Es wird geschätzt, dass 1 % der brasilianischen Grundbesitzer die Hälfte des fruchtbaren Landes besitzen. Auf der Agenda der derzeitigen Regierung steht eine Bodenreform, mit der von 2003 bis 2007 430 000 Familien Land zur Ansiedlung erhalten sollten, doch waren bis Mitte 2005 nur durchschnittlich 59 000 Familien pro Jahr angesiedelt worden. Zugang zu Grund und Boden galt stets auch als ausschlaggebend für das Überleben der indigenen Völker (die 0,2 % der Bevölkerung ausmachen¹⁸ und in 215 Stämmen meistens in der Amazonas-Region leben) sowie der „traditionellen“ Bevölkerungsgruppen. Ihr Recht auf Land wurde in der Verfassung von 1988 verankert¹⁹. Trotz erheblicher Bemühungen ist man von dem in der Verfassung niedergelegten Ziel der Abgrenzung sämtlichen indigenen Landes noch weit entfernt.

3.4. Umwelt

Die Umwelt in Brasilien gehört zu den reichhaltigsten auf der Welt. Zu dem natürlichen Reichtum Brasiliens gehören nicht nur die dichten tropischen Regenwälder am Amazonas, sondern auch die umfangreichen Biome des savannen-ähnlichen Cerrado²⁰, das trockene Buschland der Caatinga, der atlantische Wald, die Weiden der Pampa und die Feuchtgebiete des Pantanal. Einen Großteil der brasilianischen Flora und Fauna findet man sonst nirgendwo auf der Welt; seine Ökosysteme enthalten mehr als 15 % aller der Wissenschaft bekannten Pflanzen- und Tierarten²¹. Brasilien verfügt ferner über 15 % des weltweit vorhandenen Süßwassers.

¹⁵ Auch in der Politik sind die Frauen unterrepräsentiert, denn auf sie entfielen 2004 nur 9 % aller Parlamentssitze.

¹⁶ Nach Schätzungen der ILO waren 2002 450 000 Kinder als Hausangestellte beschäftigt.

¹⁷ Die Behörden in Brasilien schätzen, dass von dem Kokain, das für Brasilien bestimmt ist oder im Transit durch das Land geht, rund 60 % aus Kolumbien, 30 % aus Bolivien und 10 % aus Peru stammen.

¹⁸ Quelle: FUNAI. Mit dieser Zahl sind nur die in Dörfern lebenden indigenen Völker erfasst. Etwa 100 000 bis 190 000 Angehörige indigener Völker leben außerhalb ihrer angestammten Gebiete, insbesondere in Städten. Weitere 53 Stämme haben die offizielle Anerkennung als indigene Völker beantragt.

¹⁹ Brasilien hat im Juli 2002 auch die ILO-Konvention 169 ratifiziert.

²⁰ Typisch für den Cerrado sind eine fünfmonatige Zeit intensiver Niederschläge sowie Dürreperioden in den übrigen sieben Monaten des Jahres. Er bietet vielfältige Landschaftsformen zwischen Weide- und Buschland bis zu dichteren Wäldern und Büschen.

²¹ Auf einer weltweiten Skala für Biodiversität stünde Brasilien für amphibische Arten an erster, für Vögel an dritter und sowohl für Säugetieren als auch Reptilien an vierter Stelle.

Nach Angaben des Umweltministeriums beläuft sich der Wert der von den Ökosystemen Brasiliens erbrachten Umweltdienstleistungen (was die Erhaltung der millionenfachen Vielfalt der biologischen Arten und die Bindung von Kohlendioxid angeht) auf mehrere Billionen EUR pro Jahr. Brasilien kommt daher weltweit eine strategische Schlüsselrolle zu, eine Rolle, der sich das Land verpflichtet fühlt, denn es ist Partei einer Reihe internationaler Umweltübereinkommen (Biodiversität, Klimawandel/Kyoto-Protokoll, Versteppung, gefährdete Arten usw.) und nimmt aktiv an internationalen Umweltkonferenzen teil.

Im Nachgang zur Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro und umfassenden internationalen Konsultationen wurde die *Brazilian Agenda 21* erarbeitet, in der das Entwicklungsmodell des Landes durch Einführung des Konzepts der Nachhaltigkeit neu definiert wurde. Die Hauptprioritäten dieses Dokuments wurden in den PPA 2004-2007 übernommen. Brasilien hat sich zwar eine ehrgeizige Umweltagenda gegeben und verfügt über umfangreiche Umweltgesetze und -vorschriften, doch hält die tatsächliche Umsetzung damit nicht Schritt.

Das Umweltministerium setzt sich zwar dafür ein, die Umwelt als horizontales Thema zu sehen, das bei allen wichtigen staatlichen Maßnahmen zu berücksichtigen ist, doch halten andere Ministerien die Umwelt noch immer für ein Wachstumshindernis für die Wirtschaft.

Besondere Erwähnung verdient das Amazonasbecken in Brasilien, da es mit seinen 6,5 Mio. km² rund 60 % der Fläche des Landes ausmacht. Darüber hinaus ist es eines der an Biodiversität reichsten Ökosysteme der Welt und spielt für den globalen Kreislauf eine wichtige Rolle. Aus dem *Forest Resource Assessment* der FAO geht hervor, das im Zeitraum 1990-2005 in Amazonien im Jahresdurchschnitt 13 500 km² und in den Jahren 2000-2005 18 000 km² verloren gingen. Zur Eindämmung der Entwaldung laufen mehrere Programme, so das Programm zum Schutz des Amazonasgebiets oder das Nachhaltige Amazonas-Programm²². Die Entwaldung in der Amazonas-Region und anderswo²³ in Brasilien ist hauptsächlich auf wirtschaftliche Einflüsse (Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, Infrastrukturbauwerke wie Straßen oder Dämme zur Verbesserung der Verkehrsanbindung von Fabriken, Aktivitäten der Holzindustrie in der Amazonas-Region, Tourismus im Pantanal oder im atlantischen Wald usw.) und auf Verstädterung zurückzuführen.

Die Entwaldung und die kräftige Expansion von Kulturen mit großem Flächenbedarf (vor allem von Soja, Mais und anderem Getreide), bei denen der Einsatz genetisch veränderten Saatguts in den letzten Jahren schnell zugenommen hat²⁴, sowie der Viehzucht haben in riesigen Gebieten zu einem Verlust an Biodiversität geführt. Die Entwaldung trägt ferner zu 60 % der Treibhausgasemissionen Brasiliens und zu mehr als 3 % der weltweiten Emissionen dieser Art bei.

Der Klimawandel dürfte auch die natürlichen Ökosysteme Brasiliens beeinträchtigen, da er die Risiken eines Verlusts an Biodiversität und für Sektoren der Primärproduktion erhöht. In vielen Gebieten sind die Wasserressourcen gefährdet. Die Gesundheit der Menschen und menschliche Siedlungen, insbesondere im küstennahen Tiefland sowie in umweltmäßig und sozioökonomisch ausgegrenzten Gebieten, sind ebenfalls Risiken ausgesetzt. Es gibt Hinweise darauf, dass der weltweite Klimawandel und die Entwaldung zu größeren Verschiebungen im

²² Im Nachhaltigen Amazonas-Programm geht es um Maßnahmen für Umweltmanagement, Landnutzungsplanung, nachhaltige Produktion, soziale Integration, Infrastruktur und ein neues Finanzierungsmodell für eine integrierte nachhaltige Entwicklungspolitik.

²³ Der Wald entlang der Atlantikküste gehört zu den am stärksten gefährdeten Wäldern. Es sind nur noch 8 % dieses Waldes übrig.

²⁴ Die jetzige Regierung verabschiedete ein Gesetz über die Zulassung und zur Festlegung eines Rahmens für die Erzeugung genetisch veränderter Pflanzen und den Handel mit ihnen.

hydrologischen System des Amazonas führen und potenziell katastrophale Auswirkungen auf den Regenwald und die gesamte Region haben können.

Die Verschlechterung der Wasserqualität ist ein weiteres schwerwiegendes Problem, das teilweise auf den übermäßigen - und kaum kontrollierten - Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden, teilweise auf den Mangel von Abwasserentsorgungseinrichtungen sowie auf andere Schadstoffe unterschiedlichster Herkunft (Einleitung unzureichend behandelter Industrieabwässer, Unfälle usw.) zurückzuführen ist. In Gebieten mit intensiver landwirtschaftlicher Produktion führt dies zu großen Problemen wie Bodenerosion, Ablagerungen in Fließgewässern und Grundwasserverseuchung sowie Absenkung des Grundwasserspiegels. Die Entwaldung in Quellgebieten von Flüssen verursacht ferner die Degradation von Flüssen.

Vor kurzem veröffentlichte jedoch das Sekretariat für Wasserressourcen beim Umweltministerium seinen Jahresbewirtschaftungsplan für Wasserressourcen, in dem es um die oben aufgeführten Probleme geht.

Ein weiteres großes Problem in Brasilien ist die Umweltbelastung in den Städten. Häufig lösten die umfangreichen Migrationsströme vom Land in die Stadt in den letzten Jahrzehnten ein explosionsartiges und unkontrolliertes Wachstum aus, mit dem der Ausbau der Grundinfrastruktur nicht Schritt halten konnte. In den Großstädten ist die Luftverschmutzung hauptsächlich wegen Verkehrsstaus und der geballten Ansiedlung von Industrie sehr groß. Die Probleme der fehlenden Abwasserentsorgung wiegen mitunter in kleinen oder mittleren Städten schwerer als in den Großstädten, die über mehr Mittel zu ihrer Beseitigung verfügen.

4. ÜBERBLICK ÜBER DIE BISHERIGE UND LAUFENDE EG-ZUSAMMENARBEIT, KOORDINATION UND KOHÄRENZ

4.1. Überblick über die EG-Zusammenarbeit in Vergangenheit und Gegenwart

Die EG unterstützt Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Brasilien im Wege der bilateralen Kooperation, aber auch aus verschiedenen thematischen Haushaltslinien sowie über ihre horizontalen und regionalen Kooperationsprogramme. Mitte 2005 belief sich die Zusammenarbeit der EG mit Brasilien in Form laufender Projekte auf insgesamt rund 180 Mio. EUR²⁵.

In jüngster Zeit gab es keine Gesamtbewertungen der EG-Kooperation mit Brasilien. Die folgenden Kommentare stützen sich daher hauptsächlich auf die Ergebnisse der regelmäßigen Überwachung der Projekte sowohl von externer Seite als auch durch die Delegation und auf die Ergebnisse der jüngsten regionalen und themenbezogenen Bewertungen²⁶. Der Europäische Rechnungshof nahm kürzlich in Brasilien eine Prüfung der Umweltaspekte der Entwicklungszusammenarbeit vor. Im Entwurf der vorläufigen Ergebnisse wird auf die Bedeutung des EG-Beitrags zur Kontrolle der Entwaldung und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im Amazonas-Regenwald hingewiesen, wobei die globalen Auswirkungen der Verschlechterung des Zustands dieses Bioms und die Tatsache berücksichtigt werden, dass den Verbindungen zwischen Armutsbekämpfung und Umweltmanagement sowie zwischen verantwortungsvoller Staatsführung und Strafverfolgung und Umweltmanagement angemessen Rechnung getragen wird. Nach

²⁵ Dieser Betrag umfasst alle Kooperationsprojekte mit Ausnahme der aus dem 5. und 6. Forschungsrahmenprogramm oder aus Erasmus Mundus finanzierten Projekte (siehe Anhang 4).

²⁶ Lateinamerika (2005); MERCOSUR (2004); Asien & Lateinamerika - Verordnung 443/92 (2002); Umwelt (2004); Wälder (2002); Nichtregierungsorganisationen (NRO) (2002).

Ansicht des Rechnungshofes gibt es bei den Projekten Umsetzungsprobleme, die dem Problem, um dessen Lösung sie sich bemühen, angemessen sind, und vertritt die Auffassung, **nur fortgesetzte Unterstützung könne den Erfolg** bei der langfristigen Nachhaltigkeit gewährleisten.

Bilaterale Zusammenarbeit

In den Jahren 2002-2006 flossen fast 64 Mio. EUR in die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der EG und Brasilien. Vor Verabschiedung der EG-Kooperationsstrategie für Brasilien im August 2002 wurden 13 Mio. EUR (20,3 % des Haushalts) für Projekte zur Reform der Steuerverwaltung und der öffentlichen Verwaltung sowie im Bereich Menschenrechte bereitgestellt. Diese Strategie sah weitere 51 Mio. EUR für drei Schwerpunktsektoren vor: 1) Wirtschaftsreform (30 Mio. EUR oder 47 % des vorläufigen Budgets); 2) soziale Entwicklung (15 Mio. EUR oder 23 %) und 3) Umwelt (6 Mio. EUR oder 9 %).

Behindert wurde die Umsetzung des LSP 2002-2006 durch erhebliche administrative Hindernisse aufgrund mangelnder Übereinstimmung zwischen den Gesetzen und Vorschriften der EU und Brasiliens über die Verwaltung bilateraler Kooperationsprojekte, die durch das Inkrafttreten der neuen Haushaltsordnung der EU im Jahr 2003 und die 2004 vorgenommenen Änderungen an Brasiliens Verfahren für die Verwaltung von aus externen Quellen finanzierten Projekten noch verschärft wurden.²⁷

In der ersten Hälfte des Programmplanungszeitraums verwandte die Delegation einen Großteil ihrer Bemühungen auf die Lösung von Problemen durch nicht zueinander passende Vorschriften, die erst Mitte 2005 gelöst werden konnten. Bei der Genehmigung und Durchführung neuer Projekte kam es daher zu erheblichen Verzögerungen. Anfang 2006 lässt sich die Lage folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Projekte zur Reform der Steuerverwaltung und der öffentlichen Verwaltung und im Bereich Menschenrechte (13 Mio. EUR) liefen 2004 mit Eigenmitteln des Begünstigten an, denn aufgrund der internen Verfahren konnten die EG-Beiträge erst ab April 2005 bereitgestellt werden. Diese Projekte werden in Bereichen durchgeführt, die von der brasilianischen Regierung als strategisch wichtig erachtet werden, und die bisherigen Ergebnisse, gerade beim Kapazitätsaufbau und beim Austausch zwischen der EU und Brasilien, werden von den Teilnehmern und begünstigten Institutionen als äußerst zufrieden stellend und sehr gut bezeichnet.
- Projekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (30 Mio. EUR) wurden planmäßig gebunden (8 Mio. EUR im Jahr 2003 und 22 Mio. EUR im Jahr 2005), doch verzögerte sich die Durchführung aufgrund der oben erwähnten Schwierigkeiten. Das erste Projekt lief im Juni 2005 an, das zweite soll nach Plan Mitte 2006 starten. Es liegen also bei weitem zu wenig Ergebnisse vor, als dass sich schon solide Schlussfolgerungen ziehen ließen.
- Bei den verbleibenden Projekten stellt sich die Lage folgendermaßen dar: Ein Stadtmodernisierungsprojekt (7,5 Mio. EUR) wurde im Dezember 2005 gebunden; die sonstigen Projekte für soziale Entwicklung in ländlichen Gebieten (7,5 Mio. EUR) und

²⁷ Für die Zusammenarbeit gelten nunmehr ähnliche Verwaltungsverfahren wie für die Genehmigung externer Darlehen. Vereinbarungen können erst nach langwierigen Konsultationen verschiedener Stellen sowie nach Einstellung der Projekte in den Mehrjahresplan (PPA) und den Haushalt unterzeichnet werden.

den Erhalt der Umwelt (6 Mio. EUR) sollen im weiteren Verlauf des Jahres 2006 gebunden werden.

Andere Projekte aus früheren Programmplanungszeiträumen zu verschiedenen sozialen und Umweltthemen wurden bereits Anfang 2002 durchgeführt. 2004/2005 wurden vier Sozialprojekte (EU-Gesamtbeitrag 14,4 Mio. EUR) abgeschlossen. Bei drei von ihnen (13,5 Mio. EUR) ging es um die Verbesserung der Lebensbedingungen von Armen in den Elendsvierteln der Ballungsräume Rio de Janeiro und São Paulo. Im Mittelpunkt dieser Projekte standen vor allem die bessere Versorgung mit sozialen Grunddiensten (Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Wohnraum usw.) und die Förderung Einkommen erzeugender Tätigkeiten (Kredite für die Modernisierung von Häusern und die Gründung von Kleinstunternehmen, Ausbildung in Management, Marketing, Umgang mit Computern, Beratung in betriebswirtschaftlichen oder rechtlichen Angelegenheiten usw.). In einem vierten Projekt (0,9 Mio. EUR) wurde den Ärzten des Krankenhauses São Rafael in Salvador de Bahia Fortbildung zum Thema Molekular-Biotechnologie angeboten. Diese Projekte wurden zwar nicht offiziell bewertet, doch erbrachte das Monitoring, dass die erwarteten Ergebnisse im Wesentlichen erreicht wurden. Die direkt und indirekt Begünstigten zeigten sich mit der Qualität der Ergebnisse ebenfalls zufrieden, und die beteiligten Kommunen und anderen Akteure versuchen, die Projektaktivitäten auch ohne Bezuschussung durch die EG fortzusetzen. Die im Rahmen der Projekte erarbeiteten Methoden und Verfahren kommen bereits auch in anderen Elendsvierteln zum Einsatz.

Sektoranalyse / Andere Instrumente

Der Sektor, in den bisher der **Großteil der Gelder** fließt, ist die **Umwelt**, und zwar im Wesentlichen über das Pilotprogramm zum Schutz der brasilianischen Regenwälder (PPG7). Im Oktober 2005 beliefen sich die Mittelzusagen auf insgesamt mehr als 350 Mio. EUR, von denen 85 % von EU-Partnern stammten²⁸. PPG7 ist das größte Beispiel internationaler Kooperation zur Erarbeitung von Lösungen für ein Umweltproblem von globalem Ausmaß. Die Umsetzungsstrategie fußt auf Partnerschaften auf verschiedenen Ebenen, beispielsweise unter Einbeziehung der Regierungen von Bund und Bundesstaaten sowie von Kommunalbehörden, Organisationen der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors. Mit PPG7 werden folgende Ziele angestrebt: i) Ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Erhalt der tropischen Wälder; ii) Erhalt der Biodiversität der Wälder; iii) Verringerung des Beitrags der tropischen Wälder Brasiliens zu den weltweiten Treibhausgasemissionen; iv) Modellcharakter für die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bei weltweiten Umweltproblemen. Das Programm umfasst vielfältige Projekte, die sich in fünf Hauptthemenbereichen zusammenfassen lassen: Versuche und Demonstration; Erhalt von Schutzgebieten; Stärkung der Institutionen und Aufbau von Kapazitäten; angewandte und gezielte Forschung; Lehren aus der Vergangenheit und Verbreitung.

Hervorragende Ergebnisse bei der Förderung der Erhaltung und nachhaltiger wirtschaftlicher Alternativen haben ferner mehrere kleinere Umweltprojekte erbracht, die aus Umwelt- und Forstprogrammen mit der Zivilgesellschaft finanziert wurden. Derzeit geht es um acht Projekte, die im Wege von Aufrufen zur Einreichung von Vorschlägen ausgewählt wurden und einen EG-Zuschuss von rund 16,5 Mio. EUR erhalten. Ihr Thema ist größtenteils die Amazonas-Region sowie, wenn auch in geringerem Umfang, der atlantische Wald.

²⁸ EG (65 Mio. EUR), Deutschland, VK, Niederlande, Italien und Frankreich.

Zweiter Schwerpunkt für die Mittelvergabe war die **soziale Entwicklung**, gefördert hauptsächlich durch Projekte der dezentralisierten Zusammenarbeit mit NRO, in denen es um Armutsbekämpfung, Wahrung der Menschenrechte, Verbesserung des Gesundheitszustands oder Umweltschutz ging, aber auch durch bilaterale Kooperation. Im Oktober 2005 liefen 37 Projekte in Partnerschaft mit europäischen (und lokalen) NRO (Gesamtbetrag: 24 Mio. EUR). Mit besonders geeigneten lokalen Organisationen (NRO oder auch Kommunen) wurden Partnerschaften entwickelt. Kleinere Projekte waren im Allgemeinen eher in der Lage, sich bei Bedarf flexibel auf veränderte Gegebenheiten einzustellen. Eine wichtige Rolle kommt in der laufenden horizontalen und regionalen Zusammenarbeit ferner der Unterstützung der Zivilgesellschaft zu.

Die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** war gleichfalls ein wichtiger Bestandteil der EG-Zusammenarbeit mit Brasilien, im Wesentlichen in Form einer Beteiligung Brasiliens an horizontalen Programmen wie Al-Invest²⁹ oder dem EG-Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung³⁰. Wie bereits erwähnt wurden 2003 und 2005 zwei große bilaterale Projekte mit einem EG-Beitrag von 30 Mio. EUR zur Förderung der Entwicklung und Internationalisierung von KMU genehmigt.

Die EG hat aber auch Mittel für Kooperationsprojekte in anderen Sektoren bereitgestellt, wie für Bildung (über horizontale Programme wie ALFA³¹ oder AlBan³², aber auch über das Programm Erasmus Mundus), Stadtentwicklung (über das Regionalprogramm URBAL) und Informationsgesellschaft (über das @lis³³ Regionalprogramm und die F&E-Rahmenprogramme). Gebilligt wurden ferner Projekte für den Aufbau von Kapazitäten in Institutionen und zur Modernisierung des Staates, so z. B. Kurse über die Modernisierung des brasilianischen Steuersystems.

Hauptschlussfolgerungen

Generell hat Brasilien eher die thematischen / horizontalen Haushaltlinien und regionalen Kooperationsinstrumente als bilaterale Kooperationsprojekte in Anspruch genommen. Die Erfahrung zeigt, dass die Einbeziehung von Einrichtungen der brasilianischen Zivilgesellschaft oder Privatwirtschaft (NRO, Universitäten, Technologie-Institute, Unternehmen usw.) in diese Programme sowie deren Elan, Partnerschaften mit europäischen Einrichtungen einzugehen, auf lokaler und sektoraler Ebene gute Ergebnisse gezeitigt haben.

Die institutionelle Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen wurde durch Bürokratie und operationelle Schwierigkeiten aufgrund geänderter Verfahren behindert. Falls nach diesen Verfahrensänderungen keine praktikable Lösung gefunden werden kann, sollten alternative Wege und Mechanismen gesucht werden, über die sich praktikable Lösungen für die Umsetzung bilateraler Hilfe finden lassen. Näher zu prüfen wäre auch die Möglichkeit, insbesondere für Brasilien vorgesehene Mittel aus der bilateralen Zusammenarbeit als Ergänzung horizontaler und regionaler Instrumente zur Verfügung zu stellen.

²⁹ 15 der 45 regionalen Al-Invest Eurocentros sind in Brasilien angesiedelt, einige auch im Nordosten des Landes.

³⁰ Im Rahmen des Fünften Rahmenprogramms wurden 46 Projekte mit brasilianischer Beteiligung gebilligt; damit ist Brasilien das südamerikanische Land mit der bei weitem intensivsten Teilnahme.

³¹ An mehr als der Hälfte der ALFA II-Projekte nahmen brasilianische Einrichtungen teil. Brasilianische Studenten sind auch sehr aktiv bei Erasmus Mundus, und zwar so intensiv, dass Brasilien noch vor Russland und den USA an der Spitze der Teilnehmerländer steht (nicht mitgezählt sind die Studenten, die über verschiedene nationale Fenster an Erasmus mitmachen).

³² Beim Hochschulprogramm AlBan für 2004-2005 waren beispielsweise 27 % der 779 Teilnehmer Brasilianer.

³³ Am Programm @lis nahmen 26 brasilianische Partner teil, und 9 der 19 derzeit laufenden Demonstrationsprojekte werden in Brasilien durchgeführt.

4.2. Programme von EU-Mitgliedstaaten, der EIB und anderer Geber

Nach Angaben der Brasilianischen Kooperationsagentur (ABC)³⁴, ging die offizielle Entwicklungshilfe für Brasilien zwischen 2001 und 2003 leicht zurück und belief sich 2003 auf insgesamt 243 Mio. EUR (\approx 296 Mio. US\$).

Laut ABC betrafen von den 88 im August 2005 in der Durchführung befindlichen Kooperationsprojekten 35 die Umwelt, 18 die Landwirtschaft, 7 die Industrie, 11 das Gesundheitswesen, 6 die soziale Entwicklung/Bildungswesen, 6 die öffentliche Verwaltung und 1 das Verkehrswesen. Weitere 145 spezifische Kooperationsvorhaben wurden hauptsächlich in folgenden Bereichen umgesetzt: Soziale Entwicklung/Bildung (80), Landwirtschaft (23), berufliche Bildung (8), Umwelt (7), Gesundheit (7), Verkehr (5), *Gender* (4), Industrie (4) und öffentliche Verwaltung (3). 45 % dieser Projekte und 55 % der spezifischen Vorhaben waren im Norden und Nordosten des Landes konzentriert.

Die **führenden Geber** von Entwicklungshilfe an Brasilien in den Jahren 2002-2003 waren **Japan** (174 Mio. US\$) und **Deutschland** (75 Mio. US\$). Beide Partner leisten projektgestützte Zusammenarbeit in vielen Sektoren (vgl. auch DAC-Tabelle in Anhang 5). Japans Schwerpunkte sind Erhaltung der Umwelt, Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, regionale und soziale Entwicklung zur Beseitigung interregionaler Ungleichgewichte sowie Förderung der Dreier-Kooperation (nähere Einzelheiten hierzu in Anhang 6).

Neben Deutschland führen noch mehrere andere EU-Mitgliedstaaten Kooperationsprogramme mit Brasilien durch. Die Vorhaben in vielen Bereichen werden überwiegend im Norden, Nordosten und Südosten durchgeführt (nähere Einzelheiten hierzu in Anhang 8).

Brasilien ist der Hauptempfänger von **EIB**-Darlehen in Lateinamerika. Bis heute hat die EIB 21 Darlehen über insgesamt 1 Mrd. EUR gewährt; das entspricht ungefähr 52 % ihrer Gesamtaktivitäten in Lateinamerika. Mit ihren Darlehen unterstützt die EIB Investitionen des privaten Sektors in Brasilien. Zu den größten von ihr geförderten Investitionen gehören Vorhaben von Pirelli, TIM, Telefónica, Itau-BBA, Volkswagen, Mercedes und Veracel sowie die Gaspipeline Bolivien-Brasilien.

Auf multilateraler Ebene enthält die *Country Assistance Strategy* 2004-2007 der **Weltbank** ein Programm, das Finanzmittel von bis zu 6,1 Mrd. EUR (\approx 7,5 Mrd. US\$) für Brasilien vorsieht. Hauptziele sind 1) ein gerechteres Brasilien, 2) ein nachhaltigeres Brasilien und 3) ein wettbewerbsfähigeres Brasilien.

Drei Hauptziele stehen über den Aktivitäten der **IADB** für 2004-2007, und zwar: (a) Förderung eines kontinuierlichen, stabilen und umweltfreundlichen Wachstums; (b) Bekämpfung von Armut, Förderung sozialer Integration und Stärkung des sozialen und regionalen Gleichgewichts, und (c) Unterstützung der Stärkung von Institutionen sowie von Demokratie und Teilhabe der Bürger. Darlehen wurden hauptsächlich für den sozialen Sektor (21) und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (15) gewährt; auf diese beiden Bereiche entfielen 32,7 % bzw. 38,6 % der Gesamtbeträge. Geografisch konzentrierten sich die Aktivitäten auf den Südosten (22,1 % des Gesamtbetrags) und den Nordosten (17,3 %).

Vermutlich wegen der relativ geringen Auswirkungen der offiziellen Entwicklungshilfe auf das Bruttonationaleinkommen Brasiliens wurde kein formeller **Mechanismus** für die

³⁴ Brasilianische Kooperationsagentur beim Außenministerium.

Geberkoordinierung eingerichtet. Auf Regierungsseite sind im Wesentlichen die Brasilianische Kooperationsagentur beim Außenministerium für die Koordinierung der technischen Kooperationsaktivitäten und die Ministerien für Finanzen sowie Planung und Haushalt für die finanzielle Zusammenarbeit zuständig.

Auf Seiten der EU finden regelmäßige Sitzungen mit den Bereichsleitern der Delegation und der Botschaften der Mitgliedstaaten zu Themen wie Kooperation, Menschenrechte, Kultur, Wissenschaft und Technologie sowie Umwelt statt (beim Thema PPG7 unter dem Vorsitz der Weltbank und mit Teilnahme anderer Geber). Daneben treffen sich regelmäßig die „stellvertretenden *Chefs de Mission*“ der Delegation und der Botschaften der Mitgliedstaaten.

Bei Bedarf werden auf Ersuchen entweder der Delegation oder Dritter ad hoc-Konsultationen zu bestimmten Fragen mit Mitgliedstaaten, Regierungsstellen, anderen Gebern und der Zivilgesellschaft abgehalten.

4.3. Analyse des „*Policy-mix*“ (Kohärenz)

In Anbetracht der geopolitischen Bedeutung Brasiliens spielen die meisten EG-Politiken in die Beziehungen zwischen der EU und Brasilien hinein oder könnten es zumindest potenziell. Themen gemeinsamen Interesses werden von der EG und Brasilien in regelmäßig stattfindenden verschiedenen Dialogen erörtert.

Da die EU der wichtigste Handelspartner und Hauptinvestor Brasiliens ist, kommt dem **Handel** natürlich eine Schlüsselrolle in den Beziehungen zwischen der EU und Brasilien zu. Auf bilateraler Ebene möchte die EU mit Hilfe dieses Dialogs aufkommende bilaterale Irritationen im Handelsbereich beseitigen, alle relevanten Fragen diskutieren, die die Handelsströme erleichtern können, und sich im Vorfeld wichtiger WTO-Veranstaltungen austauschen. Erreicht werden sollen diese Ziele durch einen regelmäßigen Dialog zwischen der EG und Brasilien über Handelsfragen.

Mit dem biregionalen Assoziierungsabkommen, das derzeit von EG und Mercosur ausgehandelt wird, sollte auch der Handel mit Brasilien zunehmen und es sollte dafür bessere Voraussetzungen geben, denn darin sollen viele Aspekte behandelt werden, so die schrittweise und gegenseitige Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienstleistungen; ferner sollen angemessene Bedingungen für die Förderung und den Schutz von Investitionen geschaffen werden; es soll ein SPS-Abkommen, ein Abkommen über Weine und Spirituosen, Bestimmungen über Zoll und Handelserleichterungen einschließlich der Akzeptanz internationaler Normen³⁵ sowie Bestimmungen in Bereichen wie Zoll und Zollverfahren, Standards, technische Vorschriften und Konformitätsbewertungsverfahren, Liberalisierung des Zahlungs- und Kapitalverkehrs, angemessener und wirksamer Schutz der Rechte am geistigen Eigentum und gegenseitige Öffnung der Märkte für das öffentliche Beschaffungswesen enthalten. Nach einer Ministertagung im September 2005 wurden die Verhandlungen mit deutlich mehr politischen Engagement und stärkerer Ausrichtung auf einige Kernbereiche wieder aufgenommen.

Das Regionale Strategiepapier der EG für den Mercosur sieht im Schwerpunktbereich 2 (Unterstützung der Vertiefung des Mercosur und Umsetzung des künftigen Assoziierungsabkommens zwischen EU und Mercosur) Hilfe für einzelne Mercosur-Mitglieder bei der Umsetzung des Handelskapitels des künftigen Assoziierungsabkommens

³⁵ Wie den „*WCO Framework of Standards to secure and facilitate global trade*“.

zwischen EU und Mercosur, eine Vertiefung der Handelsaspekte des Mercosur und die Erleichterung des Handels vor.

Als wesentlicher Bestandteil des bilateralen Handels zwischen der EU und Brasilien war auch die **Landwirtschaft** stets ein sehr wichtiger - und sensibler - Aspekt der Beziehungen zwischen EU und Brasilien. Ein besserer Zugang für brasilianische Agrarerzeugnisse zum europäischen Markt sowie die GAP-Reform sind nach wie vor Kernthemen der Verhandlungen zwischen EU und Mercosur und auf multilateraler Ebene. Voraussetzung für den Zugang zum europäischen Markt ist natürlich auch die Einhaltung der **gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften (SPS) der EU** oder äquivalenter Bestimmungen. Mit ihrer SPS-Politik will die EG auch weiterhin ein hohes Maß an Gesundheitsschutz für die Verbraucher gewährleisten. Zu diesem Zweck kommt der Stärkung der zuständigen Behörden im Allgemeinen und der Veterinärbehörden im Besonderen eine Hauptrolle in diesem Prozess zu. Vor allem ist darauf zu achten, dass die einzelnen Mercosur-Mitgliedstaaten beim Thema SPS eine kohärente Strategie verfolgen und Synergien anstreben.

Ein weiteres wichtiges Element des bilateralen Handels sind die **Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)**, da sich die europäische IKT-Industrie in Brasilien durch erhebliche Investitionen mehrerer Unternehmen eine starke Position erobert hat. Im Rahmen des IKT-Dialogs zwischen der EG und Brasilien sowie ihres Dialogs im Rahmen des @lis Regionalprogramms pflegen die EG und Brasilien im Vorfeld großer internationaler Ereignisse im IKT-Bereich einen regelmäßigen Meinungs austausch und erörtern ihre jeweilige Politik, Verordnungen und Standards, eine mögliche Zusammenarbeit im IKT-Sektor sowie alle anderen Fragen von bilateralem Interesse.

Wissenschaft und Technologie ganz allgemein - über den Handel hinaus - ist eine weitere wichtige Dimension der bilateralen Beziehungen. Hier verfügt Brasilien über ein großes Potenzial. Das Abkommen zwischen der EU und Brasilien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit sowie die neuen Möglichkeiten für internationale Beteiligung am Siebten Forschungsrahmenprogramm der EU (FP7) 2007-2013 bieten eine solide Grundlage für einen für alle Beteiligten vorteilhaften Ausbau der bestehenden Zusammenarbeit und eine intensivere Teilnahme brasilianischer Wissenschaftler an Forschungsprojekten des Rahmenprogramms und an Stipendienprogrammen. Darüber hinaus wird es in der internationalen Zusammenarbeit mit Brasilien eine Reihe so genannter „Spezifischer internationaler Kooperationsaktionen“ (SICA) geben, mit denen zu beiderseitigem Nutzen Lösungen für gemeinsame Probleme gesucht werden sollen. Im Hinblick auf eine Teilnahme an den Spezifischen internationalen Kooperationsaktionen könnte Brasilien durchaus als eigenständige Region gelten. Es sei darauf hingewiesen, dass die EU 2005 besondere Visa-Bestimmungen einfuhrte, um nicht aus der EU stammenden Wissenschaftlern die Einreise und längere Aufenthalte sowie kürzere Reisen in andere EU-Mitgliedstaaten zu erleichtern³⁶. Die EU hat des Weiteren die Schaffung von vier Plattformen zur Förderung von Wissenschaft und Technologie unterstützt, von denen sich eine in Brasilien befindet und mit Umweltfragen befasst. Die EU und Brasilien pflegen einen regelmäßigen Dialog über Wissenschaft und Technologie auf bilateraler, aber auch auf subregionaler und regionaler Ebene im Rahmen von MERCOSUL und ALCUE, wie es in der Erklärung von Guadalajara über Wissenschaft und Technologie festgehalten ist.

³⁶Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12.10.2005; Empfehlung 2005/761/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28.9.2005; Empfehlung 2005/762/EG des Rates vom 12.10.2005.

Brasilien ist ferner zur Teilnahme an **Galileo** eingeladen worden, dem europäischen Satellitennavigationssystem. Als Land mit umfangreichem Know-how in der Raumfahrt wäre eine Teilnahme Brasiliens mit Sicherheit für beide Seiten von Nutzen. Durch eine baldige Entscheidung könnte dieser Nutzen maximiert werden. Doch war trotz diverser Interessensbekundungen auf verschiedenen Ebenen und einer Reihe von Gesprächen über Galileo zwischen der EG und Brasilien bis Februar 2006 bei der Europäischen Kommission keine offizielle Position eingegangen. Die Gründung von GEONSAT (interministerielle Gruppe unter Leitung der Brasilianischen Raumfahrtagentur, der die Vorbereitung der Entscheidung über Brasiliens Teilnahme am Galileo-Programm obliegt) zeigt jedoch, dass das Thema durchaus ernst genommen wird.

In Anbetracht der Handelsströme mit Brasilien ist auch der **Verkehr** ein wichtiger Aspekt der bilateralen Beziehungen. Im Bereich Luftverkehr ist die EU dabei, mit einigen ihrer wichtigsten Partner neue Luftverkehrsabkommen abzuschließen oder bestehende zu verlängern; in dieser Kernfrage sollte es mit Brasilien noch innerhalb des Referenzzeitraums zu einer Einigung kommen. Im Anschluss daran könnte ein Verkehrsdialo g mit den Schwerpunkten Sicherheit des Luftverkehrs und insbesondere gegenseitige Anerkennung der Zertifizierungsergebnisse der Europäischen Agentur für Flugsicherheit und der entsprechenden brasilianischen Behörden aufgenommen werden. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der Luftfahrtindustrie in Brasilien würde dies den Marktzugang wesentlich erleichtern. Bereits vereinbart wurde zwischen der EU und Brasilien ein Dialog über den Seeverkehr, der nun noch aufgenommen werden muss.

In Abschnitt 3.4 wurde bereits auf den **Umweltreichtum** und die weltweite Rolle des Landes hingewiesen. Sowohl auf europäischer als auch auf brasilianischer Seite besteht Interesse an der Fortsetzung und Intensivierung des bestehenden Dialogs über Umwelt sowie an eventuellen Jahrestagungen zu diesem Thema. Unter anderem werden folgende Themen diskutiert: Klimawandel, erneuerbare Energien, weltweite Forstpolitik, Biodiversität, biologische Sicherheit, internationales Chemikalienmanagement, globale Umweltpolitik, nachhaltige Produktion und nachhaltiger Verbrauch sowie bilaterale Zusammenarbeit in Umweltfragen.

Im **Hochschulbereich** steht Europa heute vor der Aufgabe, auf die Konvergenz der Strukturen von Hochschulabschlüssen hinzuwirken und das europäische Hochschulwesen weltweit attraktiver zu gestalten. Diese Themen stehen im Mittelpunkt des Bologna-Prozesses und der Hochschulreformen in den Mitgliedstaaten. Die EG hat beschlossen, die Öffnung der europäischen Hochschulen für die übrige Welt zu ermutigen und zu unterstützen. Dies ist als Ergänzung zu den bestehenden Hochschulregionalprogrammen der Europäischen Union für Nicht-EU-Länder gedacht. Regionalprogramme wie ALFA und ALBan haben die internationale Zusammenarbeit im Hochschulbereich zwischen der Europäischen Union und ihren Partnern intensiviert. Brasilien nimmt bereits aktiv an Erasmus Mundus teil und gehört zu den Ländern mit der höchsten Erfolgsrate. Diese Teilnahme könnte jedoch noch intensiver ausfallen.

Auf dem Gipfeltreffen von Guadalajara im Mai 2004 verpflichteten sich die Regierungschefs der EU und der lateinamerikanischen Länder, die Förderung des **sozialen** Zusammenhalts in den Mittelpunkt ihrer biregionalen Beziehungen zu stellen. Die EG und Brasilien vereinbarten einen sektoriellen Dialog über soziale Fragen sowie die Ermittlung möglicher gemeinsamer Diskussionsthemen³⁷. In einem solchen Dialog könnte einerseits den Prioritäten

³⁷ Von Seiten der EG wurde bereits vorgeschlagen, über Initiativen zur Armutsbekämpfung und zur sozialen Integration sowie über die soziale Verantwortung der Unternehmen und Chancengleichheit zu diskutieren.

der brasilianischen Regierung wie soziale Entwicklung und Bekämpfung von Armut und Hunger und andererseits dem Konzept der EU zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung im Rahmen der Lissabonner Agenda Rechnung getragen werden.

Auf dem Gipfeltreffen der EU, Lateinamerikas und der Karibik in Wien im Mai 2006 bekräftigten die 60 Teilnehmerländer ihre gemeinsamen Werte, ihre gemeinsamen Interessen und ihre Bereitschaft, als Teil eines multilateralen Rahmens vorzugehen. Des Weiteren bestätigten sie ihr Engagement zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Förderung der regionalen Integration.

Vom 31. Mai bis 2. Juni 2006 stattete Kommissionspräsident J.M. Barroso als erster Präsident der Kommission überhaupt Brasilien einen offiziellen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit begrüßten die Präsidenten Barroso und Lula die zunehmend engeren Verbindungen zwischen der EU und Brasilien, die, wie sie sagten, auf gemeinsamen Werten wie Achtung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Bedeutung der Menschenrechte, Entwicklung in Kombination mit sozialer Gerechtigkeit, Stärkung des Multilateralismus und Förderung von Frieden und Sicherheit weltweit beruhen.

Die Liste der bisher aufgeführten Dialogbereiche ist keinesfalls erschöpfend. Auch über andere Gebiete wie Regionalpolitik, Energie, Verringerung des Risikos von Naturkatastrophen, Justiz, Migration und Visa-Politik, Bekämpfung des Drogenhandels, Sicherheit und Förderung der kulturellen Vielfalt³⁸ könnte in Zukunft unter Berücksichtigung oder als Ergänzung regionaler Initiativen (z. B. der Koordinierungs- und Kooperationsmechanismen von EU, Lateinamerika und Karibik im Drogenbereich) gesprochen werden.

5. REAKTIONSSTRATEGIE DER EU (INTERVENTIONSSEKTOREN)

5.1. Gründe für die Auswahl der Schwerpunkte

Brasilien entwickelt sich weiterhin mit Riesenschritten, und es wird nicht nur zu einer wichtigen Wirtschaftsmacht, sondern spielt auch auf der regionalen und internationalen politischen Ebene eine führende Rolle. Brasilien ist heutzutage Geber von Entwicklungshilfe an die portugiesischsprachigen Länder Afrikas (Angola, Mosambik usw.) sowie an Länder wie Ost-Timor und Haiti. 2003 erhielt Brasilien offizielle Entwicklungshilfe in Höhe von etwa 0,06 % seines BIP, während die im gleichen Jahr im Land getätigten ADI ungefähr 2 % seines BIP ausmachten.

Diese Zahlen belegen ganz klar, dass die Entwicklung in Brasilien nicht von offizieller Entwicklungshilfe abhängt. Gleiches gilt auch für die Mittel der bilateralen Zusammenarbeit mit der EG: Mit durchschnittlich 10 Mio. EUR jährlich ist der Beitrag der EG zu gering, um einen entscheidenden Einfluss auf die Umweltverhältnisse oder die soziale und wirtschaftliche Lage des Landes zu haben.

Dessen ungeachtet belegt die vorstehende Analyse, dass Brasiliens Entwicklung noch immer erhebliche Lücken aufweist. Brasilien ist heute zwar eine stabile Demokratie, allerdings mit einigen Beschränkungen, die sich nachteilig auf *Governance*, Menschenrechte und

³⁸ In Fragen der kulturellen Vielfalt sind die EU und Brasilien durchaus einer Meinung, wie die jüngsten Verhandlungen über ein Übereinkommen der UNESCO über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksmöglichkeiten gezeigt haben.

öffentliche Sicherheit auswirken könnten. Das Land ist sowohl auf der regionalen als auch auf der internationalen politischen Bühne eine aufstrebende politische Macht, eine stabilisierte und wachsende Wirtschaftsmacht, doch muss das Wachstum gefestigt werden. Die Sozialindikatoren haben sich verbessert, doch ist der Wohlstand sehr ungleich verteilt, und in Teilen des Landes ist die Umwelt bedroht.

Es stellt sich daher die Frage, wie begrenzte Ressourcen bestmöglich eingesetzt werden können, wie die Wirkung maximiert und außerdem versucht werden kann, auf die Herausforderungen für Brasiliens Entwicklung eine angemessene Lösung zu finden. Die erste Möglichkeit wäre, die **Ressourcen** für eine relative kleine Anzahl von genau abgegrenzten Schwerpunktbereichen zu **bündeln**. Eine zweite Möglichkeit wäre, ein Höchstmaß an **Kohärenz** mit anderen Instrumenten der Entwicklungshilfe oder Programmen und mit anderen Gebern anzustreben.

Da Brasilien dem **Mercosur** angehört, wurde Kohärenz zwischen dem LSP für Brasilien und dem Regionalen Strategiepapier für den Mercosur angestrebt. Mit der Mercosur-Strategie sollen 1) die Institutionalisierung des Mercosur, 2) die Vertiefung des Gemeinsamen Mercosur-Marktes und die Umsetzung des zukünftigen Assoziierungsabkommens zwischen EU und Mercosur sowie 3) die Bemühungen um eine engere Einbindung der Zivilgesellschaft unterstützt werden. Handelsaspekte werden überwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, auf regionaler Ebene behandelt.

Kohärenz und Komplementarität sind auch Ziele der **Regionalstrategie für Lateinamerika**, mit der 1) der soziale Zusammenhalt, 2) die regionale Integration und 3) Investitionen in Humanressourcen vor allem durch das Hochschulwesen gefördert werden sollen; ferner sind dies Ziele der thematischen Programme der EG und des Siebten EG-Rahmenprogramms der für Forschung und technologische Entwicklung.

Eine weitere Möglichkeit zur Maximierung der Auswirkung begrenzter Ressourcen ist es, **Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen**. Der bisher vorherrschende projektgestützte Ansatz stößt aufgrund seiner fragwürdigen Wirkung in Anbetracht allein der Größe Brasiliens und aufgrund seiner zunehmend problematischen Umsetzung an seine Grenzen. Die praktischen Vorkehrungen für die bilaterale Zusammenarbeit müssen gründlich überprüft und zur Vermeidung von Verzögerungen eventuell auch überdacht werden. Ein in diesem LSP vorgetragener Vorschlag zur Lösung des Problems größerer Verzögerungen bei der Umsetzung und bei einer Steigerung der Wirkung lautet, künftig Maßnahmen und Aktivitäten zu unterstützen, die die *Governance* und die politischen Entscheidungsprozesse verbessern und sich trotz ihrer **geringen Größe größtmögliche Wirkung** auf die Entwicklung haben können.

Zur Überwindung der Entwicklungsprobleme Brasiliens **wird die EG auf bestehenden Sektordialogen aufbauen** und kleinere Initiativen oder so genannte „weiche“ Maßnahmen unterstützen, die einen positiven Multiplikatoreffekt haben könnten. Die bereits bestehenden Sektordialoge lassen sich im Großen und Ganzen in drei Kategorien einteilen, nämlich

1. soziale Fragen (einschließlich der Sektordialoge über soziale und weltweite soziale Fragen);
2. wirtschaftliche Fragen (einschließlich der Sektordialoge über bilateralen Handel und handelsbezogene Fragen, Luft- und Seeverkehr, Zusammenarbeit im Nuklearbereich, Wissenschaft und Technologie einschließlich Galileo und Fragen der Informationsgesellschaft), und
3. Umweltfragen.

Diese Auflistung ist natürlich keinesfalls erschöpfend und kann in gegenseitiger Absprache zwischen der EG und Brasilien verlängert werden, im Idealfall durch einen alljährlich im Gemeinsamen Ausschuss vereinbarten Aktionsplan. Vorrangig, wenn auch nicht ausschließlich, wird die EG die Sektordialoge und Initiativen unterstützen, die sich vorteilhaft auf die **soziale Integration** und die Beseitigung von Ungleichgewichten auswirken. Die Halbzeitüberprüfung der Umsetzung des LSP wird eine gute Gelegenheit bieten, die im ersten Zeitraum unterstützten Initiativen oder Maßnahmen einer Prüfung zu unterziehen, um die finanziellen Bemühungen auf die meistversprechenden Sektoren oder auch mögliche neue Sektoren zu konzentrieren, die in den Sektordialogen ermittelt wurden.

Im Folgenden einige Beispiele dafür, wie Sektordialoge zu einer Bewältigung der Herausforderungen Brasilien beitragen könnten: Zur Unterstützung von sozialer Integration und größerer Gleichheit in Brasilien könnten die EG und Brasilien im Rahmen des bereits bestehenden Dialogs über soziale Fragen auf lokaler Ebene oder auf Ebene der Bundesstaaten Veranstaltungen abhalten, auf denen man über einzelne erfolgreiche Initiativen in Europa oder Brasilien diskutiert oder Informationen über die europäische Regionalpolitik austauscht oder auf dem Regionalprogramm EUROsocial aufbaut. Als Anreiz für Wachstum und Investitionen könnten die EG und Brasilien im Rahmen des bestehenden Dialogs über Handel und handelsbezogene Fragen Diskussionen mit Unternehmern veranstalten, Netzwerke für bestimmte Branchen aufbauen oder Informationen über saubere Technologien austauschen. Zur Lösung von Problemen wie Luft- oder Wasserverschmutzung in Brasilien kann die EG an Brasilien Informationen über ihre Programme und Rechtsvorschriften in diesem Gebiet weitergeben (z. B. das Programm CAFE, die Wasserrahmenrichtlinie usw.). Zum Informationsaustausch über Verbraucherfragen könnten Kontakte zwischen einschlägigen NRO gefördert werden. Es eröffnen sich hier unendlich viele Möglichkeiten, weshalb eine Eingrenzung durch alljährlich zwischen der EG und Brasilien vereinbarte Aktionspläne erforderlich ist. Querschnittsthemen und hier vor allem Fragen der Gleichstellung von Männern und Frauen, Menschenrechte, Umwelt, Konfliktbeilegung, Kultur, soziale Integration und verantwortungsvolle Staatsführung finden in den genannten Interventionssektoren Berücksichtigung und werden in sie einbezogen. Angemessene Berücksichtigung in allen Projekten in den Schwerpunktsektoren werden die Rechte und Bedürfnisse der indigenen Bevölkerungsgruppen finden, und zwar bei allen Aktivitäten, die ihre Rechte und ihre wirtschaftliche Existenz berühren oder sich darauf auswirken.

Mit diesen „weichen“ Maßnahmen wird nicht nur ein Beitrag zur Lösung von Brasiliens Entwicklungsproblemen geleistet, sondern Brasilien und der EG auch die Möglichkeit gegeben, sich besser kennen zu lernen und ihre Beziehungen auf eine neue Ebene zu stellen, auf der sie ihre historischen Bande sowie den Umfang, die Ausgereiftheit und die Dynamik der Partnerschaft zwischen Brasilien und der EU als wichtigem politischem Ziel der EG für die kommenden Jahre besser herausstellen können (siehe letzter Absatz von Abschnitt 1.2).

Als Teil ihres politischen Ziels einer **Intensivierung der Beziehung zu Brasilien** und zur Verbesserung der Kenntnis voneinander wird sich die EG bemühen, ihre Präsenz in Brasilien aufrecht zu erhalten und auszubauen³⁹. Eine gemeinsame Geschichte, die gemeinsame Achtung von Menschenrechten sowie ethnischer, religiöser und kultureller Vielfalt und eine gemeinsame Sicht der internationalen Beziehungen auf den Grundsätzen des Multilateralismus führen auf Anregung von Institutionen beider Seiten zu einer wachsenden

³⁹ Nach einer von Latino Barómetro im Juni 2004 veröffentlichten Studie ist das Wissen über die EU in den Mercosur-Ländern zwischen 1995 und 2000 zurückgegangen; ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung sieht sich zu einem Urteil, positiv oder negativ, über die Arbeit der EU nicht in der Lage.

Nachfrage nach **Begegnungen Gleichgesinnter und Austauschprogrammen für Wissenschaftler.**

Die EG sollte natürlich auch weitere Maßnahmen zu Gunsten der **Umwelt** unterstützen. Der EG-Beitrag zur Kontrolle der Entwaldung und zur nachhaltigen Entwicklung des Regenwaldes am Amazonas wurde nämlich als sachdienlich bewertet, und die Umwelt gehört zu den Bereichen, in denen bisher außerordentlich wertvolle Erfahrungen gesammelt werden konnten. Darüber hinaus gehört die Sicherung einer nachhaltigen Umwelt für künftige Generationen zu den wichtigen strategischen Zielen der EG. Die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, die Bekämpfung der Entwaldung und die Steigerung des Anteils nationaler Schutzgebiete gehören auch zu den Zielsetzungen Brasiliens im Rahmen der Millennium-Entwicklungsziele (siehe Anhang 7). Die Wirkung von Maßnahmen im Umweltbereich lässt sich maximieren, wenn es einen operationellen und systematischen Mechanismus für die Konsultation der Akteure auf den verschiedenen Ebenen gibt und sich die Geber in enger Absprache mit den brasilianischen Behörden zusammenschließen und ihre Mittel zusammentun. Wichtige Querschnittsthemen bei diesem Schwerpunkt sind ebenfalls **soziale Integration und verantwortungsvolle Staatsführung.**

Die Themen **soziale Integration und verantwortungsvolle Staatsführung** sollten auch in Entwicklungsprojekte einfließen, die von der EG außerhalb der institutionellen bilateralen Zusammenarbeit finanziert werden (also aus dem künftigen Programm für nicht staatliche Akteure, dem Programm zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten, dem Umweltprogramm oder dem Siebten Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung). In der EG-Reaktionsstrategie wird eine Bewertung der in den vorgeschlagenen Schwerpunktsektoren vorhandenen Risiken und Chancen zur Bekämpfung von HIV/AIDS und anderen Krankheiten vorgenommen.

Gestützt auf diese Erwägungen wird vorgeschlagen, zwei Hauptprioritäten in den Mittelpunkt der Kooperationsstrategie für 2007-2013 zu stellen:

Priorität 1: Intensivierung der bilateralen Beziehungen

- a) In diesem Schwerpunktbereich sollen Initiativen im Rahmen der **Sektordialoge zwischen der EG und Brasilien** gefördert werden, die zunächst vorrangig den sozialen Zusammenhalt verbessern und zu mehr Gerechtigkeit in Brasilien beitragen, aber auch andere Entwicklungsprobleme lösen helfen könnten. Wie schon im Kapitel über den *Policy Mix* und zuvor ausgeführt, haben die EG und Brasilien Sektordialoge zu verschiedenen Themenkreisen gemeinsamen Interesses eingerichtet. In den kommenden Jahren dürften neue Dialoge hinzukommen. Die Kooperationsressourcen sollen zum Ausbau und zur inhaltlichen Entwicklung dieser Dialoge und für Maßnahmen eingesetzt werden, die die *Governance* und die politischen Entscheidungsprozesse verbessern.
- b) Im Hinblick auf eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen zwischen der EG und Brasilien, die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und zur Hebung des Ansehens Europas und seiner Kultur in Brasilien werden **Austauschmaßnahmen im Hochschulbereich** unterstützt. Bei der Förderung der Verbindungen zwischen der EU und Brasilien sind folgende Elemente zu berücksichtigen: (i) Die Erklärung von Bologna, in der auf die Notwendigkeit verwiesen wird, die europäischen Hochschulen für die übrige Welt so attraktiv zu gestalten, dass es den großen kulturellen und wissenschaftlichen Erfolgen Europas entspricht, (ii) die Tagung der europäischen Bildungsminister von 2001, auf der die Bedeutung einer größeren Attraktivität des europäischen Hochschulwesens für Studierende aus anderen Teilen der Welt

unterstrichen wurde; (iii) der Europäische Rat von Barcelona im Jahr 2002, der die Öffnung hin zur übrigen Welt als eines der drei Kernziele der EU-Bildungssysteme bezeichnete, und (iv) die erfolgreiche Teilnahme Brasiliens an Kooperationsprogrammen im Hochschulbereich, die von der EG bisher gefördert wurden, wie Erasmus Mundus und Alban.

Das Programm wird ein Mittel zur Finanzierung von Stipendien für brasilianische Studenten und Postgraduierten darstellen und kann zum Kapazitätsaufbau in Hochschulen und zum Austausch von Lehrpersonal führen. Dies soll in enger Koordinierung mit dem gemeinsamen ALCUE-Hochschulraum geschehen.

In diesem Zusammenhang wäre die eventuelle Einrichtung eines besonderen Stipendienprogramms für Brasilien näher zu prüfen, damit sich mehr brasilianische Absolventen an Hochschulaktivitäten in der EU beteiligen können.

- c) Zur Unterstützung von Austauschprogrammen und Kontakten im Hochschulbereich und zur Förderung eines besseren gegenseitigen Verständnisses sollte in Brasilien ein **Institut für Europa-Studien** gegründet werden.

Priorität 2: Förderung der Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung

In weltweiten Umweltfragen kommt Brasilien aufgrund der Größe und des Reichtums seiner Biome vor allem in der Amazonas-Region, aber auch aufgrund seines Gewichts auf der internationalen Bühne seit dem UN-Weltgipfel 1992 in Rio de Janeiro eine wichtige Rolle zu. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass der Sektor Umwelt in der Zusammenarbeit Priorität genießt.

In einem Kontext außerdem, in dem die Prioritäten der Regierung ganz eindeutig in Richtung wirtschaftliche und soziale Entwicklung deuten, ist es durchaus sinnvoll, Kooperationsressourcen in die dritte Komponente zu lenken, nämlich die nachhaltige Entwicklung. Damit leistet die Zusammenarbeit der EG einen Beitrag zum Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele für Brasilien und hier vor allem einiger der Vorgaben für Ziel 7 (*Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit*); gleichzeitig unterstützt sie Brasiliens lobenswerte Bemühungen, eine wichtige Rolle in Zusammenhang mit multilateralen Umweltabkommen wie insbesondere dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt, der Rahmenkonvention über Klimaänderungen und dem Kyoto-Protokoll zu spielen und seinen Verpflichtungen daraus nachzukommen. Dieser Sichtweise schließen sich die meisten Geber von Hilfe an Brasilien und hier vor allem diejenigen EU-Mitgliedstaaten an, die schon in der Zusammenarbeit aktiv waren und einen Großteil ihrer Mittel für Umweltthemen bereitstellen.

Im Rahmen dieser Priorität wird die EG die Bemühungen Brasiliens um einen Rückgang der Entwaldung in der Amazonas-Region und in anderen Biomen sowie um eine nachhaltige Bewirtschaftung seiner natürlichen Ressourcen unterstützen. Diese Bemühungen erfolgen gemeinsam mit anderen internationalen Gebern nach den gleichen Grundsätzen, wie sie im PPG7 festgehalten sind; dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein koordiniertes Vorgehen der Geber trotz relativ begrenzter Ressourcen beträchtlichen Nutzen erbringen kann.

Es sollte noch darauf hingewiesen werden, dass Umweltschutz in den großen Biomen auf das Engste mit der Bekämpfung der Armut in ländlichen Gegenden verknüpft ist, die gleichzeitig Folge und Ursache der Degradation der natürlichen Ressourcen ist. Diesbezüglich wird der Lage indigener und „traditioneller“ Bevölkerungsgruppen besonderes Augenmerk gelten.

* *
*

5.2. Nationales Richtprogramm

Im LSP 2007-2013 werden die beiden folgenden Hauptschwerpunkte der EG-Hilfe genannt:

- 1) Intensivierung der bilateralen Beziehungen und
- 2) Förderung der Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung.

Für den Zeitraum 2007-2013 ist eine vorläufige Mittelzuweisung von 61 Mio. EUR vorgesehen.

Die Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit ist in zwei Nationalen Richtprogrammen festgelegt, und zwar einem für die Jahre 2007 bis 2010 (mit 65 % der Ressourcen) und einem weiteren für den Zeitraum 2011-2013 (35 %).

Vorläufiger Haushalt für den gesamten Zeitraum (2007-2013):

		In Millionen EUR		
LSP 2007-2013	%	2007 – 2010	2011 – 2013	SUMME
Priorität 1 – Intensivierung der bilateralen Beziehungen	70			42,7
Maßnahme 1: Fazilität zur Unterstützung von Sektordialogen	15	6,1	3,05	9,15
Maßnahme 2: Hochschulprogramm	50	18,605	11,895	30,5
Maßnahme 3: Institut für Europa-Studien	5	3,05		3,05
Priorität 2 - Förderung der Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung	30	11,895	6,405	18,3
SUMME	100	39,65	21,35	61

PRIORITÄT 1 – INTENSIVIERUNG DER BILATERALEN BEZIEHUNGEN

Hauptschwerpunkte und Ziele

Von den Maßnahmen in diesem Schwerpunktbereich werden langfristig eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen zwischen der EG und Brasilien sowie ein wertvoller Beitrag zur Entwicklung Brasiliens und hier vor allem zur Förderung der sozialen Integration und der Herstellung größerer Gerechtigkeit erwartet.

Zur Verwirklichung dieser Ziele sollen im Rahmen der jeweiligen bilateralen Zusammenarbeit Austauschmaßnahmen zwischen der EG und Brasilien gefördert werden; bestehende oder künftige Sektordialoge sollen unterstützt und ausgebaut werden. Die Maßnahmen in diesem Schwerpunktbereich dienen der Förderung und Unterstützung von

Sektordialogen zu Themen gemeinsamen Interesses für brasilianische und europäische Akteure (Regierungen, öffentliche Verwaltungen, andere Institutionen, Wirtschaftsverbände, Organisationen der Zivilgesellschaft usw.). In bestehenden Sektordialogen geht es um Bereiche wie Soziales, Wirtschaft, Informationsgesellschaft, Regionalplanung und Umwelt (siehe Abschnitt 5.1). Vorrang wird die EG der Unterstützung von Initiativen einräumen, die im Rahmen des Sektordialogs über soziale Fragen erörtert werden; damit werden die Ziele größere Gerechtigkeit und soziale Integration besonders hervorgehoben. Initiativen, die im Rahmen anderer Sektordialoge vorgestellt werden, werden unter der Voraussetzung unterstützt, dass sie einen positiven Beitrag zur Entwicklung Brasiliens oder zum Ausbau der Beziehungen zwischen der EG und Brasilien leisten.

Auf diese Weise können die Gespräche zwischen Brasilien und der EG ausgedehnt und vertieft werden, kann ein Klima des Vertrauens zwischen den Parteien geschaffen werden und können Austausch und Vernetzung zwischen den relevanten Akteuren beider Seiten angeregt werden. Darüber hinaus eröffnen sich weitere Möglichkeiten für den Austausch und eine umfassendere Übereinstimmung bei wichtigen Themen.

Der Verwirklichung dieses Ziels dient auch die Unterstützung des besseren gegenseitigen Kennenlernens und Verständnisses zwischen der EU und Brasilien. Mit Hilfe der geplanten Maßnahmen sollen engere Verbindungen zwischen europäischen und brasilianischen Hochschuleinrichtungen geschaffen und das Wissen der künftigen Entscheidungsträger um die EU verbessert werden. Auf diese Weise soll das Profil der Europäischen Union in Brasilien und umgekehrt geschärft werden.

Spezifische Ziele

Ziel der EG-Kooperation mit Brasilien in diesem Schwerpunktbereich ist es, einen direkten Beitrag zur Verwirklichung folgender spezifischer Ziele zu leisten:

- Verbesserung der Sektordialoge zwischen der EU und Brasilien über Themen gemeinsamen Interesses.
- Ausbau der Zusammenarbeit und des Austauschs zwischen den einschlägigen europäischen und brasilianischen Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft.
- Intensivierung der Verbindungen zwischen dem Hochschulsektor in der EU und in Brasilien.
- Schärfung des Bewusstseins von Institutionen und Gesellschaft in der EU und Brasilien für den jeweils anderen.

Erwartete Ergebnisse

Die Maßnahmen in diesem Schwerpunktbereich sollten zu folgenden Ergebnissen führen:

- Häufigere, mehr Themen umfassende und einfachere Sektordialoge zwischen der EU und den brasilianischen Behörden, in deren Folge Veranstaltungen abgehalten werden, Studien zu bestimmten Sektoren oder Themen erstellt werden, technische Hilfe geleistet wird, spezifische Abkommen vereinbart werden, bewährte Praktiken ausgetauscht werden (einschließlich Fachbesuche und kurzzeitige Abordnungen), Know-how transferiert wird und die Fähigkeiten zur Konzeption und Durchführung angemessener Maßnahmen und Programme zunehmen sollen.

- Engere Zusammenarbeit zwischen brasilianischen und europäischen Einrichtungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen relevanten Akteuren, aus der Initiativen zur Entwicklung gemeinsamer Unternehmungen hervorgehen.
- Stetige und nachhaltige Steigerung der Zahl der Austauschmaßnahmen für Hochschulabsolventen, Lehrer und Wissenschaftler sowie der Partnerschaftsabkommen zwischen europäischen und brasilianischen Universitäten und Hochschulen.
- Regelmäßige Informationskampagnen für die brasilianische Gesellschaft über die Europäische Union.
- Aufbau von Europa-Studien in Brasilien in Zusammenarbeit mit brasilianischen Universitäten und hochschulähnlichen Einrichtungen.

Umzusetzende Maßnahmen

Maßnahme 1: Fazilität zur Unterstützung von Sektordialogen

Diese Fazilität dient der Förderung und Unterstützung von Sektordialogen zu Themen gemeinsamen Interesses für brasilianische und europäische Akteure (Regierungen, öffentliche Verwaltungen, andere Institutionen, Wirtschaftsverbände, Organisationen der Zivilgesellschaft usw.).

Kampagnen zur Profilschärfung in der Presse und in anderen Medien werden weitgehend dazu beitragen, die EG-Kooperation in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Gefördert werden soll die Beteiligung akademischer Experten, von Vertretern der Zivilgesellschaft und/oder der Sozialpartner aus der EU und aus Brasilien.

Maßnahme 2: Hochschulprogramm für Brasilien

Ziel ist es, brasilianischen Hochschulabsolventen und Universitätsangehörigen den Zugang zum europäischen Hochschulbereich zu erleichtern, damit sie hier die Aussichten und Fertigkeiten für eine Beschäftigung in ihrem Land verbessern können.

Damit werden sich wiederum die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen der EU und Brasilien vertiefen.

Das Programm wird Möglichkeiten zur Finanzierung von Stipendien für brasilianische Hochschulabsolventen bieten und könnte auch den Aufbau von Kapazitäten in den Universitäten sowie einen Dozentenaustausch vorsehen. Zur Förderung der Verbindungen zwischen der EU und Brasilien im Hochschulbereich und damit auch zur Steigerung der Zahl der brasilianischen Absolventen, die ihre Universitätsausbildung in Europa fortsetzen möchten, wird es ein spezielles Stipendienprogramm auf Universitätsebene geben. Diesem Programm sollte ein möglichst einprägsamer Name gegeben werden, aus dem die herausragende wissenschaftliche Bedeutung Europas hervorgeht.

Maßnahme 3: Gründung eines Instituts für Europa-Studien in Brasilien

Ziel dieser Maßnahme ist die Gründung eines Instituts für Europa-Studien in Brasilien, dessen Hauptaufgabe es sein wird, Europas Profil zu schärfen und die Verbindungen im Hochschulbereich auszubauen. Dem Institut wäre ein Europa-Dokumentationszentrum mit

einer Fachbibliothek zur Unterstützung von Forschung und Lehre in europäischen Fragen angeschlossen. Seine Arbeit würde unter anderem Folgendes umfassen: (a) Angebot spezieller Ausbildungsprogramme (Workshops, Seminare, Konferenzen und/oder Kurse) zu verschiedenen Aspekten der EU (Europarecht, Wirtschaft, Politik, Umwelt usw.) für brasilianische Spezialisten für Europa-Fragen an Hochschulen; (b) Angebot eines Master-Studiengangs – oder gleichwertigen Abschlusses – in Europa-Studien; (c) Entwicklung von Zusatzausbildungen als Antwort auf die gewaltige Nachfrage brasilianischer Einrichtungen nach kürzeren und längeren Ausbildungsgängen; (d) Förderung der Integration von Europa-Studien-Modulen in bestehende Studiengänge und (e) Information über Stipendien und Forschungszuschüsse.

Das Institut wäre einer vor Ort sehr bekannten und renommierten Hochschule angeschlossen, bezöge aber andere eng in seine Aktivitäten ein und sollte die ESP-Zentren ergänzen, die im Rahmen des EU-Mercosur-Kooperationsprogramms eingerichtet werden sollen.

Einbeziehung von Querschnittsthemen

Von allen genannten Programmen wird erwartet, dass sie positive Beiträge zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und zu größerer Gerechtigkeit, zur Wahrung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie zu verantwortungsvollerer Staatsführung leisten. Darüber hinaus wird besonders dafür gesorgt, dass die einzelnen Programmmaßnahmen aktiv umweltfreundliche Methoden fördern, auf die Gleichbehandlung der Geschlechter achten und sich aktiv für die Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen einsetzen. In Anbetracht der geplanten Maßnahmen ist nicht zu erwarten, dass sich die Programme nachteilig auf die Umwelt auswirken.

Finanzierungsrahmen

70 % aller Mittel für die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der EU und Brasilien im Zeitraum 2007-2013 fließen in diesen Schwerpunktbereich. 65 % dieser Ressourcen (oder 45,5 % der Gesamtmittel) werden im Zeitraum 2007-2010 gebunden, die verbleibenden 35 % (oder 24,5 % der Gesamtmittel) im Zeitraum 2011-2013.

67 % der für diesen Schwerpunktbereich bereitgestellten Mittel fließen in die Maßnahme 2, 20 % in die Maßnahme 1 und 13 % in die Maßnahme 3.

Aktivitäten in Brasilien nach anderen EG-Haushaltsinstrumenten

Die in diesem Schwerpunktbereich geplanten Maßnahmen sind eine ideale Ergänzung verschiedener EU-Instrumente für Bildung, Ausbildung und Hochschulaustausch, vor allem der Programme ALFA und Alban. Maßnahme 1 wäre auch eine gute Ergänzung anderer Regionalprogramme (Al-Invest, Urbal, @lis und EUROsociAL), von Aktivitäten im Rahmen verschiedener thematischer Haushaltslinien (Demokratie und Menschenrechte, Umwelt und Gender) sowie des Siebten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung. Bei Konzeption und Durchführung der Programme ist mit geeigneten Maßnahmen dafür zu sorgen, dass potenzielle Synergien voll genutzt werden.

PRIORITÄT 2 - FÖRDERUNG DER UMWELTDIMENSION DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

Hauptschwerpunkte und Ziele

Oberste Priorität genießen für die EG der Schutz der Umwelt und hier vor allem der brasilianischen Wälder sowie die Bekämpfung der Armut in gefährdeten Biomen. Der Empfehlung des Länderumweltprofils folgend könnte auch das Thema *Good Governance* auf zentraler wie auf lokaler Ebene aufgegriffen werden.

Spezifische Ziele

In diesem Schwerpunktbereich werden folgende spezifische Ziele angestrebt:

- Verringerung der Entwaldung;
- Verhinderung weiterer Verluste an Biodiversität;
- Verringerung der Kohlenstoffemissionen aufgrund der Entwaldung und damit Beitrag zu Brasiliens Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels;
- Erzeugung von Einkommen und Wertschöpfung in lokalen Gemeinschaften und damit Verbesserung der Lebensbedingungen der indigenen Bevölkerung, der traditionellen Bevölkerungsgruppen und der Armen in ländlichen Gebieten ganz allgemein;
- bessere *Governance* bei der Nutzung natürlicher Ressourcen.

Erwartete Ergebnisse

Die Maßnahmen in diesem Schwerpunktbereich sollten zu folgenden Ergebnissen führen:

- Verringerung der jährlichen Entwaldung;
- Einkommenssteigerung für die arme Landbevölkerung in Zielregionen;
- Ausarbeitung und Umsetzung gemeinsamer, nachhaltiger Flächennutzungsstrategien;
- stärkere Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in Waldgebieten;
- Steigerung nachhaltiger Produktion und Schaffung lokaler Werte;
- Verbesserung der lokalen Managementfähigkeiten für eine nachhaltige Produktion;
- erfolgreiche Erkundung neuer Vermarktungswege;
- mehr angewandte Forschung in Zusammenhang mit den genannten Aktivitäten.

Umzusetzende Maßnahmen

Maßnahme 1: Unterstützung des Schutzes gefährdeter Biome und Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung des Regenwalds

Die zu finanzierenden Aktivitäten leisten einen Beitrag zur Politik der brasilianischen Regierung zum Schutz der gefährdeten Biome des Landes, insbesondere zum „Nachhaltigen Amazonas-Programm“. In Anbetracht der Bedeutung der Amazonas-Region für die Biodiversität und ihrer Funktion als Kohlenstoffsенке sollten sich die Bemühungen vorrangig auf sie konzentrieren. Wie jedoch bereits im Länderumweltprofil erläutert, bedürfen auch

andere Biome (Cerrado, Caatinga und Mata Atlantica) aufgrund der Gefährdung ihrer Biodiversität und der in ihnen herrschenden großen Armut besonderer Aufmerksamkeit. Es könnten mögliche Initiativen zur Verringerung des Risikos von Naturkatastrophen erkundet werden.

Beim Schutz des Waldes ist den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen Rechnung zu tragen. Das Überleben der örtlichen Bevölkerung hängt stark von natürlichen Ressourcen ab, zu deren übermäßiger Nutzung sie häufig gezwungen sind. Sie leiden auch zuerst und am stärksten unter jeglicher Degradation der Umwelt. Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf Ebene der Gemeinschaften ist unbedingt dafür zu sorgen, dass die örtliche Bevölkerung Zugang zu Grund und Boden hat; außerdem sind produktive Tätigkeiten zu fördern, die die Umwelt in der Region nicht zerstören. Für die finanzielle Unterstützung von Schutzgebieten und den Erhalt der Biodiversität scheinen ausreichend Gelder zur Verfügung zu stehen, während bei dieser Maßnahmenart noch eine Finanzierungslücke besteht. Gleichzeitig bietet sich den lokalen Gemeinschaften die Chance, die soziale, wirtschaftliche und Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung miteinander zu kombinieren.

Mit einem Kooperationsprogramm könnte die nachhaltige Erzeugung vieler bisher nicht genutzter Waldprodukte wie Fisch, Früchte, Farbstoffe, Arzneipflanzen, pflanzliche Öle, Nüsse usw. gefördert und durch Verarbeitung dieser Produkte vor Ort Wertschöpfung entstehen. Durch Hebung des Einkommens und der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung könnten die Bedingungen für eine Verringerung der Entwaldung geschaffen werden.

Nach intensiven Beratungen mit den Mitgliedstaaten werden spezielle Maßnahmen konzipiert und durchgeführt und werden Synergien angestrebt. Auf brasilianischer Seite sollten alle relevanten Akteure einbezogen werden.

Einbeziehung von Querschnittsthemen

Gender, Menschenrechte und ganz allgemein die nachhaltige Entwicklung stehen eindeutig im Mittelpunkt der genannten Programme und Projekte. Zu den Bevölkerungsgruppen, die vom Wald abhängig sind und dort leben, gehören indigene und andere traditionelle Gruppen wie die *Quilombolas*, die Nachfahren früherer Sklaven aus Afrika. Durch neue Möglichkeiten für die Einkommenserzeugung und durch Wertschöpfung bei lokal verfügbaren natürlichen Ressourcen werden auch Verbesserungen in Bereichen wie Integration traditioneller Gruppen, Missachtung von Menschenrechten in Form von Sklavenarbeit sowie Ungleichbehandlung von Männern und Frauen erreicht. Bei der Programmdurchführung wird diesen Aspekten besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Finanzierungsrahmen

30 % des Gesamtbetrags fließen in diesen Schwerpunktbereich, 19,5 % im Zeitraum 2007-2010 und 10,5 % in den Jahren 2011-2013.

Aktivitäten in Brasilien nach anderen EG-Haushaltsinstrumenten

Die in Brasilien durchgeführten Projekte werden wahrscheinlich auch weiterhin zu den Hauptbegünstigten neuer Umweltprogramme gehören. Mehrere der aus dem Sechsten Rahmenprogramm für Forschung und Technologie finanzierten Projekte betrafen die tropischen Regenwälder in Brasilien. Für derartige Projekte stehen auch Mittel aus dem Siebten Rahmenprogramm zur Verfügung. Zur Vermeidung von Überschneidungen sollen

nachdrücklich Synergien zwischen diesen beiden Programmen und den im
Schwerpunktbereich 2 dieses NRP finanzierten Maßnahmen angestrebt werden.

6. ANNEXES

6.1. Annex 1: details on the 2004-2007 PPA - “Plano Brasil de Todos”

“Challenges” identified under the 3 main objectives:

Social Inclusion and Reduction of Social Inequalities

1. Combat and eradicate hunger; promote food and nutritional security
2. Expand and improve income transfer schemes for poor families
3. Promote universal access to health, social security and social assistance, emphasizing quality and equity
4. Increase the level and quality of schooling in the population, promoting universal access to education
5. Promote an increased supply of goods and services, and promote lower prices of goods of mass consumption
6. Implement urban reform, and improve housing conditions as well as mobility in urban areas (i.e. urban transport), emphasizing environmental quality
7. Reduce the vulnerability of children and adolescents in relation to all forms of violence, supporting mechanisms to better protect their rights
8. Promote the reduction of racial inequality
9. Promote the reduction of gender inequality
10. Increase access to information and knowledge through new technologies, promoting “digital inclusion”

Growth with Employment Generation, Environmental Sustainability and Reduced Regional Inequalities

11. Attain macroeconomic equilibrium and the recuperation of sustainable economic growth, with better income distribution and with employment generation
12. Expand domestic sources of financing, and improve access to credit for investment, production and consumption
13. Expand jobs, promoting professional development and the reduction of the informal sector
14. Implement effective land reform, and promote sustainable rural agriculture and development
15. Coordinate and promote productive investment and productivity, with emphasis on the reduction of external vulnerability
16. Expand and strengthen scientific and technical knowledge regarding sustainable development, with emphasis on equity across regions
17. Stimulate investment in infrastructure in a manner that is coordinate and sustainable
18. Reduce regional inequalities, using an approach that addresses development at the national, regional as well as local levels, stimulating participation of society in local development
19. Promote environmental quality, as well as the conservation and sustainable use of natural resources, with emphasis on education regarding the environment
20. Increase the participation of the country in international markets, preserving its national interests
21. Provide incentives for the enhancement of small and medium enterprises, promoting entrepreneurship

Promoting Citizenship and Democracy

22. Strengthen human rights, respecting the diversity in human relations
23. Guarantee the integration of indigenous people, respecting their cultural identity and economic situation
24. Value different forms of national and regional cultural expression
25. Guarantee public security with the implementation of integrated but decentralized public policies
26. Preserve national integrity and sovereignty
27. Promote national interests and fulfil the commitment that Brazil should be a culture of peace and solidarity, based on respect for human rights
28. Enhance development of a public sector that is ethical, transparent and decentralized, and participatory
29. Combat corruption
30. Democratize channels of social communication, valuing different (“alternative”) means of expression

6.2. Annex 2 : Brazil at a glance

Political and geographical data	
Official Name :	Federative Republic of Brazil
Current President of the Republic :	Mr. Luiz Inácio Lula da Silva (since January 2003)
Next elections :	October 2006
Surface area:	8.5 million sq km
Land boundaries	<i>total:</i> 14,691 km <i>Border countries:</i> Argentina 1,224 km, Bolivia 3,400 km, Colombia 1,643 km, French Guiana 673 km, Guyana 1,119 km, Paraguay 1,290 km, Peru 1,560 km, Suriname 597 km, Uruguay 985 km, Venezuela 2,200 km
Population:	182 million (2004)
Population growth:	1.3% p.a.
Urbanisation:	82%
Main cities	Sao Paolo (10.8m), Rio de Janeiro (6m), Salvador (2.6m), Belo Horizonte (2.3m), Fortaleza (2.3m)
Economic indicators	
GDP:	US\$604.0 billion (current, 2004)
GDP/capita :	US\$3,326.21 (current, 2004)
GDP growth :	4.4% (2000), 1.4% (2001), 1.5% (2002), 0.5%(2003), 5.2% (2004)
Inflation	6%(2000), 7.7%(2001), 8.3%(2002), 9.3%(2003), 7.6% (2004)
Current Account Balance:	-4% of GDP (2000), -4.6% (2001), -1.7% (2002), 0.8% (2003). 1.9% (2004)
Exports to EU :	€21.1 billion (2004) = 25% total exports; 2.1% of EU imports
Imports from EU:	€14.1 billion (2004) = 26% total imports; 1.5% of EU exports
EU investment stock in Brazil :	€48.9 billion (1999), €69.3 billion (2000), €76.8 billion (2001), €78 billion (2002).
Selected social indicators (2002)	
Illiteracy:	12%
Life expectancy at birth:	71 years (2004)
Net attendance rate of people aged 7-24:	Elementary (7-14): 93.8% Secondary (15-17): 40% Higher (18-24): 9.8%
Poverty:	approx. 30.6%
Child mortality rate	28.0°/oo (2003)
Maternal mortality	75.3 per 100,000 live birth
Gini coefficient:	0.57 (0 is equivalent to absolute equality/1 to absolute inequality)

6.3. Annex 3 : more information on the environment

6.3.1. Proportion of land area covered by forest

	Land area	Forest Cover 2000	Forest Cover Change 1990-2000		Distribution of land cover/use % (1989)		
	'000 ha	'000 ha	'000 ha/year	%/year	Forest	Other Wooded Land	Other land
Brazil	845,651	543,905	-2,309	-0.41	64.3	.0	33.1
South America	1,753,520	885,618	-3,711	-.41	50.5	3.9	43.0
World	13,139,618	3,869,453	-9,319	-.24	29.4	11.2	58.6

Source : FAO

6.3.2. Extracts of the Country environmental profile

NB: the Country Environmental Profile was drafted by MWH Consultants in July 2005. The study was financed by the European Commission. The recommendations formulated in the study do not commit the EC.

...

PARTICIPATION DE LA CE AU PROGRAMME PILOTE POUR LA PROTECTION DES FORÊTS TROPICALES DU BRÉSIL – PPG-7

Le Brésil détient la plus grande forêt tropicale du monde, dans la mesure où la plus grande partie de la forêt amazonienne se trouve sur son territoire. C'est pour cela que se déroule depuis 1992 au Brésil le **plus grand programme multilatéral de protection de la forêt tropicale de la planète**. Le Programme Pilote pour la Protection des Forêts Tropicales du Brésil (PPG7) reçoit des fonds des pays membres de l'ex-Groupe des Sept, de l'Union Européenne et des Pays Bas, et compte sur la contrepartie du gouvernement brésilien, des Etats et de la société civile. Les investissements déjà réalisés représentaient fin 2004 près de 420 millions de dollars.

Dans le *Country Strategy Paper 2001-2006* de la CE avec le Brésil, le PPG-7 est présenté dès son démarrage en 1992 comme la principale action de coopération de la Commission Européenne dans le pays, fort aujourd'hui d'une expérience de plus de dix ans de coopération socio-environnementale entre la CE et le gouvernement brésilien en faveur des forêts tropicales. De cette manière, cette coopération est cohérente aussi avec le *EC Environmental Action Program (2002-2011)* qui compte parmi ses priorités de contribuer à contrôler et inverser le processus de déforestation et de dégradation des forêts dans le monde.

Processus de mise en oeuvre du PPG7

L'**architecture institutionnelle** du PPG-7 est complexe. La proposition initiale du programme a été élaborée avec le soutien de la Commission Européenne et de la Banque Mondiale, et discutée par les donateurs lors des sommets du G7 à Houston en 1990 et à Genève en 1991. En juin 1992, dans le cadre de l'ECO 92 à Rio de Janeiro, le gouvernement brésilien a officiellement créé le PPG-7 en instaurant la **Commission de Coordination du Programme** (18 représentants) chargée de suivre, d'évaluer et d'assurer le déroulement du PPG-7, ainsi que d'approuver la programmation annuelle, les phases d'implantation de ses projets, l'application de ses crédits et d'élaborer les directives et les procédures opérationnelles.

La même année a été créé le **Rain Forest Trust Fund (RFT)**, géré par la Banque Mondiale, qui a installé une unité à Brasilia chargée de suivre la mise en oeuvre du PPG-7. Le RFT est constitué par les contributions des pays du G-7 et de quelques membres de l'UE pour fournir un appui au PPG-7. Certains pays participent également par le biais de leurs propres agences de développement et de coopération, et certains programmes du PPG-7 font appel également à d'autres agences multilatérales comme le PNUD, par exemple.

L'**objectif général** du Programme-pilote est de «maximiser les bienfaits environnementaux des forêts tropicales, en harmonie avec les objectifs de développement du Brésil, en implantant une méthodologie de développement durable qui contribuera à la réduction continue des taux de déforestation». Pour ce faire, ont été proposés comme objectifs spécifiques: 1) démontrer la faisabilité de l'harmonisation des objectifs environnementaux et économiques dans les forêts tropicales; 2) aider à préserver les énormes ressources génétiques dont elles disposent; 3) diminuer la contribution des forêts brésiliennes aux émissions de CO₂; 4) fournir un exemple de coopération entre pays développés et pays en voie de développement sur les questions environnementales mondiales.

Vu la quantité d'institutions impliquées au niveau national et international, le schéma de mise en oeuvre des projets est complexe, tant en ce qui concerne les articulations institutionnelles que les mécanismes de financement, négociés en plusieurs étapes.

La **dynamique financière** du Programme Pilote est très significative. Au début du Programme, on estimait les dons à 250 millions de dollars, qui seraient complétés par la contrepartie brésilienne, à hauteur de 10%. En 2005, au bout de 12 ans, les dons ont atteint près de 347 millions de dollars, soit un excédent de 39% par rapport aux prévisions.

Le PPG-7 est suivi par l'**International Advisory Group (IAG)**, équipe d'experts indépendants brésiliens et étrangers, qui évalue en toute impartialité et formule des recommandations au programme, basées sur les enseignements tirés et sur la conjoncture socio-économique et politique du moment. Les rapports de l'IAG servent de référence aux interlocuteurs stratégiques (ministères, CE et autres donateurs, Banque Mondiale, ONG).

Portefeuille de projets du Programme Pilote

Le Programme Pilote met en oeuvre des actions dans **cinq domaines principaux**. Malgré la faiblesse institutionnelle du Ministère de l'Environnement, ces projets ont une vie indépendante et la plupart présentent des résultats importants pour la protection des forêts tropicales:

Expérimentation et démonstration: dans ce domaine, on mène des expériences innovatrices dans les communautés locales et organes gouvernementaux, sur les thèmes de la conservation, du développement durable et des initiatives d'éducation à l'environnement.

- Projets Démonstratifs (PD/A), avec la participation financière de la CE;
- Appui à la Gestion Forestière (PROMANEJO);
- Gestion des Ressources Naturelles des Várzeas, plaines inondables (Provárzea);
- Projet Commerce Durable (PNS);
- Prévention des Incendies de Forêt (PROTEGER);
- Projets Démonstratifs des Peuples Indigènes (PDPI).

Conservation des aires protégées (parcs et autres réserves naturelles, forêts nationales, réserves extractivistes et terres indigènes) par la protection et la gestion des ressources naturelles (forêts, ressources en eau et várzeas) avec la participation des communautés traditionnelles et des populations locales:

- Terres Indiennes (PPTAL);
- Réserves Extractivistes (RESEX), avec participation financière de la CE;
- Couloirs Ecologiques, avec participation financière de la CE;
- Mata Atlântica.

Renforcement institutionnel, pour préparer les institutions publiques à formuler et à mettre en oeuvre des politiques environnementales plus effectives, en promouvant la gestion partagée entre l'Etat fédéral, les Etats et les municipalités, en coopération avec les organisations civiles, le secteur privé et la société en général:

- Politique de Ressources Naturelles (SPRN), avec participation financière de la CE;
- Appui institutionnel au Groupe de Travail Amazonien (GTA) et au Réseau Mata Atlântica.

Recherche scientifique visant à augmenter les connaissances scientifiques sur l'écologie des forêts tropicales et leur utilisation durable:

- Centres de Science et de Recherche Appliquée dans le cadre du Ministère de la Science et de la Technologie (MCT), avec participation financière de la CE.

Leçons/enseignements et diffusion, visant principalement à influencer les politiques publiques et à rendre disponibles les connaissances acquises par le Programme :

- Projet d'Appui au Suivi et à l'Analyse (AMA).

Par ailleurs, il existe un appui à la **coordination du programme** (qui a déjà reçu une participation financière de la CE) et plusieurs autres importants **projets associés** au PPG-7, généralement financés par la coopération bilatérale, comme l'ARPA - Projet Aires Protégées d'Amazonie.

Principaux résultats et difficultés

Il existe un large éventail d'**exemples qui montrent des résultats** dans le domaine de la protection de l'Amazonie brésilienne au cours de la dernière décennie grâce à l'exécution des projets du PPG-7; le programme a posé les bases de politiques plus larges et plus efficaces au niveau fédéral et des Etats, visant la conservation et l'utilisation durable de la forêt.

D'une manière générale, les **institutions** et organismes publics impliqués dans la protection des forêts sont plus solides, au niveau fédéral, des Etats et des villes amazoniennes. Divers réseaux d'organisations de la société civile ont été créés et ont rejoint le processus, réunissant près de 850 ONG. Ces réseaux d'ONG et de mouvements sociaux de l'Amazonie et de la Forêt Atlantique sont aujourd'hui plus structurés et possèdent une meilleure capacité à participer aux débats sur les politiques publiques et à la mise en oeuvre de projets.

Il y a de **nouvelles formes de surveillance** par satellite qui permettent de suivre la dynamique de la déforestation en Amazonie, grâce à la modernisation des principaux centres de recherche.

Sous l'impulsion du PPG-7, la **décentralisation des politiques** de gestion environnementale et le renforcement des instances spécialisées des Etats amazoniens ont amélioré sur le terrain la capacité de gestion de l'environnement et des ressources naturelles. Le programme a également inauguré une approche régionale innovante et participative de la conservation de la biodiversité, avec la notion de «couloirs écologiques», proposée pour l'Amazonie et pour la Forêt Atlantique.

Les **enseignements tirés** du soutien apporté à plus de 200 projets démonstratifs constituent des références méthodologiques pour le développement durable dans la région et fournissent des bases à des politiques amazoniennes plus adaptées aux processus locaux. Ainsi, plus de deux cent cinquante mille agriculteurs familiaux ont été formés à la prévention et au contrôle des incendies.

Le PPG-7 constitue également un espace où les pays du Nord et du Sud font face ensemble aux problèmes mondiaux de l'environnement, ce qui en fait une expérience de gouvernance mondiale. Le gouvernement brésilien prend de plus en plus lui-même en charge la direction du Programme qui constitue aujourd'hui une base essentielle pour la viabilité des politiques.

Pour ce qui est des **difficultés**, le caractère pilote (tant pour le Brésil qu'au niveau mondial) de la lutte contre la déforestation a demandé la construction pas à pas d'un portefeuille de projets ciblés selon des demandes sectorielles d'organismes gouvernementaux et de groupes sociaux spécifiques. Au fil des ans, cela a rendu plus difficile la construction d'une stratégie plus large et plus solide pour le Programme.

Le PPG7 a souffert pendant longtemps de la tendance à l'**isolement du secteur environnemental au sein du gouvernement** brésilien et du manque de dialogue et de coopération avec le secteur privé et avec les autres organismes gouvernementaux chargés des politiques de développement. Les impacts attendus sur la capacité à stopper ou à freiner la déforestation en Amazonie et dans la Forêt Atlantique ne se sont pas concrétisés comme on l'espérait. Les années d'expérience renforcent la perception du fait que les forces les plus importantes liées aux **causes de la déforestation** ont une dynamique propre qui n'a toujours pas été correctement appréhendée, entre autres parce qu'on n'a pas travaillé auprès des organisations d'éleveurs et de la filière bois.

La trop **fragile articulation** entre les parties du Programme Pilote, et entre celles-ci et les autres programmes gouvernementaux, n'a pas facilité l'utilisation des enseignements et connaissances dans la formulation de politiques publiques à une échelle plus large. L'**intégration avec les autres programmes** coordonnés par le Ministère de l'Environnement est timide, comme par exemple avec le Programme National de la Forêt (PNF), le Programme National de l'Environnement (PNMA) et le Fonds National pour l'Environnement (FNMA). Le gouvernement lui-même souligne le trop faible parti tiré du potentiel de duplication des projets démonstratifs, par le biais de programmes de crédit rural et d'assistance technique rurale qui devraient être mieux utilisés.

...

Perspectives pour le Programme-Pilote

Lors du Séminaire National sur le PPG-7 qui s'est tenu à Santarém (Pará) en juin 2005, le gouvernement, la société civile et la coopération internationale se sont mis d'accord sur l'**importance des résultats** et des processus socio-environnementaux en cours et sur la **nécessité de poursuivre le programme** sur trois volets: 1) consolidation des actions en cours, en particulier celles qui interviennent sur le terrain des communautés; 2) élargissement de l'échelle des projets démonstratifs; 3) nouveaux projets-pilotes sur des thèmes encore non abordés. La Commission de Coordination du Programme souligne que le PPG-7 a servi de base aux politiques publiques du Gouvernement Fédéral pour l'Amazonie, qui culmine aujourd'hui avec l'établissement du Programme Amazonie Durable (PAS), qui transforme le PPG-7 en un ensemble d'activités de soutien au PAS. Cependant, les caractéristiques et la nature de cette relation demeurent imprécises. L'avenir du Programme Pilote et de ses dispositifs institutionnels, fort de près de 15 ans d'expériences et 16 projets en cours, dépend du mûrissement de nouvelles politiques pour l'Amazonie et la Forêt Atlantique de telle manière que ses enseignements se transforment en politiques concrètes et modernes pour le développement de la région amazonienne. Avec la mise en place du PAS, on s'attend à ce que soient créés de nouveaux espaces, où puisse se dérouler le dialogue et la négociation entre les organismes fédéraux, les gouvernements des Etats, les mairies, les organisations de la société civile et le secteur privé.

...

CONCLUSIONS

Le Brésil est un **acteur stratégique dans toute négociation environnementale**. Détenteur de grandes zones de forêt d'une immense biodiversité, il a en plus un grand potentiel de contribution au séquestre de carbone et concentre sur son territoire un énorme volume d'eau douce. En revanche, c'est un pays en développement qui doit tirer le meilleur parti de son potentiel pour consolider son économie et élever les conditions de vie des populations défavorisées.

Le Brésil doit surmonter **d'énormes défis** dans la recherche de stabilité économique, de l'élimination de la pauvreté, de l'accès à la santé pour tous et à une éducation de qualité, d'un meilleur partage des richesses, le tout avec des pratiques environnementales correctes de manière à garantir pour les futures générations une bonne qualité de vie avec les ressources naturelles nécessaires à leur survie.

L'Union Européenne, en tant qu'important partenaire commercial et de coopération du Brésil, désireuse de contribuer à la conservation de la biodiversité du pays et à l'amélioration de la qualité de vie de sa population, devra continuer à **encourager la transversalité des questions environnementales** dans tous les domaines où elle intervient, que ce soit du point de vue commercial ou social, comme par exemple des programmes de soutien à l'élimination de la pauvreté dans la région de caatinga, avec l'inclusion des variables environnementales comme axe stratégique de consolidation de ces actions.

Il est important d'aider le Brésil dans ses **efforts pour une gestion durable de ses forêts**, par le biais de l'appui à la certification et à l'accès à des technologies de contrôle plus appropriées, ainsi que sur base de négociations des normes légales garantissant l'origine légale et durable de ses produits forestiers.

La **société civile** organisée représente également un acteur stratégique et doit être renforcée dans la même mesure que le gouvernement.

Finalement, on observe que l'**enjeu de la coopération internationale dans le cas de la déforestation**, ne se situe plus dans l'identification de ses dynamiques et de ses causes ni dans les mesures à court, moyen et long terme à adopter pour maîtriser la déforestation mais plutôt dans l'élaboration et la mise en oeuvre de politiques publiques, et dans l'investissement financier correspondant, capables d'en finir avec un système extrêmement archaïque, enraciné et vicieux d'occupation et d'utilisation des ressources naturelles.

Le principal enjeu des **rapports de coopération** entre le Brésil et l'UE réside dans la mise en pratique d'un modèle de développement durable de fait.

RECOMMANDATIONS

Face à la problématique de l'environnement au Brésil, il est nécessaire **d'identifier des grands thèmes qui servent d'axes pour la coopération**; il faut aussi pouvoir compter sur des mécanismes appropriés pour coopérer avec efficacité dans la construction d'un modèle durable de développement.

Il est fondamental d'aider le gouvernement à se structurer en vue d'une **planification de l'usage du sol qui tienne compte des variables économiques, sociales et environnementales**, et en vue d'une régularisation foncière qui réponde aux nécessités du développement. Tous les biomes sont affectés, plus ou moins profondément selon les situations régionales, par ce problème dont les effets sont globaux. La diversité des intérêts en jeu et des problèmes à résoudre implique qu'une plus large variété d'institutions gouvernementales doit être responsabilisée et prise en compte pour la coopération, et non pas seulement le Ministère de l'Environnement. Il convient donc d'étendre la coopération à d'autres secteurs gouvernementaux, à travers une stratégie institutionnelle transversale qui devra lui donner plus d'impact.

Bonne gouvernance et planification régionale

Dans ce contexte, on recommande que la coopération environnementale ait comme axe principal la "**Bonne gouvernance et planification régionale**" avec l'objectif de contribuer à ce que le gouvernement brésilien, à travers ses différentes instances et institutions, puisse développer des modèles de planification de l'usage du sol, de régularisation foncière et d'aménagement du territoire, comme outil stratégique pour trouver une productivité qui à la fois soit meilleure et implique un faible impact sur l'environnement, permettant un meilleur contrôle de la déforestation.

Cette coopération peut se faire par **l'assistance technique de la CE**, profitant de l'expérience européenne dans ce domaine. Cela permettrait d'élargir la liste des partenaires possibles au sein du gouvernement fédéral, comme par exemple, le Secrétariat au Patrimoine de l'Union, lié au Ministère du Plan, et qui est stratégique car il a parmi ses responsabilités l'administration du patrimoine immobilier de l'Union, qui est composé d'immeubles propres nationaux et de terrains de la marine, de zones de préservation permanente, de terres indiennes, de forêts nationales, de terres inoccupées (*terras devolutas*), de zones de frontière et de biens d'usage commun.

Une coopération axée sur la "Bonne gouvernance et la planification régionale" **permet d'appuyer différentes institutions et activités**, avec des actions pouvant être planifiées graduellement et avec continuité, de telle sorte qu'à la fin de 2006/2011 on puisse observer des résultats concrets.

PPG-7

En ce qui concerne le **Programme Pilote pour la Protection des Forêts Tropicales du Brésil (PPG-7)**, malgré les difficultés que montre le gouvernement pour lui définir des voies précises de consolidation, il existe différents éléments (comme le Séminaire National du PPG-7 organisé à Santarém) qui montrent un évident intérêt pour la continuation du programme. Autant les bailleurs de fonds que les bénéficiaires du programme attendent une définition politique et institutionnelle plus nette pour son avenir. Cependant, le PPG-7 présente une trajectoire de pionnier, avec sa longue expérience d'articulation entre acteurs et l'ensemble des actions réalisées tout au long de ces 15 dernières années, qui en font la base et la principale référence du gouvernement pour l'établissement du Programme *Amazônia Sustentável* (PAS).

Quelles que soient les orientations du gouvernement brésilien, il est important que la CE, surbase de sa longue participation dans le plus important programme qui existe en faveur des forêts tropicales d'un pays, maintienne les négociations avec le gouvernement brésilien pour la poursuite du PPG-7.

Axes et instruments pour des actions par rapport aux biomes

Sur base des graves problèmes de dégradation que ces biomes connaissent, l'**Amazonie**, le **Cerrado** et la **Mata Atlântica** sont proposés comme axes thématiques prioritaires pour appuyer des actions de coopération. Des thèmes et des instruments spécifiques doivent être envisagés pour chacun de ces biomes, sur base de la spécificité de leurs problèmes et des processus en cours.

Amazonie

Pour l'Amazonie, l'axe principal de la coopération devrait rester le "**Contrôle de la déforestation**". La déforestation est étroitement liée à l'usage du feu, ce qui contribue à l'augmentation des émissions de gaz dans l'atmosphère; d'autre part, ces deux éléments affectent les ressources en eau. Ces problèmes ont comme origine commune l'absence d'aménagement du territoire et le manque de planification de l'usage

du sol. Dans ce sens, la coopération thématique horizontale devrait choisir des thèmes consolidant les démarches de planification ainsi que l'amélioration des méthodes de production et de conservation. C'est en appuyant des actions qui vont dans ce sens que l'on favorisera l'impact sur la réduction de la pauvreté et sur la qualité de vie des populations bénéficiaires.

Les thèmes qui démontrent les plus gros besoins de coopération sont les suivants:

- Gestion forestière et certification;
- Monitoring et prévention des incendies de forêts;
- Technologie de récupération des zones dégradées;
- Gestion des ressources en eau;
- Gestion des Unités de Conservation et des Terres Indiennes.

Cerrado

Le Cerrado est un biome très important du point de vue économique et environnemental. Il subit une énorme pression à cause de l'expansion de la frontière agricole et de l'utilisation de sa végétation arborée comme source d'énergie pour le secteur sidérurgique (charbon de bois).

Pour ces raisons, la conservation du Cerrado devrait être l'objet d'une attention particulière, surtout à cause des effets que provoque son usage économique sur la biodiversité et autour des sources de certains des plus importants fleuves du pays. De plus, ce biome présente la possibilité d'agir au niveau de la séquestration de carbone, grâce à ses caractéristiques biotiques et climatiques.

Il s'agit dans le Cerrado essentiellement d'essayer d'équilibrer **les variables économique et environnementale**, comme axe de coopération. Il est important d'y appuyer les institutions de recherche, l'initiative privée, les pouvoirs publics locaux et la société civile dans le sens d'un partenariat pour la réalisation des actions prioritaires. Pour l'appui aux municipalités, beaucoup sont déjà organisées entre elles dans des associations qui en rassemblent parfois plus de 40. Cela permet un appui ciblé sur certaines régions, de manière mieux planifiée et plus cohérente, stimulant des résultats de manière plus concentrée, et facilitant leur suivi.

Les principales actions seraient les suivantes:

- Gestion des ressources en eau (récupération de la forêt de cette région, protection des sources, consolidation des processus participatifs de gestion des ressources en eau);
- Restauration des zones dégradées;
- Technologies favorisant l'utilisation des zones récupérées.

Mata Atlântica

La principale voie de coopération serait dans ce biome la **restauration de la Mata Atlântica**, ce qui signifie autant la systématisation d'expériences positives que l'appui ultérieur à des projets de restauration. Ici la coopération peut se réaliser à travers des appels d'offre et présente l'avantage de consolider le partenariat entre la société civile organisée, l'initiative privée, le gouvernement fédéral, et celui des Etats et municipalités.

La restauration de la Mata Atlântica recoupe les objectifs de trois grands traités internationaux: Changement climatique/Protocole de Kyoto (séquestration du carbone), Convention de la Biodiversité et Lutte contre la Désertification.

Il est important de garantir que tous les Etats qui se trouvent dans ce biome puissent participer aux appels d'offres, afin d'assurer que l'ensemble des régions de forêt atlantique et leurs caractéristiques soient couvertes.

6.4. Annex 4 : OECD (DAC) data for Brazil

Distribution of bilateral OECD Public Development aid per sector (2003 data) ⁴⁰

SECTORS	Bilateral PDA to Brazil in Million US\$ in 2003	%
Infrastructures and social services	165,7	35,53
non specified	68	14,58
Multisectoral destination	51,2	10,98
Education	47,7	10,23
Water distribution and decontamination	31,6	6,78
Health and population	31,3	6,71
Production	26,2	5,62
agriculture, forestry, fishing	23,2	4,97
Infrastructure and economic services	8,5	1,82
emergency aid	4,4	0,94
transport and communication	3,6	0,77
maufacturing industry, extractive industry, construction	2,5	0,54
Energy	2,1	0,45
trade, tourism	0,4	0,09
TOTAL	466,4	100,00

⁴⁰ The distribution of bilateral OECD Public Development aid per sector indicates the economic destination sector (i.e. the specific economic sector or social sector of the recipient country).

Distribution of bilateral OECD Public Development aid by donor (2003 data)

OECD countries	Total PDA	%
Japan	173,7	42,953
Germany	74,7	18,472
France	51,7	12,784
United States	33,6	8,3086
Netherlands	13,5	3,3383
United Kingdom	13,5	3,3383
Italy	8,8	2,1761
Canada	8,2	2,0277
Spain	7,1	1,7557
Switzerland	4,2	1,0386
Norway	3,9	0,9644
Belgium	3,8	0,9397
Sweden	2,1	0,5193
Austria	1,6	0,3956
Finland	1,5	0,3709
Luxemburg	1,2	0,2967
Australia	0,5	0,1236
Portugal	0,4	0,0989
New Zealand	0,2	0,0495
Greece	0,1	0,0247
Ireland	0,1	0,0247
Danemark	0	0
TOTAL	404,4	100

6.5. Annex 5 - insight into the cooperation priorities of major non-EU donors

Japan

The Japan-Brazil policy dialogue held in 2004 resulted in the identification of six priority areas for assistance: (1) the environment, (2) industry, (3) agriculture, (4) health, (5) social development, and (6) tripartite cooperation.

Based on this, the following were identified as priority development issues:

- (1) environmental conservation (the natural environment, including the preservation of biodiversity and efficient utilization of natural resources, and the urban environment, including air and water pollution countermeasures and waste disposal);
- (2) enhancing international competitiveness (improving infrastructure to raise productivity, promote SMEs, and encourage exports);
- (3) regional and social development to correct interregional inequalities (priority development and enhanced public safety in northeast and north Brazil), and;
- (4) promotion of tripartite cooperation (active implementation of third-country and collaborative training programs, promotion of the Japan-Brazil Partnership Program, and fuller use of third-country experts of Japanese descent).

The World Bank

The World Bank is currently financing 48 projects with a total commitment of \$4.2 billion. In addition, the World Bank Group's International Bank for Reconstruction and Development, the International Finance Corporation and Multilateral Investment Guarantee Agency are planning \$6 billion to \$10 billion in new investments during the four-year administration of President Lula.

The 2004-2007 CAS outlines a program which projects up to US\$7.5 billion of financing for Brazil. The main objectives are:

- 1) A more equitable Brazil: education will continue to be a key priority, with increasing involvement in secondary education and early childhood development. Support to social protection will be expanded through technical and financial support to programs such as the integrated cash transfer (Bolsa Família) and the youth employment program (Primeiro Emprego).
- 2) A more sustainable Brazil: better local services in urban and rural areas and careful management of Brazil's natural assets. A primary element of the planned program is support for increased access to basic services, such as water and sanitation, in rural and urban areas
- 3) a more Competitive Brazil: support to higher productivity and investment focus on more efficient infrastructure and competition regulation, a stronger financial sector, a modern innovation policy, and a more favourable environment for entrepreneurs, especially SMEs.

6.6. Annex 6 - Millenium development goals

Brazil Country Profile				
	1990	1995	2001	2002
1 Eradicate extreme poverty and hunger	<i>2015 target = halve 1990 \$1 a day poverty and malnutrition rates</i>			
Population below \$1 a day (%)	8.2	..
Poverty gap at \$1 a day (%)	2.1	..
Percentage share of income or consumption held by poorest 20%	2.4	..
Prevalence of child malnutrition (% of children under 5)	7.0	5.7
Population below minimum level of dietary energy consumption (%)	..	12.0	10.0	9.0
2 Achieve universal primary education	<i>2015 target = net enrollment to 100</i>			
Net primary enrollment ratio (% of relevant age group)	86.4	89.7	96.5	..
Percentage of cohort reaching grade 5 (%)	71.7	70.8
Youth literacy rate (% ages 15-24)	91.8	94.1	94.2	..
3 Promote gender equality	<i>2005 target = education ratio to 100</i>			
Ratio of girls to boys in primary and secondary education (%)	103.1	..
Ratio of young literate females to males (% ages 15-24)	102.9	102.8	103.3	..
Share of women employed in the nonagricultural sector (%)	40.2	44.1	45.7	..
Proportion of seats held by women in national parliament (%)	..	7.0
4 Reduce child mortality	<i>2015 target = reduce 1990 under 5 mortality by two-thirds</i>			
Under 5 mortality rate (per 1,000)	60.0	48.0	39.0	37.0
Infant mortality rate (per 1,000 live births)	50.0	41.0	35.0	33.0
Immunization, measles (% of children under 12 months)	78.0	90.0	95.0	93.0
5 Improve maternal health	<i>2015 target = reduce 1990 maternal mortality by three-fourths</i>			
Maternal mortality ratio (modeled estimate, per 100,000 live births)	260.0
Births attended by skilled health staff (% of total)	71.9	87.6
6 Combat HIV/AIDS, malaria and other diseases	<i>2015 target = halt, and begin to reverse, AIDS, etc.</i>			
Prevalence of HIV, female (% ages 15-24)	0.5	..
Contraceptive prevalence rate (% of women ages 15-49)	..	76.7
Number of children orphaned by HIV/AIDS	130.0	thousand
Incidence of tuberculosis (per 100,000 people)	64.0	62.4
Tuberculosis cases detected under DOTS (%)	8.0	9.8
7 Ensure environmental sustainability	<i>2015 target = various (see notes)</i>			
Forest area (% of total land area)	65.6	..	63.0	..
Nationally protected areas (% of total land area)	..	4.2	4.4	6.7
GDP per unit of energy use (PPP \$ per kg oil equivalent)	5.8	6.6	7.1	..
CO2 emissions (metric tons per capita)	1.4	1.6	1.8	..
Access to an improved water source (% of population)	83.0	..	87.0	..
Access to improved sanitation (% of population)	71.0	..	76.0	..
Access to secure tenure (% of population)
8 Develop a Global Partnership for Development	<i>2015 target = various (see notes)</i>			
Youth unemployment rate (% of total labor force ages 15-24)	6.7	11.4	17.9	..
Fixed line and mobile telephones (per 1,000 people)	65.0	93.4	385.1	423.8
Personal computers (per 1,000 people)	3.1	17.3	62.9	74.8

Source: *World Development Indicators database, April 2004*

Note: In some cases the data are for earlier or later years than those stated.

Goal 1 targets: Halve, between 1990 and 2015, the proportion of people whose income is less than one dollar a day. Halve, between 1990 and 2015, the proportion of people who suffer from hunger.

Goal 2 target: Ensure that, by 2015, children everywhere, boys and girls alike, will be able to complete a full course of primary schooling.

Goal 3 target: Eliminate gender disparity in primary and secondary education preferably by 2005 and to all levels of education no later than 2015.

Goal 4 target: Reduce by two-thirds, between 1990 and 2015, the under-five mortality rate.

Goal 5 target: Reduce by three-quarters, between 1990 and 2015, the maternal mortality ratio.

Goal 6 targets: Have halted by 2015, and begun to reverse, the spread of HIV/AIDS. Have halted by 2015, and begun to reverse, the incidence of malaria and other major diseases.

Goal 7 targets: Integrate the principles of sustainable development into country policies and programs and reverse the loss of environmental resources. Halve, by 2015, the proportion of people without sustainable access to safe drinking water. By 2020, to have achieved a significant improvement in the lives of at least 100 million slum dwellers.

Goal 8 targets: Develop further an open, rule-based, predictable, non-discriminatory trading and financial system. Address the Special Needs of the Least Developed Countries. Address the Special Needs of landlocked countries and small island developing states. Deal comprehensively with the debt problems of developing countries through national and international measures in order to make debt sustainable in the long term. In cooperation with developing countries, develop and implement strategies for decent and productive work for youth. In cooperation with pharmaceutical companies, provide access to affordable, essential drugs in developing countries. In cooperation with the private sector, make available the benefits of new technologies, especially information and communications.

INFORMES DEL CUMPLIMIENTO DE LOS OBJETIVOS DE DESARROLLO DEL MILENIO EN BRASIL
SISTEMATIZACION COMPARATIVA EFECTUADA POR PNUD
2002-2005

BRASIL – 2004- Objetivos y Metas propuestos	Situación Actual y Tendencias	Estimación de Cumplimiento	Desafíos y Prioridades	
1. Erradicar la Pobreza Extrema y el Hambre	<ul style="list-style-type: none"> ▪ El 8.8% de la población vivía con menos de un dólar diario (PPP) en 1990. En 2000, el porcentaje se redujo a 4.7%, lo cual indica que Brasil se encuentra a solo 	Na	Políticas Sugeridas en el informe	Costeo de las metas

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Reducir a la mitad a la proporción de personas con ingresos menores a un dólar por día ▪ Reducir a la mitad la proporción de personas que sufren hambre 	<p>0.3 puntos porcentuales para alcanzar la meta de disminuir la pobreza en un 50%.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sin embargo, tomando la disponibilidad de acceso al salario mínimo, medida usada para medir la pobreza de acuerdo con las políticas públicas brasileñas, existían en 2002 en el país 52.3 millones de pobres, es decir, personas que viven con menos de un salario mínimo per capita de ingreso familiar. Esto representa el 30.6% de la población. Entre 1992 a 2002 la incidencia de pobreza, basada en este criterio, disminuyó 9.1 puntos porcentuales, pasando de 39.7% a 30.6% respectivamente. ▪ Pese a estos avances, la brecha entre ricos y pobres se ha ensanchado, es decir que no se reflejaron mejoras en la equidad del ingreso. En 1992, el 20% de los más ricos poseían el 55.7% de los ingresos nacionales. En 1996, la cifra asciende a 55.8%, y en 2002 a 56.8%. ▪ El Coeficiente de Gini entre 1990 y 2002 se ha mantenido en 0.57, uno de los más altos del mundo. ▪ La desnutrición infantil ha disminuido cerca de un 70% entre 1975 y 1996, de 18.4% a 5.7%. Esta evolución se explica por el proceso de urbanización y las políticas de salud, saneamiento y distribución de alimentos implementadas en ese período. ▪ En el caso brasileño, como en otros países de la región, aunque la disponibilidad de alimentos es suficiente (3.002 calorías por persona), el desigual acceso de las personas a los alimentos –y no su disponibilidad– constituye el problema que se debe abordar para la disminución del hambre. 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ La posibilidad de superar la pobreza está vinculada a la factibilidad de acceder a empleo decente y a la implementación de una estrategia integral de combate a la pobreza, destacándose iniciativas para eliminar el trabajo infantil y estimular la entrada de jóvenes en el mercado de trabajo luego de su formación educativa. ▪ Es importante el seguimiento y fortalecimiento de los programas ya establecidos (Programas Fome Zero y Bolsa-Familia) los cuales establecen como prioridad el combate al hambre, implementando diferentes políticas, como transferencias directas de ingresos para las familias, políticas estructurales de generación de empleo, acceso a servicios básicos, y medidas de emergencia para la distribución de alimentos a los grupos más vulnerables. ▪ Destaca la necesidad de seguir fortaleciendo las políticas de fortalecimiento de las economías locales, fortalecimiento de la agricultura familiar, acceso a créditos y asistencia técnica para agricultores. ▪ Se deben igualmente fortalecer los programas integrados de abastecimiento y seguridad alimentaria en las etapas de producción, distribución y consumo de alimentos. ▪ Continuar implementando programas de compra local de alimentos para programas municipales de alimentación, como merienda escolar, restaurantes populares, hospitales. ▪ Implementar huertas urbanas, asociadas a programas de educación alimentaria y nutricional. ▪ Incentivar funcionamiento de cocinas comunitarias y restaurantes populares públicos y redes de bancos de alimentos. 	Na
--	--	--	---	----

<p>2. Alcanzar la educación básica universal</p> <ul style="list-style-type: none"> Asegurar que todos los niños y niñas puedan terminar el ciclo completo de educación primaria 	<ul style="list-style-type: none"> La tasa de asistencia a la escolaridad básica en 2002 era de 93.8%. Existen, sin embargo, diferencias entre las regiones, siendo la región del nordeste la que presenta una tasa menor, de 91.6%. Los aspectos de calidad de la educación deben ser considerados. El 59% de los niños/as que completaron los primeros cuatro grados de escolaridad en 2001 no se desenvolvían adecuadamente en competencias básicas de lectura, y un 52% presentaba profundas deficiencias en matemáticas. Otro problema se refiere a las altas tasas de abandono escolar, las cuales eran de 8.7% en 2002. 	na	<ul style="list-style-type: none"> Garantizar la sostenibilidad de la reforma educativa, asegurando la disponibilidad de los recursos financieros para su implementación. Implementar políticas que intenten aliviar el ingreso tardío. Asegurar una oferta educativa completa, incorporando medidas que permitan la permanencia de niños en la escuela mediante subsidios a las familias y/o alimentación pre-escolar y escolar Implementar campañas de información y programas que incentiven el alcance de la educación inicial 	Na
<p>3. Promover la igualdad entre los sexos y la autonomía de la mujer.</p> <ul style="list-style-type: none"> Eliminar la disparidad de género en la educación primaria y secundaria hasta el 2005 y en todos los demás niveles hasta el 2015. 	<ul style="list-style-type: none"> La educación formal no constituye en Brasil un logro a conquistar en materia de igualdad de género. Las mujeres tienen comparativamente mayor escolarización que los hombres, La discriminación se observa en cambio en el mercado de trabajo, en el ámbito político, en la violencia familiar. Esto refiere a los patrones culturales dominantes, que atribuyen al hombre el papel de proveedor y a la mujer el del cuidado de la casa y la familia. Las desigualdades de género surgen, por lo tanto, de las construcciones socioculturales e históricas que transforman las diferencias de sexo en discriminación. Las desigualdades entre los sexos se reflejan principalmente en las remuneraciones salariales. Las mujeres con 4 años de estudios ganan el 81% del salario que reciben los hombres con la misma capacitación. Mujeres con 12 años de estudio, reciben el 63% del salario que reciben los hombres. En cuanto a la participación política, en el 2004 sólo el 9% de parlamentarias son mujeres (diputadas federales y senadoras). En tanto, en el 2002, sólo el 7.4% de gobernadoras son mujeres. 	na	<ul style="list-style-type: none"> El indicador propuesto para evaluar esta meta sería insuficiente para evaluar la equidad de género. Las políticas de promoción de la igualdad de género deben incorporar iniciativas para la emancipación femenina en la economía, acceso a espacios políticos y posiciones de decisión. Fomentar políticas de apoyo a emprendimientos, microcréditos, titularidad de la tierra, documentación civil básica, los cuales están ya siendo implementados en el marco del Programa Nacional de la Secretaría Especial de Políticas para mujeres (SPM), órgano creado en 2003. Esta Secretaría se encuentra implementando los Programas de Prevención y Combate a la Violencia contra las mujeres, el de Promoción de la Autonomía Económica de las Mujeres en el Trabajo y el de Gestión de la Transversalidad de Género, los cuales deben seguir fortaleciéndose. Por constituir una de las áreas en que las desigualdades de género se manifiestan de manera marcada, el mundo del trabajo constituye un importante área a trabajar, lo cual está siendo implementado con el nuevo plan de gobierno: capacitación para el trabajo y generación de ingresos, promoción de la discusión sobre discriminación de género en el trabajo, establecimiento de nuevas líneas de crédito para mujeres agricultoras. 	Na

<p>4. Reducir en 2/3 la tasa mortalidad de menores de 5 años:</p> <ul style="list-style-type: none"> Reducir en 2/3 la tasa mortalidad de menores de 5 años: 	<ul style="list-style-type: none"> En 1990, por cada mil nacidos vivos 53,5 morían antes de cumplir 5 años. En 2002 ese número descendió a 33,7, indicando una reducción de 37,2%. En menores de un año, la reducción de la mortalidad fue de un 42,1%, la tasa descendió de 48,0 muertes por cada mil nacidos vivos a 27,8. Este descenso está relacionado con los avances en condiciones de vida, el aumento del nivel educacional y la ampliación de cobertura de servicios de salud, como vacunación y otras medidas básicas de prevención y tratamiento de enfermedades y acceso a saneamiento. La eliminación del sarampión en los 90 constituye igualmente un positivo ejemplo del alcance de las políticas de salud 	na	<ul style="list-style-type: none"> El énfasis en el combate a la mortalidad neonatal (4 primeras semanas de vida) es prioritario, para continuarla trayectoria de reducción de la mortalidad infantil. Igualmente, es necesario combatir las muertes por causas relacionadas con la pobreza, como infecciones, condiciones nutricionales y saneamiento del ambiente, especialmente en las regiones Norte y Nordeste. En el marco del proceso de ampliación de la atención y reorganización de los servicios de salud, la implementación de agentes comunitarios de salud y salud familiar es una iniciativa importante para lograr esta meta del milenio, ya que se realiza un acompañamiento y monitoreo de las condiciones de salud y nutrición de la población infantil. El Pacto Nacional para la Reducción de la Mortalidad Infantil es una iniciativa que igualmente apoyara en Brasil el cumplimiento de este objetivo, estableciendo líneas estratégicas de trabajo tales como promoción de nacimientos saludables, acompañamiento en nacimientos de riesgo y en el desarrollo infantil y promoción de la alimentación saludable. 	na
<p>5. Mejorar la salud materna</p> <ul style="list-style-type: none"> Reducir la tasa de mortalidad materna en 3/4 partes 	<ul style="list-style-type: none"> Se estima que la tasa de mortalidad materna ha sido de 75,3 por 1000 mil nacidos vivos en 2002, existiendo sin embargo un alto subregistro. Las principales causas de mortalidad materna son hipertensión arterial, infecciones post-parto y complicaciones relacionadas con aborto, siendo esta última la principal y más severa, ya que igualmente se relaciona con demora en la consulta por atención. Otra preocupación está relacionada con los embarazos de alto riesgo de adolescentes. En Brasil, el 22,4% del total de nacidos vivos es de madres de entre 15 a 19 años. 	na	<p>En el 2004 el gobierno, con la participación de consejos profesionales, centros sindicales, centros de estudio e investigación y organizaciones no gubernamentales, lanzó un Pacto Nacional para la Reducción de la Mortalidad Materna y Neonatal, con las siguientes prioridades:</p> <ul style="list-style-type: none"> Garantizar la realización de exámenes prenatales Garantizar la atención de mujeres y recién nacidos en todos los centros de salud, sin rehusar atenciones ni obligar a los pacientes a peregrinar por diferentes centros de salud. Cualificar e humanizar la atención al parto, aborto legal y consecuencias de aborto inseguro. Expandir la oferta de exámenes de laboratorios. Incluir asistencias pediátricas neonatales y obstétricas en los servicios de atención de urgencia (SAMU) Priorizar la capacitación y educación permanente de 	Na

			todos los profesionales involucrados en la atención obstétrica y neonatal.	
<p>6. Combatir el VIH/SIDA, la malaria y otras enfermedades</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Haber detenido e iniciado la reversión de la propagación del VIH/SIDA en el 2015. ▪ Reducir la incidencia de malaria y otras enfermedades graves 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ En 1998 existían en Brasil 18,7 personas infectadas por cada 100 mil habitantes. En 2002, esa tasa disminuyó en un 31%-de 18,7 a 12,8 entre 1998 y 2002 ▪ La tendencia inicialmente indicaba que la epidemia afectaba en su mayoría a homosexuales, hemofílicos y usuarios de drogas intravenosas, sin embargo actualmente afecta indiscriminadamente a hombres y mujeres. La transmisión heterosexual ha pasado de 17,4% en 1980-1991, a 56,1% en 2002. ▪ Brasil es uno de los pocos países de América Latina que garantiza el tratamiento antiretroviral, ya que es productor de drogas no patentadas a bajo costo. Esta estrategia permitió reducir la mortalidad. El programa brasilero para el control del VIH/SIDA es reconocido mundialmente. De 400 mil personas que tienen acceso a medicamentos antiretrovirales en el mundo, 140 mil viven en Brasil. ▪ La malaria se encuentra concentrada en la Amazonia Legal, en donde se registra el 99% de los casos. Luego de la implementación del Plan de Control de la Malaria en el 200, se logro un avance en el control de la epidemia. De 637 mil exámenes positivos de en 1999, se paso a 349 mil en el 2002. ▪ Brasil esta entre los 22 países más afectados en el mundo por la Tuberculosis. Se ha logrado, sin embargo, una lenta reducción de su incidencia. Entre 1990 y 2002 se paso de 51,8 casos por cada 100 mil habitantes, a 44,6 casos. En el 2002, 58% de los casos de tuberculosis detectados habían sido curados. 	na	<p>De acuerdo al Plan Estratégico del Programa Brasilero para el Control del VIH/SIDA, las prioridades para lograr esta meta son:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Garantizar el acceso universal a antiretrovirales y a medicamentos para enfermedades oportunistas. ▪ Ampliar el acceso al diagnostico laboratorial de VIH/SIDA, aumentando en un 150% el número de tests realizados. ▪ Ampliar el acceso de gestantes expuestas a VIH/SIDA al diagnostico y tratamiento adecuados. ▪ Promover la salud sexual y reproductiva, y la adopción de prácticas sexuales seguras. ▪ Aumentar el número de preservativos ofrecidos, elevando a 90% el uso de los mismos. ▪ En cuanto a la Malaria, la estrategia a seguir por el Programa Nacional de Control de la Malaria (PNM) es el aumento del diagnóstico laboratorial precoz, y la vigilancia para la prevención y control de la enfermedad, a través del apoyo a la organización de servicios locales de salud para el diagnóstica y tratamiento de la enfermedad, capacitación de los recursos humanos, educación para la salud mediante programas de comunicación y movilización social, control selectivo de vectores y monitoreo. ▪ En cuanto a la tuberculosis, el Programa Nacional del control de esta enfermedad recomienda la necesidad de integrar el control de esta enfermedad como a atención básica, incluyéndola en el programa de agentes comunitarios de salud. Se enfatiza la necesidad de lograr el involucramiento de las comunidades, organizaciones de base y organismos internacionales y nacionales en el combate a esta enfermedad, para reducir la mortalidad y transmisión. Para ello se requiere expandir el tratamiento supervisado, elevar la detección anual y realizar vigilancia epidemiológica. 	na

<p>7. Asegurar un medio ambiente sostenible</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Haber logrado en el 2015 que todas las políticas y programas del país hayan integrado los principios del desarrollo sostenible y se haya revertido la pérdida de recursos naturales ambientales. ▪ Reducir en 2/3 la proporción de la población sin acceso al agua potable y saneamiento ▪ Haber mejorado considerablemente la vida de por lo menos 100 millones de habitantes de tugurios 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entre 1994 y 2001 la media anual de deforestación ha sido de 17,6 mil kilómetros cuadrados en la Amazonía Brasileira. ▪ El 8,49% del territorio nacional esta protegido como reserva natural, siendo Brasil uno de los países de mayor biodiversidad en el mundo, ya que alberga el 30% de las áreas de forestación tropical en el mundo. Entre 1990 y 2000 el porcentaje de áreas protegidas se elevó en un 22%. ▪ La proporción de población con acceso a agua tratada (abastecida por red) pasó de 88,3% en 1992 a 91,3% en 2002 en áreas urbanas. En áreas rurales la cobertura de agua abastecida por red fue de 12,3% en 1992 y 22,7% en 2002. El acceso a agua de pozo o vertiente en la zona rural fue de 76,2% en 1992 y 80,6% en 2002. ▪ El acceso a saneamiento (fosa séptica o red) en zonas urbanas ha sido de 65,9% en 1992 y 74,9% en 2002. En zona rural, de 10,3% y 16,0% respectivamente, lo cual indica una situación desfavorable en materia de saneamiento en zonas rurales. ▪ La población que habita en asentamientos precarios ("favelas") a crecido de 3,1% de la población total en 1991 a 4,3% en 2000, periodo en que a media de crecimiento poblacional fue solo de 1,6%. En el Censo del 2000 se registraron 1,7 millones de viviendas localizadas en ese tipo de asentamientos precarios, abarcando a 6,6 millones de personas. 	<p>na</p>	<p>Se han establecido ya las prioridades para el logro de este objetivo, a partir de los siguientes programas a los que el gobierno dará continuidad:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Programa Nacional de Forestación y manejo sostenible de recursos naturales, para la promoción de plantación y conservación de bosques y vegetación. ▪ Programa de Conservación y Recuperación de los Biomas Brasileños, para la implantación de corredores ecológicos. ▪ Programa de Conservación, Uso Sustentable y Recuperación de la Biodiversidad, para la conservación de 141 especies de fauna amenazadas de extinción y recuperación de animales retirados de su hábitat natural. ▪ Programa de Cambio Climático y medio Ambiente, que contempla el fomento a proyectos de utilización de bio-combustibles y fuentes alternativas de energía renovable. ▪ En referencia a agua y saneamiento, se prevé Instituir una política nacional de Saneamiento Ambiental que de prioridad a la asignación de recursos y planificación estratégica para abordar este problema, aumentando el acceso de la población a servicios de calidad de abastecimiento de agua y saneamiento. ▪ En referencia a las condiciones de vida de habitantes de tugurios, entre 2004-2027 se implementaran diferentes programas para la mejora de la habitabilidad y saneamiento de asentamientos. Igualmente, se implementaran el programas de viviendas de interés social, créditos y subsidios para viviendas, y proyectos de apoyo a medida preventivas de desastres naturales que puedan afectar a viviendas y asentamientos 	<p>Na</p>
---	--	-----------	--	-----------

ASSESSMENT OF THE LIKELIHOOD OF MEETING MILLENNIUM DEVELOPMENT GOALS
MERCOSUR COUNTRIES AND CHILE REPORTS 2000-2005

Millennium Development Goals ⁴¹	Extreme Poverty		Education	Gender Equality	Child Mortality	Maternal Health	HIV/AIDS	Environmental Sustainability	Global Partnerships
	Poverty	Hunger							
Argentina									..
Brazil									..
Chile									..
Paraguay									
Uruguay ⁴²									..

LIKELY

POTENTIALLY

UNLIKELY

⁴¹ Projections based on the Millennium Development Goals' Country Reports, in consultation with country teams. Check the reports at <http://www.undp.org/rblac/mdg>

Status: 21 completed reports. 4 ongoing reports: Ecuador, Belize, Suriname, and Trinidad & Tobago. Note: Panama's MDGs Report does not provide projections.

⁴² National MDGs Report coordinated by the government. Translated from Spanish "idóneo, potencial, remoto"

.. Indicates no data available

FUENTE: UNDP: www.undp.org/rblac/mdg/CountrycomparisonsJune24.doc

6.7. Annex 7 - insight into the cooperation priorities of EU Member States

GERMANY

Together with Bolivia and Peru, Brazil is a focus of German development cooperation with South America. The total volume of German bilateral commitments to Brazil to date is €464.0 million for technical cooperation (in the strict sense) and €797.3 million for financial cooperation, making a grand total of €1,261.3 million. According to the OECD-ranking, Germany is the second donor after Japan, and followed by France. German development cooperation with Brazil began in 1963, that is, 43 years ago.

In 2001 was started the concentration of German development cooperation, by reducing the number of focal areas and by grouping projects into programmes.

Priority areas of cooperation

The bilateral cooperation is presently focused on the following priority areas:

1. Environmental Protection and Management of Natural Resources
2. Integrated Regional Development in Disadvantaged Regions.

1. Environmental Protection and Management of Natural Resources

In this priority area, German development cooperation is engaged in 2 Programmes:

- Preservation and Sustainable Management of Tropical Rainforests (PPG7 Pilot Programme, Amazon and *Mata Atlantica*); and
- Energy and Urban-Industrial Environmental Management.

Since 1992, German Government has contributed more than € 271 million to the PPG7, and is therefore the major donor to Brazil in this area.

2. Integrated Regional Development in Disadvantaged Regions

In this priority area, German cooperation is concentrated in the northeast region, where it supports implementation of Brazils Poverty Reduction Programme “*Fome Zero*”.

Beyond its two priority areas, German development cooperation supports Brazil’s efforts to cooperate with other countries in its international programme to combat sexually transmitted diseases and AIDS.

The German-Brazilian **government negotiations** on financial and technical cooperation take place every two years. The last ones were in Bonn from August 30 to 31, in 2005.

Germany committed to provide fresh money amounting to €38.5 million for financial and technical cooperation in the 2005/2006 biennium. In addition, €22.23 million were reprogrammed. Additional funds for the tropical forest programme and for renewable energies/energy efficiency could be made available in the next budget year depending on

budgetary availability. The Brazilian side committed to provide at least an equivalent amount of national resources.

Next Bilateral Negotiations on Technical and Financial Cooperation will be held in Brasília in 2007, and Consultations will take place in Brasília in 2006.

Other instruments of German development cooperation:

A variety of German institutions and organizations (religious organisations, political foundations, DEG, DED, InWent, CIM, the Senior Expert Service, the DAAD, and the private sector) are engaged in cooperation programmes in Brazil, for which they receive BMZ-funding beyond the aforementioned amount.

Finally, the German government contributes to the cooperation programmes implemented by **multilateral organisations**, such as the World Bank, the Inter-American Development Bank, UN organisations and the EU. In 2003, the German share in net ODA disbursements by multilateral organisations for Brazil was €49.2 million.

Since 2005, BMZ has been analyzing a new development policy approach for so-called “**anchor countries**”, which are large middle income countries with an outstanding economic and political position in their region and important actors in global governance processes. A country study for Brazil commissioned by BMZ in the light of this new concept has not yet been concluded. In the medium term, this approach could lead to a new orientation for German development cooperation with Brazil.

SPAIN

Uma parceria estratégica pelo desenvolvimento e contra a pobreza.

Ao longo dos últimos anos se produziu um **crescente aumento das relações bilaterais hispano-brasileiras** em todos os âmbitos, incluindo o da cooperação para o desenvolvimento. Este aumento das relações bilaterais tem uma enorme importância no contexto regional, considerando que o Brasil completa a ideia de iberoamerica que é um país chave no processo de integração do continente americano. O crescimento da cooperação internacional ao desenvolvimento como Brasil o converteu atualmente num **país preferente** para a Cooperação Espanhola, de acordo com o Plano Diretor 2005 – 2008. A ajuda oficial ao desenvolvimento (**AOD**) bilateral neta da Espanha a este país no 2004 ascendeu a **7.458.633 euros**. Nos próximos anos a Cooperação Espanhola tem o desafio de consolidar seus programas em Brasil, concentrando seus recursos nas regiões do país com os índices de desenvolvimento mais baixos.

Ainda mais, a Espanha se integra a duas iniciativas impulsadas pelo Governo brasileiro junto a outros governos no seio da ONU: o Grupo de Alto Nível sobre Mecanismos Alternativos de Financiamento do Desenvolvimento; e a Iniciativa contra a Fome e a Pobreza. A Espanha manifestou igualmente seu interesse por associar o Brasil às reflexões sobre a cooperação internacional com países de renda média que tem bolsões importantes de pobreza.

A Agência Espanhola de Cooperação Internacional (**AECI**), adscrita ao Ministério de Assuntos Exteriores e de Cooperação, é o órgão executivo e de gestão da política espanhola de cooperação internacional para o desenvolvimento – sem prejuízo das competências designadas a outros Departamentos ministeriais. Para desenvolver suas funções, a AECI conta com diversas unidades no exterior, organicamente adscritas às Embaixadas, como os Escritórios Técnicos de Cooperação, encarregados de coordenar e executar os recursos da Cooperação Espanhola na sua demarcação, e de colaborar com os programas e projetos impulsados pelas outras Administrações públicas ou por outros atores de cooperação internacional para o desenvolvimento. A principal interlocutora da AECI no Brasil é a Agencia Brasileira de Cooperação (ABC).

O **marco normativo** da cooperação bilateral entre Espanha e Brasil está recolhido em acordos como o Convênio Básico de Cooperação Científica e Tecnológica de 1989 ou o Tratado Geral de Cooperação e Amizade de 1992. A atual estratégia de cooperação está recolhida na Acta da III Reunião da Comissão Mixta Hispano-Brasileira de Cooperação para o período 2003-2007, assinada em Madri em julho de 2003. Outrossim, em novembro de 2003, foi assinado o Plano de Parceria Estratégica com Brasil, que confirma a vontade da Espanha e o Brasil de, entre outros compromissos, impulsar ainda mais a cooperação; e em janeiro de 2005, foi assinada a Declaração de Brasília sobre a Consolidação Estratégica entre Espanha e Brasil, que estabelece mecanismos de execução e seguimento dos objetivos e projetos previstos no Plano de Parceria Estratégica.

A **estratégia conjunta de cooperação** prevista pela Ata da III Reunião da Comissão Mixta baseia-se nas Metas de Desenvolvimento do Milênio estabelecidas pelas Nações Unidas, e nas prioridades de desenvolvimento formuladas pelos governos do Brasil e da Espanha. Esta estratégia, que busca acompanhar as políticas sócio-económicas de reformas impulsionadas pelo governo brasileiro, tem como objetivo principal lutar contra a pobreza extrema, promovendo a igualdade de oportunidades entre mulheres e homens, assim como a inclusão social, além de um desenvolvimento sustentável e o respeito à diversidade cultural. A área de ação prioritária para a Cooperação Espanhola no Brasil é o Nordeste, onde se concentra um bolsão de pobreza de mais de 50 milhões de pessoas; e, em consequência, é um dos objetivos principais das políticas sociais do atual governo brasileiro. Além de assinalar as ações levadas a cabo pelos distintos atores da Cooperação Espanhola, a Ata da III Comissão Mista estabelece as seguintes **prioridades** para o período 2003-2007:

- Cobertura das necessidades sociais básicas, especialmente alfabetização e seguridade alimentar.
- Investimento no ser humano, mediante o desenvolvimento de programas de educação, capacitação e desenvolvimento da cultura.
- Desenvolvimento de infraestruturas e promoção do tecido económico e empresarial, com especial ênfase nos setores de pesca e turismo sustentáveis, e mediante o instrumento do microcrédito.
- Defesa do meio ambiente e desenvolvimento sustentável da biodiversidade.
- Fomento da participação cidadã, desenvolvimento institucional, promoção e garantia dos direitos humanos e bom governo.

A continuação se relacionam os principais **programas e projetos** da Cooperação Espanhola com o Brasil:

- Desenvolvimento gerencial do Governo Federal Brasileiro, pretende melhorar as capacidades gerenciais de diversos coletivos da Administração Pública Federal brasileira, especialmente dos gestores de programas sociais. Numa primeira fase tem

como contraparte a Escola Nacional de Administração Pública (ENAP); e a continuação está previsto iniciar um projeto de fortalecimento do Ministério de Desenvolvimento Social brasileiro.

- Soberania alimentar. Entre outras atividades, se apoia a organização do “Seminário Internacional sobre Seguro de Emergência e Seguro Agrícola” celebrado em Porto Alegre em junho-julho de 2005.
- Oferta formativa. Nos últimos ano vem incrementando de forma muito significativa o volume de ajudas e de cursos de formação, financiados pela Cooperação Espanhola, oferecidos ao Brasil. Inclui programas como os de Formação Técnica Especializada (até outubro de 2005, 70 cursos, seminários e jornadas); Bolsas MAEC-AECI (mais de 80 bolsas a formados brasileiros para o curso 2005-2006); Cooperação Inter-universitária (no ano 2004, o Brasil participou em 10 projetos realizados em colaboração com universidades espanholas); Leitorados da AECI (numa dezena de universidades brasileiras e com perspectivas de criar novas vagas); Fundação Carolina (no ano 2003 participaram 10 profissionais brasileiros no Programa de Visitantes e 44 no Programa de Bolsas).
- Eradicação do Analfabetismo. Está terminando-se de negociar um projeto entre a AECI, o Ministério de Educação e Ciência da Espanha, o Ministério de Educação brasileiro, a Secretaria de Acuicultura e Pesca, e a Organização de Estados Ibero-Americanos. Pretende-se utilizar a bem-sucedida experiência da Cooperação Espanhola no âmbito da educação de adultos e alfabetização através dos Programas PAEBA desenvolvidos em vários países de América Latina; e está prevista uma experiência piloto de alfabetização de pescadores artesanais na vacia média do rio São Francisco (Bahia).
- Proteção de coletivos em situação de maior vulnerabilidade. Mediante o Programa de Preservação do Patrimônio e das Escolas Oficinas em Iberoamérica, em cujo marco existem duas escolas oficinas em João Pessoa e Salvador de Bahia, que formam a jovens em ofícios vinculados a restauração do patrimônio histórico, ao mesmo tempo em que lhes oferecem uma educação complementar (básica e de alfabetização), além de uma ajuda mensal durante o período de formação. O grau de inserção dos jovens que ingressam nas oficinas escolas é muito alto atualmente, em torno de 75% frente ao êxito do programa, estamos estudando a possibilidade de abrir novas escolas oficinas em outros lugares do país.

Outro projeto neste âmbito é o de apoio à Aliança para o Desenvolvimento Humano e Cultural da Comunidade de Candeal, em Salvador (Bahia), que busca melhorar as condições educativas dos meninos pré-escolares frente a sua posterior entrada na educação básica.

- Promoção do tecido econômico e empresarial, com projetos como os de Desenvolvimento Sustentável do Turismo no Parque Nacional da Serra da Capivara (Piauí) e no Extremo Litoral Oeste (Ceará), mediante atividades de formação e capacitação, melhora de infraestruturas (serviços de água, coleta de lixo e eletricidade), o assessoramento técnico para planejamento e gestão. Estamos estudando um terceiro projeto similar no Delta do Parnaíba (Piauí). Outro projeto neste setor é o de desenvolvimento da pesca artesanal no Maranhão, que pretende melhorar as condições de vida das comunidades pesqueiras desta zona.
- Meio Ambiente. Estamos identificando um projeto de Desenvolvimento do Ecoturismo na ilha de Marajó (Pará), no marco do programa ARAUCÁRIA XXI da

Cooperação Espanhola, e outro tri-nacional (Brasil, Argentina e Paraguai) para o desenvolvimento sustentável do Bosque Atlântico do Alto Paraná. Também se estão realizando ações de cooperação técnica no campo da gestão de recursos hídricos (Memorando de Entendimento entre os Ministérios do Meio Ambiente de ambos países de dezembro de 2004).

- Outras ações da Cooperação Espanhola destacáveis incluem as de cooperação ao desenvolvimento cultural do Brasil, e do fomento do setor da indústria cultural brasileira, ou a criação em Salvador de Bahia do Fundo para o Desenvolvimento do coletivo de Mulheres a Afro-descendentes.

A cooperação descentralizada, realizada pelas Comunidades Autônomas (governos regionais) e as entidades locais - como municípios e províncias - espanholas, adquiriu uma importância muito significativa, alcançando entorno de um terço do total da AOD da Cooperação Espanhola. Várias comunidades autônomas apóiam numerosos projetos de cooperação em diferentes regiões do Brasil, principalmente no setor de cobertura de necessidades sociais básicas.

Espanha também desenvolve sua estratégia de cooperação com o Brasil através da **cooperação multilateral** de diversos organismos internacionais, financiando programas dos quais participa Brasil, como os da Organização Internacional do Trabalho (OIT), Organização dos Estados Americanos (OEA), Organização Panamericana da Saúde (OPS) ou a Organização dos Estados Iberoamericanos para a Ciência, a Cultura e a Educação (OEI), assim como da Comunidade Iberoamericana de Nações.

A Cooperação não Governamental espanhola também é crescente, e a AECI colabora por sua vez com as ONG's brasileiras, tais como a Cruz Vermelha Brasileira no Maranhão, a Pastoral da Criança - recentemente premiada com o 1º Prêmio de Direitos Humanos "Rey de España", outorgado com caráter bienal pelo Defensor da Comunidade e a Universidad de Alcalá de Henares, por seu trabalho na luta contra a mortalidade infantil e a melhora das condições de vida das mães e gestantes no Brasil.

FINLAND

Prioridade é agregar valor

Em seus esforços para elevar a qualidade e eficiência do desenvolvimento de cooperação, a Finlândia está direccionando a maior parte dos fundos operacionais de desenvolvimento de cooperação para o fortalecimento da cooperação bilateral. O Brasil, infelizmente, não está entre os países parceiros de desenvolvimento de cooperação da Finlândia. Isto porque a Finlândia deverá aumentar o auxílio financeiro para os países mais pobres (LDCs), dando preferência aos parceiros de longo prazo (Nicarágua, Nepal, Vietname, Tanzânia, Quênia, Moçambique, Zâmbia e Etiópia). São estas as nações que irão compartilhar o aumento total do fundo. O governo da Finlândia decidiu, ainda, aumentar os fundos para a cooperação com os países da África Sub-Sahariana.

Devido ao fato de que o Brasil não é um dos países parceiros de longa da Finlândia na cooperação, a maioria das actividades no país consiste de projectos em pequenas instalações administradas pela Embaixada da Finlândia, bem como no apoio financeiro do governo finlandês a projectos de ONGs finlandesas operando em território brasileiro. O apoio

financeiro se dá na forma de pequenos empréstimos, de doações feitas pelo Ministério das Relações Exteriores da Finlândia e via Fundos para Cooperação Técnica e Científica.

A Finlândia dá preferência a projectos em áreas onde acredita ter conhecimentos, e nas quais possa agregar valor, como, por exemplo, boa governação, direccionamento da lei, educação e Tecnologia da Informação. Desta forma, a Finlândia seleccionou três áreas temáticas de cooperação: Género e Criança, Povos Indígenas e Meio Ambiente. A cooperação se dá principalmente com ONGs locais, de qualquer região do país, mas a preferência é por projectos executados nas áreas mais pobres, bem como em regiões que abriguem povos indígenas.

Actualmente, a Finlândia tem apenas um grande projecto (em cooperação com o PNUD) no Brasil, conhecido como Puxirum, no Amazonas. O objectivo deste projecto é criar, testar e disseminar um modelo de desenvolvimento sustentável também aplicável para a conservação e desenvolvimento sustentável das reservas extractivistas no Pará. Trata-se de um projecto com prazo de quatro anos, iniciado em 2002, cujo orçamento total é de 2,41 milhões de euros.

Entre outras actividades de cooperação da Finlândia no Brasil, 14 pequenos projectos foram iniciados em 2004, com financiamento total de 150.000 euros. Os recursos para 2005 também somam 150.000 euros. Em 2003, as actividades de apoio para ONGs finlandesas operando no Brasil tiveram um orçamento de 306.500 euros. Para o futuro, a tendência é da Finlândia seguir financiando pequenos projectos da Embaixada do país, bem como apoiando financeiramente ONGs finlandesas que operam no Brasil.

Estratégia geral da política de cooperação

A política de desenvolvimento da Finlândia está baseada nos seguintes documentos:

Resolução do Governo sobre a Política de Desenvolvimento (Fevereiro de 2004): define o desenvolvimento da política de cooperação durante o mandato do actual governo. O programa de política desenvolvimento compromete a Finlândia com a Declaração dos Objectivos do Milénio das Nações Unidas e com seu objectivo central, a erradicação da pobreza objecta.

A decisão sobre a Operacionalização dos objectivos da Política do Desenvolvimento na Cooperação de Desenvolvimento Internacional da Finlândia (Fevereiro de 2001): identifica medidas para um futuro aprimoramento de práticas de desenvolvimento de cooperação, e esclarece sobre o critério para a selecção de países parceiros e de instrumentos de cooperação.

A política da Finlândia em Relações com os Países em Desenvolvimento (Outubro de 1998): permeia o papel do desenvolvimento da cooperação como uma parte significativa da política externa da Finlândia e confirma os objectivos de desenvolvimento político da Finlândia

O princípio da decisão da Cooperação do Desenvolvimento da Finlândia (Setembro de 1996): estabelece quais são os principais objectivos da cooperação de desenvolvimento da Finlândia, os meios de alcança-los e os canais de cooperação.

FRANCE

O Brasil é o primeiro parceiro da França na América Latina no que se refere à cooperação técnica, científica e cultural. Os eixos prioritários da cooperação franco-brasileira foram definidos pela terceira Comissão Geral França-Brasil, assinada entre os Governos de ambos

os países em Julho de 2003. Essa cooperação caracteriza-se por uma forte parceria e pelo co-financiamento das acções pelas instituições brasileiras.

O departamento de Cooperação e Acção Cultural da Embaixada da França no Brasil é encarregado da realização dessa cooperação. Os programas são co-executados com instituições francesas e organizações não governamentais (ONGs) em estreita cooperação com as instituições nacionais. Esse departamento contou com um orçamento de 4,5 milhões de Euros em 2004 para os seguintes sectores: cooperação técnica; cooperação universitária e científica; cooperação audiovisual, linguística, educativa e cultural.

Além da Embaixada no Brasil, o Ministério das Relações Exteriores da França (MAE) possui uma representação de nível regional: a delegação pela cooperação regional no Cone Sul – Brasil, baseada em Santiago, no Chile. Ela actua nos domínios técnico, científico e cultural. O orçamento da delegação francesa para o Cone Sul – Brasil no sector técnico é de 15.940 Euros, de um total de 31.940 Euros (valores referentes a 2004) previstos para o Brasil. De maneira geral, os programas da cooperação técnica via MAE têm contrapartida de 50% de parceiros brasileiros.

Já a Missão para a Cooperação Não Governamental (MCNG) é o departamento do MAE que estuda e co-financia projectos realizados por ONGs francesas e colectividades territoriais (regiões, departamentos, cidades). A MCNG financia seis ONGs brasileiras, no momento, com um montante de 660.000 Euros destinados ao Brasil em 2004.

Outras instituições francesas que actuaem no Brasil são o Ministério das Finanças (MINEFI), a Agência Francesa de Desenvolvimento (AFD) e o Fundo Francês para o Meio-Ambiente Mundial (FFEM). Apenas o FFEM mantém três projectos em andamento, perfazendo um total plurianual de 4,56 milhões de Euros investidos no Brasil.

Modalidades de cooperação

As acções de cooperação França-Brasil distribuem-se em diferentes sectores:

- *Desenvolvimento económico e meio-ambiente*: desenvolvimento sustentável e meio-ambiente; desenvolvimento urbano; agricultura sustentável e novos mercados;
- *Desenvolvimento social e cooperação educacional*: saúde - AIDS, gestão hospitalar, vigilância sanitária;
- *Cooperação institucional*: modernização do estado; direito e justiça; ordenamento territorial;
- *Apoios a processos de monação tecnológica (pesquisa / empresas)*;
- *Cooperação Não Governamental*: economia solidária; nova urbanidade; nova ruralidade; diplomacia não governamental; pequena agricultura; serviços urbanos; saúde; desenvolvimento comunitário; cidadania,

Alguns programas atendem a focos regionais específicos, destacando-se a Organização do Tratado de Cooperação Amazónica (OTCA); a Delegação Francesa Cone Sul – Brasil e a Cooperação Transfronteiriça: Amapá – Guiana Francesa.

IRELAND

Financiando projectos

A Irlanda não possui um programa bilateral de assistência com o Brasil. Os fundos destinados à sociedade civil são doados por intermédio de projectos nas áreas de educação, redução de pobreza, direitos humanos e capacitação. Quem define as prioridades é o *Development Cooperation Ireland* (DCI), ou Gerência de Desenvolvimento e Cooperação, do Ministério das Relações Exteriores da Irlanda. As áreas prioritárias são definidas pelo DCI tendo como referência a Declaração dos Objectivos do Milénio das Nações Unidas. O programa do DCI teve na África sub-saariana o seu mais forte foco geográfico. Em Março de 2003, Timor Leste tornou-se o primeiro país fora da África sub-saariana beneficiado pelo programa.

O DCI trabalha em parceria directa com os países beneficiados, outros patrocinadores, organizações multi-laterais, ONGs e missionários.

Tomando-se como referência o ano de 2003, os projectos mais importantes desenvolvidos no Brasil são os seguintes:

- *Micro Projectos (In-country Micro Projects Scheme)*: administrado pela Embaixada da Irlanda, o foco do programa são projectos de desenvolvimento de pequena escala, com prazo de execução de até três anos. Em 2003, as acções se concentraram na região amazónica e tiveram um investimento de 51.576 Euros.
- *Direitos Humanos e Democratização (Human Rights & Democratisation Scheme)*: orçamento de 212.333 Euros
- *Programas de co-financiamento com ONGs* : orçamento de 100.000 Euros
- *Programa de Fundos Multi-Anual*: orçamento de 31.750 Euros
- *Fundos para Projectos de Missionários*: orçamento de 46.945 Euros

Esses últimos projectos são administrados através do DCI em colaboração com organizações locais com ligações com a Irlanda. O tipo dos projectos de cooperação varia de fundos doados em uma única parcela a fundos multi-anuais.

O investimento total em projectos de cooperação da Irlanda no Brasil em 2003 foi de 442.604 Euros.

ITALY

Laços de união continuam a ser fortes

A Itália e o Brasil mantêm uma tradição de longa data em relação à cooperação económica e industrial. No entanto, o PIB brasileiro é considerado de nível médio, e sendo assim, o país não recebe o chamado *commodity aid*. O auxílio bilateral, portanto, restringe-se, actualmente, a participações financeiras.

A Itália actua em diferentes frentes, tais como cooperação multilateral e bilateral, programas bilaterais (os quais podem ser executados por terceiros), co-financiamento entre ONGs e cooperação descentralizada. Em torno de 60% da ajuda proveniente do país é direccionada às organizações multilaterais, tais como o Banco Mundial, a ONU, entre outros. As ONGs italianas registradas no Ministério das Relações Exteriores recebem co-financiamentos para desenvolver projectos de cooperação.

O orçamento actual do governo italiano para iniciativas de cooperação bilaterais e multilaterais é de cerca de 18 milhões de Euros. Já o co-financiamento de ONGs inclui actualmente 36 projectos em fase de implementação, totalizando 28 milhões de Euros.

A cooperação descentralizada, em que autoridades regionais, provinciais e municipais italianas financiam colaborações e parcerias com entidades brasileiras, é uma característica italiana única e inovadora. Entretanto, não existem dados disponíveis sobre o total da contribuição financeira italiana canalizada por meio desse tipo de cooperação.

Estratégia geral

As políticas de desenvolvimento apoiadas pelo governo italiano se referem e incluem as directrizes e os princípios de cooperação para o desenvolvimento bilateral e multilateral (ONU, Banco Mundial, OCSE e União Europeia). A Itália apoia a Declaração dos Objectivos do Milénio, aprovada em 2000 pela Assembleia Geral da ONU, e adopta como sua prioridade principal seguir as oito metas nela estabelecidas: erradicação da pobreza, educação primária universal, promoção da igualdade entre os sexos, redução da mortalidade infantil, melhoria da saúde das mães, combate ao HIV/AIDS, à malária e a outras doenças, garantia da sustentabilidade ambiental e desenvolvimento de parcerias globais visando o progresso.

A cooperação italiana no Brasil concentra-se em cinco áreas:

- *Redução da pobreza nas áreas urbanas*: os estados do Nordeste (principalmente a Bahía), Minas Gerais e Distrito Federal abrigam projectos sobre erradicação da pobreza e exclusão social de crianças e mulheres;
- *Protecção e reabilitação ambiental*: a região Amazónica inclui um programa de prevenção e controle de incêndios; o programa para a protecção da biodiversidade é implementado em diferentes ecossistemas em risco dentro de uma mesma região;
- *Educação*: educação primária, treinamento profissional e capacitação de professores;
- *Desenvolvimento rural*;
- *Governança*: intervenção nas áreas social e da saúde.

Perspectivas

A Itália está comprometida a continuar a apoiar estratégias para a redução da pobreza em áreas urbanas e a co-financiar projectos de ONGs no Brasil. Negociações sobre a renovação do financiamento do Programa Ribeira Azul estão em andamento, enquanto que os programas bilaterais de biodiversidade e de prevenção e controle de incêndios na região amazónica provavelmente serão prorrogados.

PORTUGAL

Laços históricos sempre fortes

As actividades de cooperação com o Brasil são encaradas pelo Governo de Portugal como um desenvolvimento natural dos contactos e intercâmbios existentes entre entidades dos dois países – sejam públicas ou privadas –, nos mais variados domínios, propiciados pelas afinidades históricas, culturais e linguísticas que unem as duas nações.

A coordenação da ajuda pública portuguesa ao desenvolvimento é realizada por um único organismo, o IPAD (Instituto Português de Apoio ao Desenvolvimento), que assegura também a supervisão e direcção política da cooperação. Uma rede de acordos bilaterais ajuda a enquadrar e a dar sustentação a algumas actividades de cooperação, sem excluir outras iniciativas que surgem de modo mais espontâneo. Os principais instrumentos para a cooperação consistem de financiamentos a fundo perdido e bolsas de estudo.

Cabe ressaltar que, em algumas situações, Portugal e Brasil têm assumido, conjuntamente, actividades de cooperação em benefício de outros países, notadamente no âmbito da Comunidade dos Países de Língua Portuguesa (CPLP).

Prioridades

Não há um critério geográfico para a atribuição de apoio por parte do IPAD. Em termos gerais a cooperação portuguesa dá a prioridade aos seguintes temas:

- Saúde
- Educação
- Investigação Científica
- Formação Profissional
- Apoio a Empresas
- Desenvolvimento do Turismo
- Cultura

Ao contrário do que acontece com outros países de expressão portuguesa na África e Ásia, com cujos governos o IPAD estabelece programas plurianuais de cooperação, as actividades de cooperação portuguesas com o Brasil resultam, em grande parte, da interacção de entidades dos dois países e dos projectos que estas apresentam, para financiamento, ao IPAD e a outros organismos públicos portugueses.

Além do financiamento de actividades de cooperação estritamente bilateral, Portugal contribui financeiramente para instituições e organismos multilaterais com actividade no Brasil. É também um contribuinte líquido do orçamento da Comissão da União Europeia para actividades de cooperação nos países em vias de desenvolvimento.

Valores da Cooperação Bilateral Portuguesa:

Ano	Financiamento	Encargos com a Cooperação
1999	1.028.684 €	2.569 €
2000	690.289 €	-
2001	958.375 €	45.490 €
2002	1.345.641 €	46.598 €
2003	324.648 €	-
2004	710.413 €	-

UNITED KINGDOM

Valorizando a participação

O foco central da política do Governo Britânico – baseada nos Documentos de Política (*White Papers*) para o Desenvolvimento Internacional de 1997 e 2000 – é o compromisso com os

Objectivos de Desenvolvimento do Milénio, a serem atingidos até 2015. O Ministério para o Desenvolvimento Internacional (DFID) é o órgão responsável pela promoção das acções e programas visando à redução da pobreza. Grande parte do trabalho do DFID concentra-se nos países mais pobres da África sub-saariana e da Ásia. Além disso, o DFID também procura contribuir com a redução da pobreza e com o desenvolvimento sustentável nos países de renda média, incluindo a América Latina e o Leste Europeu.

O DFID trabalha em parceria com governos comprometidos não só com os Objectivos de Desenvolvimento do Milénio, mas também com a sociedade civil, com o sector privado e com a comunidade académica. Actua, ainda, com instituições multilaterais, incluindo o Banco Mundial, o BID, as agências das Nações Unidas e a Comissão Europeia.

Os objectivos da cooperação do DFID para o Brasil estão descritos no Plano de Assistência Regional para a América Latina. Na região, o DFID apoia iniciativas das IFIs (Instituições Financiadoras Internacionais) que actuam na região e estão voltadas para a redução da pobreza, para a harmonização entre doadores e para o intercâmbio de aprendizados sobre questões de política global.

No Brasil, a cooperação do Reino Unido é feita em parceria com o Governo Federal por meio da cooperação técnica bilateral, viabilizada por doações para o desenvolvimento de programas e projectos. Também são realizadas acções conjuntas com ONGs britânicas, por meio de recursos provenientes do Reino Unido.

É através do Plano de Assistência Regional (RAP) que o DFID demonstra seu comprometimento com o princípio do trabalho em parceria, mantendo a flexibilidade e a autonomia dos parceiros e o intercâmbio de conhecimento com todas as esferas da sociedade.

O RAP tem três grandes objectivos. O primeiro deles é aprimorar os esforços das Instituições Financeiras Internacionais para que seus programas de combate à pobreza tenham um maior impacto. Para isso, trabalha com o Banco Mundial e o BID em dois programas regionais: o de gestão pública e sistemas políticos responsáveis e que digam respeito aos mais pobres, e o de fortalecimento do acesso das pessoas pobres e excluídas aos mercados locais e nacionais e aos benefícios do comércio internacional. Outro objectivo do RAP é assegurar que as estratégias de redução da pobreza na região sejam planejadas e implementadas de forma eficaz, por meio de uma maior integração entre doadores e do fortalecimento das lideranças nacionais. Finalmente, o RAP também busca aprimorar a análise regional e o intercâmbio de conhecimento sobre questões de política global, incluindo comércio, HIV/AIDS, prevenção de conflitos e meio ambiente, facilitando o aprendizado e o compartilhar de experiências entre países em desenvolvimento.

Foco na participação

Os projectos de cooperação bilateral do DFID no Brasil são preparados de forma participativa, envolvendo o governo e os principais grupos de interesse, e necessitam de aprovação formal da ABC (Agência Brasileira de Cooperação). O ciclo do programa/projecto inclui a participação activa do DFID e de grupos de interesse na gestão, acompanhamento e avaliação das iniciativas apoiadas.

Recursos financeiros provenientes da sede do DFID no Reino Unido são atribuídos todos os anos a ONGs britânicas que trabalham no Brasil. São mantidos contactos regulares com essas

organizações, de forma a promover uma discussão mais ampla de todas as actividades de cooperação apoiadas pelo Reino Unido e a facilitar o intercâmbio de aprendizagem.

As principais áreas de actuação no Brasil são a governança e os sistemas políticos, mercado e comércio internacional, harmonização entre doadores, e questões de política global (HIV/AIDS, comércio, prevenção de conflitos e meio-ambiente global). Os trabalhos são realizados em parceria com instituições nos níveis federal, estadual e municipal. Alguns projectos possuem componentes específicos nos estados do Nordeste, Norte e Sudeste.

SWEDEN

De olho nas metas do milénio

A Suécia possui uma política integrada de desenvolvimento global, que tem um objectivo comum: contribuir para *um desenvolvimento global justo e sustentável*. O impacto das medidas da Suécia em diversas áreas políticas, tais como comércio, agricultura, meio ambiente, segurança e cooperação para o desenvolvimento, devem ser coerentes e favorecer o desenvolvimento global.

A cooperação sueca para o desenvolvimento com o Brasil é definida e implementada pela Agência Sueca de Cooperação Internacional para o Desenvolvimento (ASDI). O objectivo principal é fornecer apoio estratégico aos esforços do Brasil em alcançar as Metas de Desenvolvimento do Milénio (MDGs).

Considerando o nível de renda do Brasil e recursos, a cooperação é implementada pelos seguintes instrumentos:

Apoio às Organizações não Governamentais: várias organizações independentes da Suécia, tais como a ONG Centro de Cooperação para o Desenvolvimento, Cooperação Técnica Sueca e LO-TCO Secretaria do Sindicato Internacional de Cooperação para o Desenvolvimento, têm operações no Brasil e estão recebendo apoio da ASDI para suas iniciativas. Muitas das iniciativas apoiadas têm como objectivo o aumento da influência do público e o desenvolvimento das instituições que constituem o esteio de uma democracia. Em 2005, o governo sueco abriu uma janela adicional para apoiar a cooperação das ONGs suecas com as organizações parceiras brasileiras, particularmente trabalhando no sentido de fornecer apoio estratégico para alcançar as MDGs. Este apoio é limitado a uma contribuição anual de 10 milhões de coroas suecas (aproximadamente 1,05 milhões de Euros).

Programas internacionais de treino: os Programas Internacionais de Treino têm o propósito de intensificar as habilidades administrativas e técnicas em países parceiros e abrangem temas de importância estratégica para o desenvolvimento económico e social. Ênfase especial é colocada em áreas nas quais a Suécia possui um nível considerável de conhecimento a oferecer. A maioria dos programas é nas áreas de transporte, comunicações, energia, protecção ambiental e indústria. Alguns programas de treino abrangem o sector social, como por exemplo, saúde e direitos humanos.

Apoio a programas multilaterais: a Suécia é um dos maiores doadores ao Sistema das Nações Unidas e aos canais de desenvolvimento através da cooperação para o desenvolvimento da União Europeia.

A nível regional, a Suécia tem uma longa tradição de cooperação com a OEA (Organização dos Estados Americanos), o BID (Banco Interamericano de Desenvolvimento), o IIDH (Instituto Interamericano de Direitos Humanos) e o CLASCO (Conselho Latino Americano de

Ciências Sociais). A Suécia apoia o Salvem as Crianças e o UNICEF em sua actuação em nível regional, promovendo os direitos das crianças. Também apoia o Latinobarómetro.

Metas e áreas da cooperação

O orçamento total da cooperação sueca no Brasil é de 1,8 milhões de Euros, distribuídos entre as seguintes áreas:

Governo democrático e Direitos Humanos: 459.000 Euros

Saúde: 28.700 Euros

Agricultura e Silvicultura: 681.000 Euros

Educação: 581.000 Euros

Outros Serviços Sociais: 25.300 Euros

Outros: 28.900 Euros

Em 2005, o Governo sueco inseriu uma janela adicional para apoiar a cooperação das ONGs suecas com as organizações parceiras brasileiras. Esta contribuição anual de 10 milhões de coroas suecas estará disponível no período de três a cinco anos.

THE NETHERLANDS

Although the Dutch bilateral development cooperation programme with Brazil, which concentrated on sustainable development and environment, was officially closed at the end of 2005 the Netherlands wishes to remain an active player in the environmental sector in this country.

The Netherlands participates in the multi-donor programme PPG7 which supports Brazil in its endeavours to conserve its rainforest. Initially the Netherlands contributed 4.2 million Euro to the Rain Forest Trust Fund, which is administrated by the World Bank. With a second contribution in 1998 totalling 2,3 million Euro a special Dutch Trust Fund was set up to contribute to support sustainable business management, forest management and to support the management of the PPG7 programme as such. As a donor to PPG7 the Netherlands takes part in the debates regarding environmental policies for the Amazon region as well as in those on the future contents of the programme.

The total bilateral contribution of the Netherlands in the Brazilian environmental sector amounted to 16 million Euro. Besides the activities in the framework of PPG7, the Netherlands has been supporting a grass root level capacity building programme implemented by the Brazilian NGO IEB (total contribution 3.2 million Euro), a programme focussing on the promotion of the development of sustainable business in the Amazon region of the NGO Amigos da Terra (2 million Euro) and financed three budget lines of the governmental national environmental fund (FNMA) (2.5 million Euro).

Through a fund with an annual volume of 100.000 Euro small scale initiatives in the environmental sector are financed which have a strategic character and are intended to

contribute to larger scale programmes or policies. For example in 2005 as an input to zonal planning a study of biodiversity along the three main transport corridors was financed.

The Netherlands has initiated a regional cooperation programme with the Amazon Treaty Organisation (OTCA) working through a silent partnership with GTZ to focus on sustainable development in the Amazon region. Furthermore the UNCTAD regional biotrade programme is supported, which includes a Brazilian national biotrade programme.

In 2004 a Memorandum of Understanding between the Netherlands and Brazil was signed for the development of activities in the field of the Clean Development mechanism (CDM). This has resulted in a substantial portfolio of CDM projects in Brazil which are financed through the Netherlands CDM fund.

Dutch NGO's, such as Cordaid, ICCO and NOVIB, remain active in this country. They concentrate mainly on sustainable development and corporate social responsibility. Although these NGO's receive funding from the Dutch government, they operate autonomously in selecting local activities and partners. On an annual basis between 5-10 million Euro is provided to development cooperation activities through this channel in Brazil.